

21. Beteiligungsbericht 2022



VORWORT



Die Stadt Saalfeld/Saale bedient sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts. Gemäß § 75a ThürKO hat jede Gemeinde jährlich einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen.

Die Informationen unseres Beteiligungsberichtes gehen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. Es werden die Unternehmensentwicklungen des Eigenbetriebes sowie der Wirtschaftsförderung in Form einer Arbeitsgemeinschaft dargestellt.

Die städtischen Beteiligungen erbringen wichtige Leistungen für die Bewohner und Besucher der Stadt Saalfeld/Saale, insbesondere auf den folgenden für ein Gemeinwesen unerlässlichen Gebieten: Kultur, Bildung, Sport; Ver- und Entsorgung; Förderung des Wirtschaftsstandortes und Wohnungswesen.

Der Bericht leistet einen wichtigen Beitrag zur Transparenz, so dass jeder Bürger, Stadtrat und alle weiteren Interessierten einen Aufschluss über die Geschäftstätigkeiten der Unternehmen, an denen Saalfeld/Saale beteiligt ist, bekommen können. Neben dem Gegenstand und Informationen zu den Unternehmen ermöglicht Ihnen der vorliegende Beteiligungsbericht ihren Geschäftsverlauf, öffentlichen Zweck, die Lage sowie etwaige Prognosen der Unternehmen nachzuvollziehen.

Seitens der Stadt wird durch das Beteiligungsmanagement, einer Abteilung der Stadtverwaltung, welche als Bindeglied zwischen der Kernverwaltung und den beteiligten Unternehmen zu verstehen ist, darauf geachtet, dass der öffentliche Zweck der einzelnen Beteiligungen erfüllt wird und dass die im Unternehmensgegenstand definierten Ziele auf eine wirtschaftliche Art und Weise erreicht werden.

Der Beteiligungsbericht 2022, den es nunmehr in seiner 21. Ausgabe gibt, ist nicht nur als Druckwerk in der vorliegenden Form, sondern auch im Internet unter www.saalfeld.de verfügbar.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen und der Verwaltung gilt mein Dank für die erreichten Ziele und die Unterstützung bei der Erstellung dieses Beteiligungsberichtes.

Ich wünsche allen Interessierten eine aufschlussreiche Lektüre.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'St. K.' or similar, written in a cursive style.

Dr. Steffen Kania
Bürgermeister der Stadt Saalfeld/Saale

INHALT

Vorwort	2
Teil I: Übersichten, Daten und Kennzahlen der Beteiligungsgesellschaften	
Zielsetzung des Beteiligungsberichtes	4
Aufbau des Berichtes	4
Rechtsformen städtischer Beteiligungen	4
Graphische Beteiligungsübersicht (Organigramm)	6
Übersicht Beteiligungen	7
Übersicht über die städtischen Aufsichtsratsmandate	8
Übersicht der Vergütungen der Organe	9
Übersicht über die Wirtschaftsprüfungsunternehmen	9
Darstellung der Zuschüsse an städtische Unternehmen und Beteiligungen	10
Darstellung der Gewinnausschüttung	10
Teil II: Bericht über die Beteiligungsgesellschaften	
<i>Dienstleistungen</i>	
Wirtschaftsförderagentur Region Saalfeld-Rudolstadt	11
KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH	13
<i>Kultur</i>	
Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“	17
Thüringer Landestheater Rudolstadt-Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH	22
<i>Freizeit und Tourismus</i>	
Saalfelder Bäder GmbH	30
Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH	37
<i>Wohnungswesen</i>	
Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH	43
<i>Ver- und Entsorgung</i>	
Stadtwerke Saalfeld GmbH	51
Saalfelder Energienetze GmbH	59
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	66
Wärmegesellschaft mbH Saalfeld	72
KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG	79
KEBT-Konzern	92
TEAG Thüringer Energie AG	123
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	130
Impressum	139

TEIL I: ÜBERSICHTEN, DATEN UND KENNZAHLEN

Zielsetzung des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht hat die Aufgabe, einen generellen Überblick über die Unternehmen der Stadt Saalfeld/Saale zu geben. Der Bericht ist eine Art Nachschlagewerk, mit dem man sich über die Unternehmensziele, die Leistungskraft und die wirtschaftliche Situation der Beteiligungen informieren kann. Dabei wird durch einen Mehrjahresvergleich die Entwicklung der Unternehmen aufgezeigt.

Dieser Bericht beschränkt sich dabei nicht auf die nach § 75 a ThürKO zwingend geforderten Beteiligungen an Gesellschaften des privaten Rechts, sondern beinhaltet auch die Eigenbetriebe der Stadt Saalfeld/Saale sowie die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsförderung, in denen die Stadt Mitglied ist.

Im Beteiligungsbericht sollen insbesondere der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen, der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks, für das jeweilige letzte Geschäftsjahr die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch die Gemeinde und im Vergleich mit den Werten des vorangegangenen Geschäftsjahres die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe des Unternehmens dargestellt werden.

Es soll ein umfassendes Bild aller außerhalb des Haushaltes der Stadt Saalfeld/Saale agierenden Unternehmen erzielt werden. Ziel ist die Erhöhung von Transparenz als Grundlage zur strategischen Steuerung dieser Unternehmen.

Aufbau des Berichtes

Die Beteiligungen werden nach Unternehmensbereichen einzeln vorgestellt. Der Bericht zeigt grundsätzlich für jede einzelne Gesellschaft die Daten der Jahre 2019, 2020 und 2021. Basis sind die Jahresabschlüsse und Prüfungsberichte der Jahre 2020/2021. Von der Schutzklausel des § 286 Absatz 4 HGB, bezüglich der Offenlegung der Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung wurde Gebrauch gemacht, soweit es keine verpflichteten Regelungen im Anstellungsvertrag zur Offenlegung gibt.

Rechtsformen städtischer Beteiligungen

Die Stadt Saalfeld/Saale hat vielfältige Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen und bietet zahlreiche öffentliche Dienstleistungen an. Dabei werden viele dieser Aufgaben außerhalb der „normalen“ Verwaltungsstruktur von Ämtern, Abteilungen und Sachgebieten durch diese speziellen Organisationseinheiten erbracht.

Die Rechts- bzw. Organisationsform dieser Unternehmen ist dabei sehr unterschiedlich. Die wichtigsten werden hier dargestellt:

➤ **Eigenbetriebe**

Eigenbetriebe sind Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die – obwohl Teil der Stadtverwaltung – finanzwirtschaftlich Sondervermögen der Kommune darstellen. Darüber hinaus kann der Eigenbetrieb über weitgehende organisatorische Selbständigkeit verfügen. Der Eigenbetrieb hat eine eigene Werkleitung; Dienstvorgesetzter aller Beschäftigten ist der Bürgermeister.

➤ **Kapitalgesellschaften**

Einer Stadt kann, mit gewissen Einschränkungen, ein Unternehmen privaten Rechts gehören bzw. sie kann daran beteiligt sein. Nicht zulässig ist allerdings die Beteiligung an Gesellschaften, bei der die Haftung der Kommune nicht auf eine bestimmte Summe beschränkt werden kann. In der Regel handelt es sich daher bei diesen Beteiligungen um Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) oder Aktiengesellschaften (AG). Die GmbH hat gegenüber der AG den Vorteil, dass sie der Stadt als TeilhaberIn/EigentümerIn die besseren Möglichkeiten zur Gestaltung der Geschäftspolitik sichert, vor allem durch das gegebene Weisungsrecht der Gesellschafterversammlung gegenüber der Geschäftsführung. Weiter verfügen GmbHs mit öffentlicher Beteiligung häufig über einen Aufsichtsrat.

➤ **Zweckverbände**

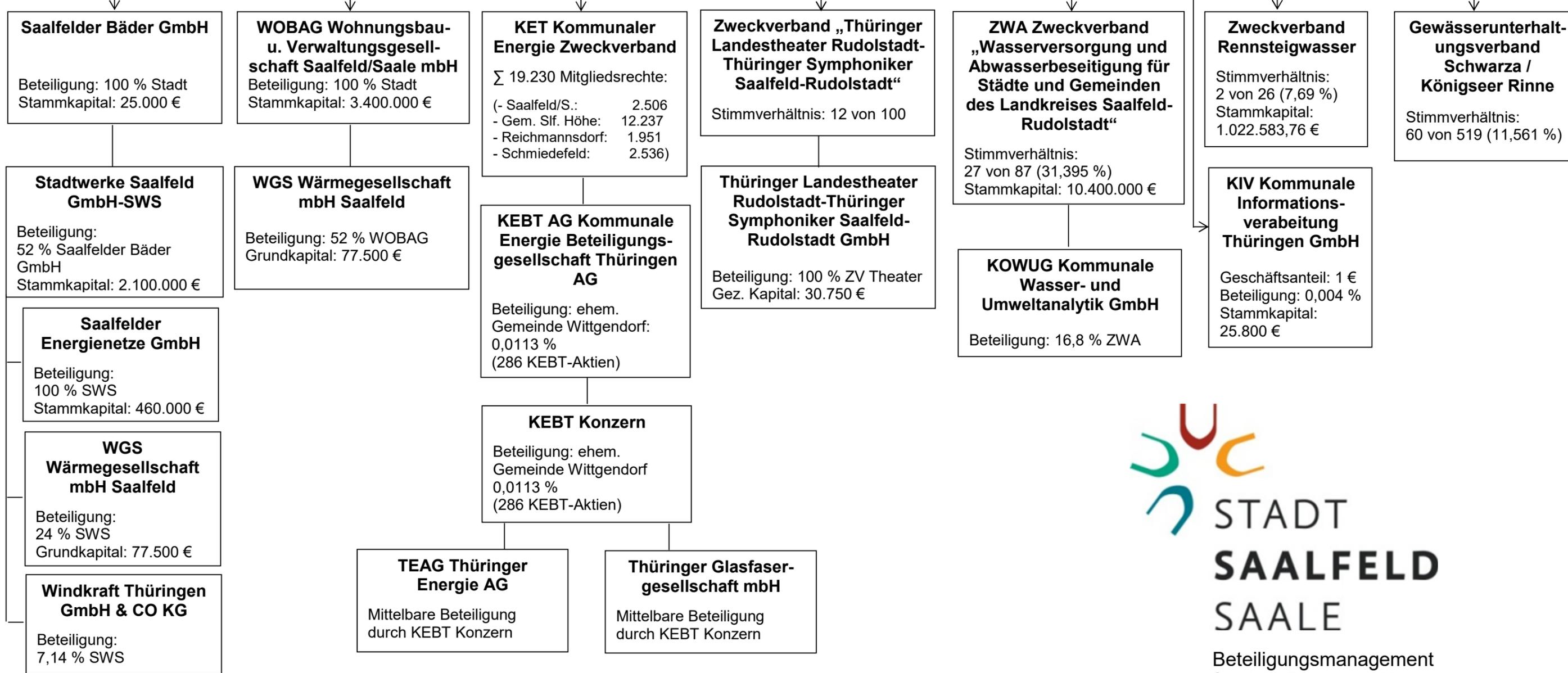
Zweckverbände sind eine Konstruktion zur Zusammenarbeit mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften. Sie werden gegründet, um sektorale Probleme – wie z. B. Wasserversorgung oder Abfallbeseitigung – gemeinsam zu lösen. Die Organe sind die Zweckverbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende, der Verbandsausschuss sowie weitere mögliche Ausschüsse.

➤ **Arbeitsgemeinschaft**

Eine Arbeitsgemeinschaft (ARGE) ist ein Zusammenschluss mehrerer natürlicher oder juristischer Personen, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Der Nutzen einer Arbeitsgemeinschaft liegt in der Regel im koordinierten, also aufeinander abgestimmten und untereinander informativen Zusammenarbeiten und Zusammenwirken. Dazu werden die materiellen (Finanzmittel, Geräte usw.) und immateriellen (Wissen, Beziehungen usw.) Ressourcen der Mitglieder gemeinsam genutzt.



Beteiligungsübersicht - Stadt Saalfeld/Saale



Übersicht Beteiligungen

lfd. Nr.	Unternehmen	Geschäftsleitung	Gründung	Stammkapital	Anzahl Mitarbeiter	Jahresergebnis	Zuschuss	Gewinnausschüttung
1	Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“	Tobias Fritzsche	01.01.2003	25.000 €	1 Werkleiter, 7 Angestellte, 13 Pauschalkräfte	-50.994,49 €	340.000 €	-
2	Saalfelder Bäder GmbH	Bettina Fiedler	01.01.2012	25.000 €	1 Geschäftsführer, 7 Angestellte	1.071.207,23 €	-	1.071.207,23 €
3	Saalfelder Energienetze GmbH	Ralf Ratay	14.06.2007	460.000 €	1 Geschäftsführer, 8 Angestellte	0,00 €	-	-
4	Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH	Yvonne Wagner	30.05.1994	51.500 €	1 Geschäftsführer, 74 Mitarbeiter (47 Festangestellte, 6 Saisonkräfte, 17 Aushilfskräfte, 4 Azubis)	3.132,66 €	100.000 €	-
5	Stadtwerke Saalfeld GmbH –SWS-	Alexander Kronthaler	11.10.1990	2.100.000 €	1 Geschäftsführer, 44 Beschäftigte	0,00 €	-	-
6	Thüringer Landestheater Rudolstadt GmbH	Steffen Mensching	2003	30.750 €	1 Geschäftsführer, 172 Angestellte, 9 Azubis	296.521,21 €	9.003.853 € ¹	-
7	WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld	Alexander Kronthaler	09.06.1994	77.500 €	1 Geschäftsführer	347.198,93 €	-	300.000,00 €
8	Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH	Cordula Wiegand	26.06.1990	3.400.000 €	1 Geschäftsführer, 40 Arbeitnehmer, davon 9 geringfügig Beschäftigte	4.007.111,30 €	-	-

¹ Betriebskostenzuschüsse des Freistaates Thüringen (4.357 T€) sowie des Zweckverbandes Thür. Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt (4.516 T€)

**Übersicht über die städtischen Aufsichtsratsmandate
(Stand 31.12.2022) -in alphabetischer Reihenfolge-**

Unternehmen Mitglied	Saalfelder Bäder GmbH	Saalfelder Feengrotten u. Tourismus GmbH	Stadtwerke Saalfeld GmbH-SWS-	Th. Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld – Rudolstadt GmbH	WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld	Wohnungsbau – und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH
Bohr, Jürgen	X					
Engelhardt, Birgit		X				
Fiedler, Bettina					X	X
Gebuhr, Thomas		X	X			
Götze, Ingo						X**
Häußer, Denis	X					
Heinecke, Joachim		X				
Hessel, Daniel		X				
Jakubowski, Stefan			X			
Kania Dr., Steffen	X	X	X	X	X	X
Körner, Ulrich		X				
Kulawik, Helmut			X			
Kühn, Andrea	X					
Kurzhauer, Sven	X					
Langen, Andreas						X*
Lehder, Christine	X	X				
Lutz, Steffen			X			
Otto, Eirik						X
Roschka, Martin			X			
Rosenbusch, Anja		X				
Sänger, Dagmar	X					
Sigmund, Verena			X			X
Spitzer, Martin						X
Tscharnke Dr., Jochen						X
Zabel, Constanze	X					

* bis 12.09.2022

** ab 12.09.2022

Übersicht der Vergütungen der Organe

Aufsichtsrat

Unternehmen	2022	2021	2020
KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH	2.500 €	2.500 €	-
Saalfelder Bäder GmbH	545 €	475 €	765 €
Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH	450 €	480 €	675 €
Stadtwerke Saalfeld GmbH	36.000 €	36.000 €	36.000 €
Thüringer Landestheater Rudolstadt GmbH	-	-	-
WGS-Wärmegesellschaft mbH Saalfeld	4.470 €	4.470 €	4.500 €
Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH	2.462 €	1.744 €	3.232 €

Geschäftsführer

Von der Schutzklausel des § 286 Absatz 4 HGB, bezüglich der Offenlegung der Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung wurde Gebrauch gemacht.

Übersicht über die Wirtschaftsprüfungsunternehmen

	2022	2021	2020
Eigenbetrieb „Bauhof der Stadt Saalfeld“	-	-	Bavaria Treu AG
Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH	MSC Schwarzer Albus GmbH
KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH	Akzent Revisions GmbH	Akzent Revisions GmbH	Akzent Revisions GmbH
Saalfelder Bäder GmbH	PKF Fasselt Partnerschaft mbH	Rödl & Partner GmbH	Rödl & Partner GmbH
Saalfelder Energienetze GmbH	PKF Fasselt Partnerschaft mbH	Rödl & Partner GmbH	Rödl & Partner GmbH
Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH	Bansbach GmbH	Bansbach GmbH	WIBERA AG
Stadtwerke Saalfeld GmbH	PKF Fasselt Partnerschaft mbH	Rödl & Partner GmbH	Rödl & Partner GmbH
Thüringer Landestheater Rudolstadt GmbH	BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesell.	BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesell.	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesell
Wärmegesellschaft mbH Saalfeld	PKF Fass2222elt Partnerschaft mbH	Rödl & Partner GmbH	Rödl & Partner GmbH
Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH	DOMUS AG	DOMUS AG	DOMUS AG

Darstellung der Zuschüsse an städtische Unternehmen und Beteiligungen

	2022	2021	2020
Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“	340.000 €	380.000 €	410.000 €
Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH	100.000 €	100.000 €	100.000 €
Wifag	0 € Personalgestellung GF	0 € Personalgestellung GF	0 € Personalgestellung GF
Gesamt	440.000 €	480.000 €	420.000 €

Darstellung der Gewinnausschüttung an die Stadt Saalfeld/Saale

	2022	2021	2020
Saalfelder Bäder GmbH*	1.071.207,23 €	451.440,46 €	356.400,36 €
Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH	-	-	-
KIV GmbH	6,85 €	7,82 €	-
KEBT	1.215,74 €	1.215,74 €	1.215,74 €
Gesamt	1.072.429,82 €	452.664,02 €	357.616,10 €

*Auszahlung erfolgte jeweils im Folgejahr an Stadt

Wirtschaftsförderagentur Region Saalfeld-Rudolstadt



Wirtschaftsförderagentur
Region Saalfeld-Rudolstadt



Adresse

Professor-Hermann-Klare-Straße 6
07407 Rudolstadt
Telefon: 03672 308200
Telefax: 03672 308115
E-Mail: wifag@igz-rudolstadt.de
Website: www.wirtschaft.kreis-slf.de

Gründung

16. Juli 2007

Geschäftsführung

Matthias Fritsche

Mitglieder Trägerversammlung

Marko Wolfram
Dr. Steffen Kania
Jörg Reichl
Mike George
Dagmar Schmidt

Beteiligungen

keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut gültigem Gründungsvertrag:

„Die Arbeitsgemeinschaft dient der gemeinsamen und zweckmäßigen Erfüllung der Aufgaben und Interessen der kommunalen Wirtschaftsförderung in einem gemeinsamen Gebiet.“ „Die Vertragspartner errichten hierzu gemäß § 4 ThürKGG durch öffentlich-rechtlichen Vertrag eine Arbeitsgemeinschaft.“

Geschäftsverlauf

Es handelt sich um eine ARGE gemäß ThürKGG und in diesem Sinne nicht um eine Beteiligung i.S.d. ThürKO, 4. Unterabschnitt § 71 ff.. Die ARGE unterhält zur Aufgabenerfüllung eine Wirtschaftsförderagentur, welche keine eigenständige, juristische Person darstellt (§ 2 Abs. 2 ThürKGG). Die Agentur verwendet ein von den Trägern bereitgestelltes, allgemeinen Aufgaben der Wirtschaftsförderung gewidmetes Budget. Die Personalgestellung zur Aufgabenerfüllung der Wifag erfolgt mittels Abordnung von Beschäftigten der Träger.

Die Aufgaben im Rahmen des öffentlich-rechtlichen Vertrages (Lotsenfunktion für Unternehmer, Fördermittel- und Standortberatung, Beratungen zu Unternehmensgründung und -entwicklung, Fachkräfte- und Standortmarketing, Projekte zur Wirtschaftsförderung) definiert und überwacht die Trägerversammlung.

Es fanden zwei Trägerversammlungen statt (28.06.2022, 30.11.2022). Die Trägerversammlungen gaben allgemeine Arbeitsschwerpunkte vor und kontrollierten deren Erfüllung.

Im Jahr 2022 lagen die Schwerpunkte insbesondere auf den Themen Fördermittel- und Investitions- und Standortberatung, Breitbandversorgung, Fachkräftesicherung und -gewinnung, Maßnahmen der Bestandspflege regionaler Unternehmen und Unternehmensnachfolge.

Darüber hinaus verfolgte die Wifag Projekte zur Berufsorientierung,

Standortmarketing sowie zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Kooperation regionaler Unternehmen.

Die Budgetverwendung ist vertragsmäßig Bestandteil des Jahresabschlusses, der mit der Betreuung der Wirtschaftsförderagentur beauftragten IGZ GmbH.

Diesem Jahresabschluss wurde für das Geschäftsjahr 2022 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der SAALEREVISION GmbH erteilt.

Der Trägerversammlung der ARGE lag am 28. Juni 2022 ein vom Wirtschaftsprüfer der IGZ GmbH bestätigter Bestandteil des Jahresabschlusses „Budgetverwendung Wirtschaftsförderagentur“ vor, dessen Grundlage dem Geschäftsführer die Entlastung für das Geschäftsjahr 2022 erteilt wurde.

Ausblick

Die Träger führen die ARGE und damit die weitere Betreuung der Wirtschaftsförderagentur fort (Verweis auf Beschluss der Trägerversammlung vom 15.12.2016)

Personal

	2022	2021	2020
Geschäftsführung	1	1	1
Arbeitnehmer	2	2	2

KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH



Adresse

Ekhofplatz 2 a
99867 Gotha
Telefon: 03621 45080
Telefax: 03621 450888
E-Mail: info@kiv-thueringen.de
Website: www.kiv-thueringen.de

Gesellschafter

s. Erläuterung im Berichtsteil

Gründung

04.03.1993

Stammkapital

25.800,00 €

Geschäftsführer

Bertram Huke

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz:

Michael Brychcy

Stellvertretung:

Horst Burghardt

Weitere Mitglieder:

Fabian Giesder

Peggy Greiser

Knut Kreuch (bis 31.12.2022)

Hartmut Linnekugel

Dr. Philipp Rottwilm

Dr. Hartmut Schubert

Dirk Schütze

Dr. Johannes Bruns (seit 01.01.2023)

Beteiligungen

-

Kurzvorstellung des Unternehmens

Ziel des Unternehmens ist es, für alle Bereiche der Informationsverarbeitung im kommunalen Bereich ein kompetenter und zuverlässiger Partner zu sein.

Dazu sind folgende Unternehmensziele formuliert:

- Betreuung von kommunalen Verwaltungen und artverwandten Einrichtungen in allen Fragen der Informationsverarbeitung — Angebot komplexer Lösungen aus einer Hand.
- Bereitstellung einer umfangreichen Produktpalette mit Datenschnittstellen zwischen den einzelnen Verfahren.
- In Abhängigkeit von den örtlichen Anforderungen werden zentrale und dezentrale Lösungen für die Verwaltung bereitgestellt.
- Durch eine umfassende Analyse und Beratung der Kommunen können kostengünstige Informationsverarbeitungs-Konzepte zu den konkreten Gegebenheiten in der Verwaltung angeboten und realisiert werden.
- Bei den zentralen Verfahren werden die hessischen Großrechnerlösungen (OW121 und LOGA) eingesetzt. Für weitere Fachverfahren wird das KIV-Rechenzentrum genutzt. Dabei wird die Anbindung der Kommunen über PC-Netze und Internet realisiert.
- Im dezentralen Bereich wird der Einsatz von PC-Netzen unter WINDOWS-Betriebssystemen umgesetzt. Die technische Konzeption der PC-Netze, die Lieferung der Hardware und die Installation und Wartung der Netze sind Bestandteil des KIV-Leistungsspektrums.
- Die Rechenzentrumsleistungen werden in unserem Rechenzentrum und über Kooperationspartner abgewickelt. Programmierleistungen werden im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der ekom21-KGRZ Hessen realisiert.
- Für alle angebotenen Produkte wird eine Betreuung, gegebenenfalls auch über Kooperationspartner, abgesichert.
- Das Internet mit seinen Kommunikationsmöglichkeiten wurde in die Produktgestaltung und Dienstleistungen der KIV Thüringen integriert. Die Fernwartung wird ausschließlich über verschlüsselte Verfahren via Internet realisiert.
- Die KIV Thüringen bietet zur Finanzierung von Hard- und Software für ihre Kunden lukrative Finanzierungsdienstleistungen an.
- Die Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und das Stellen von KIV-Mitarbeitern als externe Datenschutzbeauftragte für Gemeinden und Stadtwerke ist eine weitere Dienstleistungsausrichtung.
- Für die Unterstützung der Kommunen bei der Einführung von e-Governmentlösungen sind zunehmend komplexere Lösungen gefragt, so dass sich die KIV in Zukunft als der kommunale IT-Dienstleister in Thüringen entwickeln wird.

Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit im Zusammenhang stehender Beratungs- und Schulungsleistungen. Es unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government-Gesetz zu erfüllen.

Gesellschafter und Stammkapital

Am Stammkapital von € 25.800,00 sind die 158 Gesellschafter wie folgt beteiligt:

-Stand 31.12.2022-

	€	%
Ekom21-KGRZ Hessen KöR	11.650,00	45,16
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	11.651,00	45,16
Freistaat Thüringen	2.344,00	9,08
155 Städte und Gemeinden mit jeweils 1,00 €/0,004 %	155,00	0,60

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2022 wurde die Umwandlung der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH in ein kommunales Unternehmen weiter fortgeführt. So sind bei mehreren Notarterminen bis zum 31.12.2022 insgesamt 139 Thüringer Kommunen sowie Zweckverband Thür. Wintersportzentrum Oberhof und Landesmedienanstalt Erfurt der KIV Kommunalen Informationsverarbeitung Thüringen GmbH beigetreten.

Der Umsatz mit Gesellschaftern betrug im Jahr 2021 und 2022 über 80 v.H., so dass die Erreichung der Inhouse-Fähigkeit als Ziel der Öffnung der KIV Kommunalen Informationsverarbeitung Thüringen GmbH innerhalb von 3 Jahren erreicht werden kann.

Bereits jetzt ist ein Großteil der Thüringer Landkreise und alle kreisfreien Städte Gesellschafter der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH geworden, so dass die Ausstattung der Schulen mit entsprechender IT-Technik über diese realisiert werden konnte. Der Digitalpakt befähigt die Schulträger in Ausbau und Infrastruktur sowie Ausstattung der Schulen hohe Geldmittel zu investieren. Dazu wurden durch die KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH frühzeitig Ausschreibungen durchgeführt und Rahmenverträge abgeschlossen,

damit die einzelnen Schulträger die ausgehandelten Konditionen nutzen können, ohne selbst langwierige Ausschreibungsverfahren durchführen zu müssen.

Lage und Ausblick

Seit 2020 erfolgte durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und über 100 Kommunen die Weiterentwicklung der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH zu dem kommunalen IT-Dienstleister in Thüringen. Damit werden die Kommunen in die Lage versetzt, von günstigeren Rahmenbedingungen zu profitieren und Ausschreibungsprozesse zu beschleunigen.

Seit dem Jahr 2020 wurden Umsatzerlöse von über 6,0 Mio. € erzielt. In 2022 stiegen die Umsatzerlöse von 7,9 Mio. € in 2021 auf 10,3 Mio. € in 2022 an. Vorrangig resultierte dies aus der Gewinnung größerer kommunaler Kunden, aber auch aus der Umstellung der kommunalen Verwaltung auf moderne IT-Technik und Verfahren.

Der Jahresüberschuss stagnierte in 2022 auf ähnlich hohem Niveau bei 420 T€ (479 T€ in 2021).

Das Eigenkapital überstieg, wie in den Vorjahren, auch Ende 2022 jederzeit die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten. Kreditverpflichtungen bestehen nicht. Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Personal

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 – neben dem Geschäftsführer – im Durchschnitt 47,5 Angestellte beschäftigt.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	217.909,00	402.140,00	266.692,00
Umlaufvermögen	3.487.893,48	3.207.480,63	2.167.778,00
Rechnungsabgrenzungsposten	15.569,89	55.577,02	55.767,10
Σ Aktiva	3.721.372,37	3.665.197,65	2.490.237,10
Eigenkapital	1.973.371,11	1.793.050,19	1.560.250,00
Rückstellungen	521.538,79	722.482,08	527.455,78
Verbindlichkeiten	1.226.462,47	1.149.665,38	402.531,32
Σ Passiva	3.721.372,37	3.665.197,65	2.490.237,10

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	10.299.148,58	7.936.129,97	5.540.144,88
Sonstige betriebliche Erträge	61.058,37	109.819,47	67.009,31
Materialaufwand	6.283.013,54	4.269.003,59	2.492.204,47
Personalaufwand	2.734.536,59	2.453.687,46	1.888.080,29
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	123.610,84	117.535,59	57.247,94
Sonstige betriebliche Aufwendungen	615.893,07	519.936,55	466.889,19
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögen	0,00	900,00	800,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,51	0,00	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	72,17	0,00	701,08
Steuern vom Einkommen und Ertrag	180.235,57	204.492,74	206.693,95
Sonstige Steuern	2.789,00	2.718,00	2.785,10
Jahresergebnis	420.058,68	479.475,51	493.352,17

Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof



MEININGER HOF SAALFELD/SAALE

Kultur- und Tagungszentrum



Adresse

Alte Freiheit 1
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 359590
Telefax: 03671 598180
E-Mail: kulturbetrieb@stadt-saalfeld.de
Website: www.saalfeld-kultur.de

Gesellschafter

Stadt Saalfeld/Saale, 100 %

Gründung

1. Januar 2003

Stammkapital

25.000,00 €

Geschäftsführung

Tobias Fritzsche

Mitglieder Werkausschuss

Vorsitz

Eric H. Weigelt

Stellvertretung

Helmut Kulawik

Weitere Mitglieder

Jürgen Bohr

Denis Häußner

Dr. Steffen Kania

Dorothea Köhler

Ulrich Körner

Eirik Otto

Lisa-Marie Püchler

Constanze Zabel



Beteiligungen

keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Kulturbetriebes ist die Wirtschaftsführung

- des Kultur- und Tagungszentrums "Meininger Hof"
- des Veranstaltungsmanagements der Stadt Saalfeld/Saale
- des Kulturmanagements der Stadt Saalfeld/Saale
- der Sondermärkte und Feste der Stadt Saalfeld/Saale.

Gemäß § 2 der Satzung dienen die Einrichtungen des Betriebes dem Gemeinwohl mit dem Ziel, die geistig-kulturelle Betätigung der Allgemeinheit durch Aufrechterhaltung, Entwicklung und Förderung des kulturellen Lebens, der kulturellen Einrichtungen, der Freizeit- und Erholungsangebote sowie der Bewahrung des Kulturgutes zu ermöglichen und zu fördern. Weitere, dem Betriebszweck dienende Einrichtungen, können dem Betrieb angeschlossen werden.

Öffentlicher Zweck

Ziel des Unternehmens ist die Förderung des kulturellen Lebens und die Bewahrung des Kulturgutes. Zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Stadt gehören gemäß § 2 ThürKO die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen Lebens.

Die Stadt Saalfeld/S. gründete den Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2022 war zu Beginn durch Ausläufer der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Aufgrund der weiter gesetzlich vorgeschriebenen Corona-Maßnahmen (Abstandsregelungen, Kapazitätsbegrenzungen etc.) konnten insbesondere in den ersten Monaten des Jahres Kulturveranstaltungen nicht wirtschaftlich durchgeführt werden. Die Folge waren weitere Verschiebungen und Absagen verbunden mit entsprechenden Einnahmeverlusten, die zum Teil durch Einsparungen (Reduzierung des

Personaleinsatzes, Kurzarbeit, Reduzierung von veranstaltungsbezogenen Kosten) aufgefangen werden konnten.

Nach Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen konnte im zweiten Halbjahr ein grundlegend regulärer Veranstaltungsbetrieb durchgeführt werden. Dieser war geprägt durch eine zunächst anhaltende Besucherzurückhaltung, deren Gründe (Kaufkraftverlust durch Inflation, Veränderung von Freizeitverhalten in der Pandemie, Ängste usw.) vielschichtig sind. Erst zum Jahreswechsel konnte wieder ein positiver Trend bei den Besucherzahlen verzeichnet werden.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein Verlust von 51 T€ erzielt. Hauptursächlich dafür war eine weitere Reduzierung der städtischen Zuwendungen zur Aufwandsdeckung um 103 T€ im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2022 und 54 T€ im Vergleich zum Vorjahr sowie die eben beschriebenen Rahmenbedingungen.

Die Veranstaltungen im Vergleich zu den Vorjahren:

	2022	2021	2020
Veranstaltungen	97	89	75
Besucher	24.777	7.428	10.117

In den 97 Veranstaltungen sind 3 Veranstaltungen außerhalb des Meininger Hofes mit enthalten (1x Schier-Optik, 1x Klosterhof im Franziskanerkloster, 1x Treppenstufen im Franziskanerkloster).

Die Umsatzerlöse und sonstigen Erträge sind gegenüber dem Plan aufgrund der zurückgehenden pandemischen Lage um 51 T€ höher ausgefallen.

Der Personalaufwand (426 T€) ist im Vergleich zum Vorjahr (269 T€) nach der Beendigung der Kurzarbeit im April 2022 wieder gestiegen, wenn auch nicht auf das geplante Niveau.

Die Abschreibungen sind mit 56 T€ in 2022 auf Vorjahresniveau geblieben.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (174 T€, Vorjahr 164 T€) sind Raumkosten in Höhe von 55 T€ (Vorjahr 38 T€), Reparaturen und Instandhaltungen in Höhe von 27 T€ (Vorjahr 34 T€), Aufwendungen für Veranstaltungen in Höhe von 40 T€ (Vorjahr 29 T€) entstanden.

Lage und Ausblick

Der Eigenbetrieb verfügte zum 31. Dezember 2022 über einen Finanzmittelbestand von 151 T€. Es stand ein Kassenkredit mit einem Gesamtvolumen von 70 T€ zur Verfügung, welcher zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurde. Der Eigenbetrieb war im Wirtschaftsjahr 2022 insbesondere durch den Zuschuss der Stadt Saalfeld/Saale von 344 T€ jederzeit in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Eigenkapitalquote lag zum 31. Dezember 2022 bei 72,2 % nach 76,3 % im Vorjahr. Das Eigenkapital beträgt 1.100 T€ nach 1.151 T€ im Vorjahr und hat sich um den Jahresverlust von 51 T€ verringert.

Zum 31. Dezember 2021 betrug die allgemeine Rücklage 1.109.621,34 € (analog Vorjahr). Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Saalfeld vom 13. Juli 2022 wurde der Jahresgewinn 2021 von 7.491,01 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 37.187,34 € (Vorjahr 7.891,22 €) getätigt (Beleuchtung 34.785,23 € und geringwertige Wirtschaftsgüter 2.402,11 €).

Dem Eigenbetrieb wurde durch die Stadt Saalfeld in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2003 das Grundstück mit aufstehendem Gebäude „Meininger Hof“ (Flurstück 1041/3) mit einer Fläche von 1.859 m² zu einem Buchwert von 105 T€ zugeordnet. Änderungen im Grundstücksbestand ergaben sich nicht.

Die Rückstellungen betragen im Berichtsjahr 9 T€ und enthalten Rückstellungen für Erstellungs- und Prüfungskosten (7 T€), Urlaubsansprüche, Zuschläge sowie Überstunden (2 T€).

Das im Vorjahr prognostizierte Jahresergebnis von 0 € bei Erträgen von 722 T€ und Aufwendungen von 722 T€ wurde unterschritten. Der Jahresverlust von 51 T€ resultiert aus Erträgen von 668 T€ und Aufwendungen von 719 T€. Die Erträge beinhalten Zuschüsse von 344 T€.

Die seit Februar 2022 spürbaren Effekte des Ukraine-Kriegs werden auch das Geschäftsjahr 2023 beeinflussen. Die gestiegenen Energiekosten belasten insbesondere den stromintensiven Veranstaltungsbetrieb und führen zu massiven Aufwandssteigerungen in diesem Bereich. Staatliche Preisbremsen und Kulturfonds können dies nur teilweise ausgleichen.

Die durch den Ukraine-Krieg verursachten Preissteigerungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen und die damit verbundene sinkende Kaufkraft haben weiterhin einen negativen Einfluss auf das Konsumverhalten von Kulturveranstaltungen als nicht lebensnotwendiges Gut. Die Folge ist ein niedrigeres Grundniveau der Besucherzahlen als vor der Pandemie und Krieg.

Aufgrund der staatlichen Eingriffe und tendenziell sinkenden Energiepreisen schätzt der Eigenbetrieb die damit einhergehenden Risiken für die Geschäftstätigkeit auf der Grundlage des derzeitigen Kenntnisstands als temporär ein, weshalb diese Einflüsse als nicht bestandsgefährdend betrachtet werden.

Für 2023 wird im Wirtschaftsplan von einem ausgeglichenen Ergebnis bei Umsatzerlösen und Erträgen von 415.000 € sowie Zuschüssen von 610.000 € ausgegangen.

Personal

	2022	2021	2020
Werkleiter	1	1	1
Angestellte	7	7	7

Der Eigenbetrieb beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 durchschnittlich 8 Beschäftigte in Festanstellung (einschließlich Werkleiter) und 13 Pauschalkräfte.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	1.314.565,08	1.333.893,59	1.381.378,59
Umlaufvermögen	206.417,38	173.775,26	180.050,38
Rechnungsabgrenzungsposten	826,00	762,00	2.130,78
Σ Aktiva	1.521.808,46	1.508.430,85	1.563.559,75
Eigenkapital	1.100.064,64	1.151.059,13	1.143.568,12
Rückstellungen	9.166,71	8.832,40	12.040,73
Verbindlichkeiten	408.507,02	344.995,57	333.019,55
Rechnungsabgrenzungsposten	4.070,09	3.543,75	74.931,35
Σ Passiva	1.521.808,46	1.508.430,85	1.563.559,75

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	301.767,66	112.632,60	126.352,63
Zuwendungen zur Aufwandsdeckung	344.410,00	398.526,35	435.367,79
Sonstige betriebliche Erträge	22.414,23	15.980,38	5.896,00
Materialaufwand	50.162,61	16.573,22	37.634,25
Personalaufwand	426.099,94	268.845,70	281.177,78
Abschreibungen	55.559,34	55.376,22	55.817,47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	173.520,12	164.259,46	126.552,69
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.507,98	10.857,33	11.165,68
Sonstige Steuern	3.736,39	3.736,39	3.736,79
Jahresergebnis	-50.994,49	7.491,01	51.562,16

Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH



Adresse

Anger 1
07407 Rudolstadt
Telefon: 03672 4500
Telefax: 03672 4502111
Website: www.theater-rudolstadt.com

Gesellschafter

Zweckverband Thüringer Landestheater
Rudolstadt und Thüringer Symphoniker
Saalfeld-Rudolstadt

Stammkapital

30.750,00 €

Geschäftsführung

Steffen Mensching, Intendant und
Geschäftsführer;
Mathias Moersch, Verwaltungsdirektor

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Marco Wolfram

Stellvertretung

Jörg Reichl

Weitere Mitglieder

Dr. Steffen Kania

Peter Lahann

Petra Rottschalk

Ministerialrat Carsten Pettig

Kurzvorstellung des Unternehmens

Das Unternehmen ist gemäß § 3 des Gesellschaftsvertrages der Betrieb eines Theaters zur Wahrnehmung und Förderung der den Gesellschaftern obliegenden kulturellen Aufgaben. Alleinigere Gesellschafter ist der Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die in unmittelbarem und wirtschaftlichem Zusammenhang mit der Erreichung des Geschäftszweckes stehen. Dazu gehören auch die Aufnahme und Umsetzung von Kooperationsbeziehungen mit anderen Thüringer Theatern und Einrichtungen.

Der Gesellschaftszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Aufführung von Bühnenwerken aller Gattungen in den Bereichen Musik-, Sprech- und Tanztheater, sowie die Darbietung von Musikstücken im Bereich der Konzertsinfonik. Die Theater GmbH unterhält dazu ein Orchester und ein Sprechtheater. Das Orchester führt den Namen „Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt“.

Rudolstadt und Saalfeld sind Dienstorte für die Beschäftigten der Gesellschaft.

Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile.

Öffentlicher Zweck

Zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Stadt gehören gemäß § 2 ThürKO die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen Lebens.

Die Pflege und Förderung der Kunst, der Kunstteilhabe und der kulturellen Breitenarbeit wird durch den Betrieb eines Drei-Sparten-Theaters sowie eines Orchesters gesichert, in welchem die Stadt Saalfeld über ihre Beteiligung am Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt integriert ist.

Geschäftsverlauf

Für die Gesellschaft gilt noch bis einschließlich 2024 die zwischen dem Freistaat und den wirtschaftlichen Trägern abgeschlossene Finanzierungsvereinbarung. Einerseits gibt diese Finanzierungsvereinbarung der Gesellschaft Planungssicherheit. Andererseits stellt sie die Gesellschaft vor dem Hintergrund der erheblichen Kostensteigerung in allen Bereichen vor erhebliche Probleme. So können die Entgelte der Mitarbeitenden nicht adäquat vergleichbarer Branchen angepasst werden.

Bedingt durch die Nachwirkungen der Covid-19 Pandemie konnte auch im Jahr 2022 das normative Einspielergebnis nicht erreicht werden. Trotzdem war ein positiver Aufwärtstrend bei den Besucherzahlen zu erkennen.

Der künstlerische Verlauf (gekürzt) der Spielzeit stellt sich wie folgt dar:

- Das Jahr 2022 begann am 18. Januar mit dem Kinderliederkonzert „Von Fischen und Wünschen“.
- 28. Januar Premiere „Die Katze im Käfig“, ein Thriller von Joanna Murray-Smith.
- Die entlarvende Geschlechtersatire und zugleich ein genaues Psychogramm über die Kunst, sich ins Unglück zu katapultieren feierte „Die Kehrseite der Medaille“ am 29. Januar im Stadthaus Premiere.
- „Der Vetter aus Dingsda“, eine Kooperation mit der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ feierte am 5. März im Meininger Hof, Premiere.
- Am 9. März lud das Theater zur Premiere von „Der Schimmelreiter“, einem Gastspiel des Landestheaters Eisenach, ins Theater am Stadthaus ein.
- Am 31. März feierte „VOR?Spiel!“, eine Stückentwicklung des TheaterJugendClubs über Identität und Selbst(er)findung, im Theater tumult Premiere.

- Am 8. April wurde das Publikum zu „Carmen“, Ballett von Ivan Alboresi mit Musik von Georges Bizet/Rodion Schtschedrin, in Kooperation mit dem Theater Nordhausen, ins Theater am Stadthaus eingeladen.
- „Der Liebestrank“, Komische Oper in zwei Akten von Gaetano Donizetti, halbszenische Aufführung in italienischer Sprache mit deutscher Übertiteln, feierte am 23. April im Meininger Hof, Premiere.
- „In der Schwebe“ Premiere am 28. April im Theater tumult.
- Am 30. April wurde das Publikum zu „Will alles wagen“, in den Schminkkasten eingeladen.
- Am 14. Mai feierte „Der zerbrochene Krug“, ein Lustspiel von Heinrich von Kleist, im Theater im Stadthaus Premiere.
- Mit Woody Allens „Mitsommernachts-Sex-Komödie“ feierte am 17. Juni das Sommertheater im Schlosshof der Heidecksburg Rudolstadt Premiere.
- Mit der Aufführung des beliebten Kinderbuchklassikers „Das Dschungelbuch“ auf der Schlossterrasse der Heidecksburg boten wir erstmals ein Bühnenspektakel extra für die jungen und junggebliebenen Zuschauer an. Premiere 30. Juni.
- Zu „Klangzauber unterm Stenernzelt“-einem Galakonzert wurde Anfang Juli auf den Hohen Schwarm und die Heidecksburg eingeladen.
- Am 8. Oktober „Frühstück bei Monsier Henri“ Premiere im Stadthaus Rudolstadt.
- „All das Schöne“, eine Kooperation mit dem Jungen Schauspiel des Landestheaters Eisenach, feierte am 12. Oktober im Theater tumult Premiere.
- Zu „Cosi fan tutte“, eine Kooperation mit dem Theater Nordhausen, lud das Theater am 22. Oktober in den Meininger Hof, ein.
- Mit „Rumpelstilzchen“ kam zur Premiere am 4. November ein Kinderstück von Irene Budischowsky frei nach den Gebrüder Grimm auf die Bühne.
- „Herscht 07769“, nach dem gleichnamigen Roman von Lázló Krasnahorkai (Uraufführung) feierte am 26. November im Theater im Stadthaus Premiere.
- Von komisch bis skurril, von heiter bis nachdenklich „Die Nacht der Nächte“ – ein literarisch-musikalisches Programm, feierte am 6. Dezember im Schminkkasten Premiere.
- Ab dem 9. Dezember lud das Theater zum alljährlichen Weihnachtskonzert ein.
- Am letzten Tag des Jahres spielten die Thüringer Symphoniker die „ungarischsten“ Melodien aus den Operetten von Emmerich Kálmán, Paul Abraham und Johann Strauß.

Lage und Ausblick

Die Finanzierung der Gesellschaft wird auch in diesem Jahr maßgeblich durch die ab dem 1. August 2017 für die Jahre 2017 bis 2024 geltende Finanzierungsvereinbarung des Freistaates Thüringen gesichert. Die Thüringer Landesregierung hat im Jahr 2020 beschlossen, den Zuschuss für Theater und Orchester nochmals zu erhöhen. Dies bedeutet für die Gesellschaft einen deutlichen Finanzierungszugang von flüssigen Mitteln, da sich auch die wirtschaftlichen Träger an dieser Erhöhung maßgeblich beteiligen. Demgegenüber steht der Ausfall der Erlöse aus Veranstaltungstätigkeit. Insgesamt schließt die

Die Spielzeit 2022/2023 (gekürzt):

- Beginn am 17. September mit „Mein Freund Harvey“.
- Eine bunte Oper mit Ballett feierte am 20. September Premiere in der Musikschule Saalfeld, die Palette reicht von Mozart bis zu poppig-fetzigen Arrangements beliebter Kinderlieder.
- Am 24. September feierte „Fehler im System“, eine Komödie von Folke Braband, im Schminkkasten Premiere.

Gesellschaft das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 297 ab. Der Jahresüberschuss 2022 soll vollständig in die Gewinnrücklagen eingestellt werden.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg der Zuwendungen aus Fördermitteln um TEUR 131 ertragswirksam vereinnahmt werden. Die Erhöhung resultiert aus der zwischen dem Freistaat Thüringen und dem Zweckverband Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt „Gemeinsamen Vereinbarung zur Finanzierung der Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH“ fixierten zweckgebundenen Zuwendung zur Finanzierung der laufenden Betriebsausgaben sowie der jährlichen Zuwendung im Rahmen der Festbetragsfinanzierung durch den Zweckverband.

Ferner erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Erträge deutlich um TEUR 738. Mit 4. Änderungsbescheid vom 8. Dezember 2021 und liquiditätswirksamen Zufluss bereits im Geschäftsjahr 2021 erhielt die Gesellschaft weitere Zuwendungen aus dem Landeshaushalt für das Vorhaben „Sanierung der Hochwasserschäden und präventiver Hochwasserschutz im Thüringer Landestheater Rudolstadt“ im Rahmen der Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Gewährung von staatlichen Zuwendungen aus dem Aufbauhilfsfonds des Bundes und der Länder für ein „Ausbauhilfeprogramm zur Beseitigung von Schäden infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis 4. Juli 2013 in Thüringen bei kulturellen Einrichtungen und Kulturdenkmälern unabhängig von der Trägerschaft“. Der Freistaat Thüringen erhöhte mit diesem Änderungsbescheid letztmalig die Mittel um TEUR 1.500 unter Bedingung, dass die Gesellschaft und die kommunalen Träger den gleichen Anteil als Eigenmittel in das Investitionsvorhaben einbringen.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde unter der Fiktion aufgestellt, dass zuerst der Eigenanteil von Gesellschaft und kommunalen Trägern in Höhe von TEUR 1.500 verbraucht werden und die Mittel des Freistaates Thüringen insoweit als Rückzahlungsverpflichtung unter den „sonstigen Verbindlichkeiten“ passiviert werden.

Im Berichtsjahr fielen für dieses Vorhaben insgesamt Baukosten von TEUR 1.005 an. Gemäß oben dargestellter Fiktion waren somit von den Mitteln des Freistaates Thüringen ebenfalls TEUR 1.005 zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufzulösen. Ferner werden hier periodenfremde Erträge mit TEUR 12 ausgewiesen.

Die Erhöhung der Betriebsaufwendungen um TEUR 1.478 ist vornehmlich auf den Anstieg der Personalaufwendungen durch den Wegfall des Kurzarbeitergeldes zurückzuführen. Ferner fielen Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen für die Sanierung des Großen Hauses (TEUR 1.005; Vorjahr: TEUR 1.584) an. Zudem stiegen durch die vollständige Wiederaufnahme des Spielbetriebes auch die damit im Zusammenhang stehenden operativen Betriebsaufwendungen. Das operative Betriebsergebnis fiel mit TEUR 39 positiv aus. Das Jahresergebnis 2022 ist geprägt von periodenfremden nicht liquiditätswirksamen Effekten in Höhe von TEUR 258. Diese wurden in das neutrale Ergebnis eingestellt und aus dem operativen Betriebsergebnis herausgerechnet. Das neutrale Ergebnis beinhaltet ertragsseitig die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 435) und die Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten (TEUR 121). Aufwandsseitig sind hier die Abschreibungen auf Forderungen (TEUR 283) und die Zuführung zur Rückstellung für Abfindungsverpflichtungen (TEUR 15) berücksichtigt.

Insgesamt schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 297 ab. Dieser Jahresüberschuss soll

zweckgebunden für die Baumaßnahme in die Gewinnrücklage eingestellt werden. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um TEUR 2.008 bzw. 33,0 % auf insgesamt TEUR 4.081 verringert. Signifikant ist hierbei die stichtagsbedingte Abnahme der flüssigen Mittel um TEUR 1.892. Auf der Passivseite verringerten sich demgegenüber die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen von TEUR 756 beträgt insgesamt 18,5 % der Bilanzsumme. Es erhöhte sich um die getätigten Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Hierbei stehen den Investitionen von TEUR 333 planmäßige Abschreibungen von TEUR 195 gegenüber.

Für die Abnahme des Umlaufvermögens um TEUR 2.146 auf TEUR 3.325 ist maßgeblich stichtagsbedingte Verringerung der liquiden Mittel um TEUR 1.892 auf TEUR 2.988 verantwortlich. Ferner erhöhten sich auch die kurzfristigen Forderungen um TEUR 254 auf TEUR 337. Die im Vorjahr ausgewiesenen Forderungen gegen den Freistaat Thüringen aus Projektzuschüssen Sanierung Großes Haus (TEUR 289) wurden aufgrund der Festlegungen im 4. Änderungsbescheid vom 8. Dezember 2021 mangels Werthaltigkeit abgeschrieben.

Die Abnahme der liquiden Mittel begründet sich im Wesentlichen auf den Aufwand für die Baumaßnahme (TEUR 1.500), den die Gesellschaft einerseits selbst zu tragen hat und andererseits in gleicher Größenordnung vom Freistaat Thüringen finanziert wird und auf die Inanspruchnahme der geleisteten Anzahlung für das Hubpodium für den Orchestergraben, für welche die Gesellschaft Fördermittel in 2021 i. H. v. TEUR 160 erhielt.

Das kurzfristig gebundene Vermögen zum Bilanzstichtag beträgt TEUR 3.325. Es deckt vollständig das kurzfristige Fremdkapital in Höhe von TEUR 1.934.

Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich im Geschäftsjahr 2022 um TEUR 266 bzw. 14,1 % erhöht. Dies ergibt sich dahingehend, dass der im Berichtsjahr ausgewiesene Jahresüberschuss von TEUR 297 die Auflösung des Sonderpostens in Höhe von TEUR 31 vollständig kompensiert. Der Jahresüberschuss 2021 wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30. August 2022 in die Gewinnrücklage eingestellt.

Das Eigenkapital deckt analog dem Vorjahr vollständig das mittel- und langfristig gebundene Vermögen. Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2022 52,6 % (Vorjahr: 30,9 %) der Bilanzsumme.

Das kurzfristige Fremdkapital nahm im Berichtsjahr um TEUR 2.274 auf TEUR 1.934 deutlich ab. Ursächlich hierfür ist der Rückgang der sonstigen kurzfristigen Passiva inklusive der erhaltenen Anzahlungen. Zum 31. Dezember 2022 werden insgesamt noch TEUR 851 noch nicht verbrauchte Zuschüsse des Freistaat Thüringen und des Zweckverbandes Thüringer Landestheater Rudolstadt und Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt passiviert, welche für die Sanierung des Großen Hauses und für künftige Personalstruktur- und Personalanpassungsmaßnahmen und Finanzierung der operativen Geschäftstätigkeit verwendet werden sollen. Ferner verringerten sich die sonstigen Rückstellungen um TEUR 461. Die Gesellschaft hat in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 von der Agentur für Arbeit gemäß den gestellten Anträgen Kurzarbeitergeld einschließlich Erstattung von sozialen Abgaben von insgesamt TEUR 2.520 erhalten. Im Berichtsjahr wurde die erste und zweite Tranche von der Agentur für Arbeit geprüft, es ergaben sich Rückzahlungsverpflichtungen von insgesamt TEUR 1. Aufgrund der gleichen Bewertungssystematik für alle anderen noch nicht geprüften Tranchen erfolgte eine Neubewertung der Rückstellung für mögliche Rückzahlungsrisiken in Höhe von TEUR 80.

Die Investitionen des Berichtsjahres wurden vollständig aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert. Der Finanzmittelfonds setzt sich im Geschäftsjahr 2022 aus einem Kassenbestand in Höhe von TEUR 16 sowie Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von TEUR 2.972 zusammen. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 durchgängig gesichert.

Grundsätzlich ist für das Jahr 2023 wiederum ein ausgewogener Spiel- und Konzertplan vorgesehen. Inwieweit dieser durch weitere pandemiebedingte Auflagen aber auch durch die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges beeinträchtigt wird, ist gegenwärtig noch nicht abzuschätzen.

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Geschäftsführung steigende Erlöse aus dem Verkauf von Eintrittskarten. Schon im Vorfeld vereinnahmte Zahlungen, die einen Übertrag ins Folgejahr oder eine Rückzahlungsverpflichtung auslösen könnten, sind nur durch eine erhebliche Menge von verkauften Gutscheinen zu erwarten.

Weiterer Schwerpunkt ist die Fortführung des Bauvorhabens am Großen Haus mit dem neu verpflichteten Generalplaner. Im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen „Sanierung der Hochwasserschäden und präventiver Hochwasserschutz im Thüringer Landestheater Rudolstadt“ wurden im Geschäftsjahr 2023 die Sanierungsmaßnahmen am Großen Haus weitergeführt.

Nach wie vor sieht die Gesellschaft ein Risiko in der aktuellen Baumaßnahme. Dies begründet sich insbesondere durch die Baupreientwicklung und Materialverfügbarkeit.

Für das Jahr 2023 sieht die Gesellschaft in ihrem Kerngeschäft ein finanzielles Risiko im Bereich der allgemeinen Kostenentwicklung. Auch zum Zeitpunkt der Berichtserstellung ist noch nicht abzusehen, welche endgültigen Auswirkungen die Corona-Pandemie und der Ukrainekrieg auf die Kulturlandschaft und damit auch auf die Gesellschaft haben

wird. Aktuell kann die Gesellschaft nur einen noch rigideren Sparkurs als bisher verfolgen, um den sichtbar werdenden Kostenaufwüchsen in allen Bereichen hinreichend begegnen zu können.

Ebenso müssen die entstehenden Mehrkosten „Bau“ fortlaufend bewertet werden. Auch birgt die Situation um den Fachkräftemangel ein deutliches Risiko für die Sicherung des Spielbetriebes. Die Geschäftsführung hat hier allerdings Maßnahmen eingeleitet, um dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Geschäftsführung analysiert stetig alle Prozesse des Theaters. Intendant, Geschäftsführer und der Verwaltungsdirektor haben eine vom Aufsichtsrat vorgegebene Aufgabenteilung und Ergänzungsfunktion, die eine effektive Führung der Thüringer Landestheater Rudolstadt – Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH sicherstellt.

Personal

	2022	2021	2020
Geschäftsführung	1	1	1
Angestellte	172	172	191
Auszubildende	9	9	11

Der Personalbestand im Geschäftsjahr 2022 belief sich auf durchschnittlich 172 Arbeitnehmer (Vorjahr: 172 Arbeitnehmer). Darüber hinaus waren 9 Auszubildende im Geschäftsjahr 2022 (Vorjahr: 9 Auszubildende) beschäftigt.

Auch im Jahr 2022 gab es keine wesentlichen Veränderungen im Stellenplan. Die fortgeschriebenen Haustarifverträge ermöglichen es, die Personalkosten weiterhin kalkulierbar zu halten. Entsprechend der bestehenden Tarifstruktur steigen die Entgelte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie es in dem TKV und dem NV-Bühne vorgesehen ist. Dies wird die Gesellschaft im Rahmen der Möglichkeiten auch auf die nicht tarifgebundenen Mitarbeitenden anwenden.

Die Anzahl der Auszubildenden in theatertechnischen Berufen ist signifikant

rückläufig. Praktika für die verschiedenen Schul- und Ausbildungsformen (Hauptschule bis universitäres Studium) werden nach wie vor angeboten. Das Theater hat eine Personalvertretung in Form eines Betriebsrates. Zu elementaren Entscheidungen wird der Betriebsrat einbezogen. Des Weiteren wirken die weisungsfreigestellte Sicherheitsfachkraft und der Systemadministrator bei der Wahrung der schutzwürdigen Interessen der Belegschaft mit.

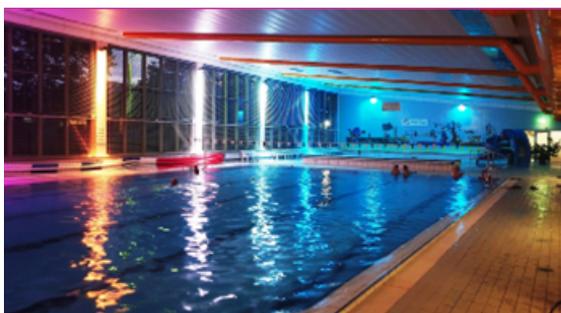
Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	756.078,14	617.763,09	696.125,21
Umlaufvermögen	3.296.200,05	5.454.954,82	2.721.305,35
Rechnungsabgrenzungsposten	29.162,01	27.787,92	1.174,66
Σ Aktiva	4.081.440,20	6.100.505,83	3.418.605,22
Treuhandvermögen	4.603,81	4.603,77	5.951,56
Eigenkapital	2.015.768,08	1.719.246,87	1.438.150,01
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	130.486,05	161.054,31	261.143,93
Rückstellungen	281.179,07	742.134,90	386.473,38
Verbindlichkeiten	1.525.430,00	3.478.069,75	950.301,16
Rechnungsabgrenzungsposten	128.577,00	0,00	382.536,74
Σ Passiva	4.081.440,20	6.100.505,83	3.418.605,22
Treuhandverbindlichkeiten	4.603,81	4.603,77	5.951,56

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	729.055,01	369.616,11	318.541,90
Zuwendungen aus Fördermitteln	9.003.853,00	8.873.139,00	7.724.853,00
Sonstige betriebliche Erträge	1.586.807,64	293.434,66	1.241.841,41
Spielbetriebsaufwand	424.555,56	298.568,49	308.443,12
Personalaufwand	7.710.945,87	5.965.327,50	6.412.536,24
Abschreibungen	195.134,84	266.086,19	260.312,36
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	30.568,26	100.089,62	100.089,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.719.442,20	2.814.131,55	1.944.776,61
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48,00	1.063,86	78,02
Zinsen und ähnl. Aufwendungen	106,39	9.858,51	237,74
Sonstige Steuern	3.625,84	2.750,67	5.384,11
Jahresergebnis	296.521,21	280.620,34	453.713,77

Saalfelder Bäder GmbH



Adresse

Remschützer Str. 42
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 598300
Telefax: 03671 598306
E-Mail: stadtentwicklung@stadt-saalfeld.de
Website: www.saalfelder-baeder.de

Gesellschafter

Stadt Saalfeld/Saale, 100 %

Gründung

1. Januar 2012

Stammkapital

25.000,00 €

Geschäftsführung

Bettina Fiedler

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Dr. Steffen Kania

Stellvertretung

Christine Lehder

Weitere Mitglieder

Jürgen Bohr

Denis Häußner

Andrea Kühn

Sven Kurzhauer

Dagmar Sänger

Constanze Zabel

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Dr. Steffen Kania

Beteiligungen

Stadtwerke Saalfeld GmbH, 52 %

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Saalfelder Bäder GmbH (im Folgenden kurz „SBG“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein Unternehmen zur Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung für die Stadt Saalfeld/Saale. Hierzu bewirtschaftet die Gesellschaft das Hallen- und Freibad der Stadt Saalfeld/Saale auf eigenen Namen und eigene Rechnung. Die Gesellschaft bietet den Gästen Angebote in den Bereichen Schwimmen, Sauna, Gesundheits- und Präventionskurse.

Weiterer Unternehmensgegenstand der SBG ist das Halten der Beteiligung an der Stadtwerke Saalfeld GmbH (SWS), Saalfeld/Saale. Die Saalfelder Bäder GmbH hält eine wesentliche Beteiligung an der SWS in Höhe von 52 % der Anteile. Die SWS ist Strom- und Gasversorger im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes.

Zwischen der SBG und der SWS wurde ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Es besteht durch das im Jahr 2011 in der Schwimmhalle in Betrieb genommene Blockheizkraftwerk ein steuerlicher Querverbund.

Seit dem Jahr 2012 besteht mit der Stadt Saalfeld/Saale ein Personalgestellungsvertrag.

Öffentlicher Zweck

Durch die Betreibung der Bäder entsteht eine bedeutende Freizeitmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Saalfeld/Saale und ihrer Umgebung.

Somit erfüllt die Saalfelder Bäder GmbH den gesetzlich vorgeschriebenen Zweck von Unternehmen einer Gemeinde.

Geschäftsverlauf

Nach den beiden Corona-Jahren 2020/2021 stellte das Jahr 2022 durch die Energiekrise und die damit einhergehende extreme Erhöhung der Energiepreise eine neue Herausforderung an die Gesellschaft. Zwar kam es nicht zu erneuten längerfristigen Schließungen, jedoch mussten mit Inkrafttreten der Energiesparverordnung Sparmaßnahmen

umgesetzt werden. Infolgedessen wurden die Raum- und Wassertemperatur in der Schwimmhalle um jeweils 1°C abgesenkt und die Warmbadetage (Freitag - Sonntag und Thüringer Ferien) eingestellt. Diese Einschränkungen führten zu rückläufigen Besucherzahlen, da zahlreiche, insbesondere langjährige ältere Gäste fernblieben und Babykurse nicht mehr durchgeführt werden konnten.

Wie bereits in den beiden Vorjahren war das Hallenbad von einer coronabedingten Schließung bis einschließlich 6. Februar 2022 betroffen. Danach erfolgte die Öffnung unter Beachtung eines Hygienekonzeptes und der seinerzeit gültigen Corona-Schutzmaßnahmen. Das Freibad konnte ab 16. Mai 2022 ohne Auflagen in den regulären Badebetrieb starten. Um den versäumten Schwimmunterricht in den Schulen zu kompensieren, wurden in den Sommerferien 2022 fünf Intensiv-Schwimmlernkurse angeboten. An diesen nahmen insgesamt 32 Kinder teil.

Der Wegfall der Corona-Beschränkungen und die lange Schönwetterphase im Sommer 2022 wirkten sich sehr positiv auf die Besucherzahlen im Saalfelder Freibad aus; es wurde das zweitbeste Ergebnis seit dem Jahr 2005 erzielt.

Jedoch konnten im Hallenbad bei weitem nicht die Besucherzahlen aus den Vor-Corona-Jahren erreicht werden. Gründe hierfür sind zum einen die behördlich angeordnete Schließung zum Jahresbeginn sowie die Umsetzung der Energiesparmaßnahmen in den Herbst- und Wintermonaten (Temperaturabsenkung, keine Warmbadetage).

Gegenüber dem Jahr 2021 erhöhten sich die Gästezahlen im Hallenbad um 230 % und im Freibad um 59 %. Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019 belief sich der Besucherrückgang im Hallenbad auf ca. 30 %, während sich im Freibad die Besucherzahlen um ca. 9 % erhöhten.

Entwicklung Besucherzahlen:

	2022	2021	2020	2019
Hallenbad	44.705	13.538	32.257	63.770
Freibad	50.875	31.893	33.586	46.687
	95.580	45.431	65.843	110.457

Entscheidend für den Geschäftsverlauf ist das Beteiligungsergebnis der SWS. Daher wird auch die wirtschaftliche Entwicklung der SWS betrachtet.

Im Stromgeschäft verringerte sich der Energieverkauf im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 4,2 %. Es erfolgte eine Preisänderung, EEG bedingt zum 1. Juli 2022 sowie zum 1. September 2022. Ursächlich hierfür sind die Verwerfungen und Notierungen am Einkaufsmarkt zu nennen.

Im Gasgeschäft verringerte sich der Energieverkauf im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 13,6 %. Es erfolgte zum 1. Februar 2022 sowie zum 1. Oktober 2022 eine Preiserhöhung. Auch hier sind die historischen Höchststände am Energiemarkt ursächlich anzusehen.

Die Umsatzerlöse der SWS erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr 23,6 % und der Materialaufwand um 25,1 %. Das Ergebnis nach Steuern verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 27,4 %. Insgesamt wird die wirtschaftliche Lage der Tochtergesellschaft SWS durch die Geschäftsführung der SWS als positiv bewertet.

Das Ergebnis der SBG wird im Jahr 2022 durch die Folgen der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schließungen der Bäder bis 6. Februar 2022 sowie durch die sich direkt anschließende Energiekrise geprägt.

Das Ergebnis der SBG, bereinigt um die Erträge aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der SWS, liegt unter dem Ergebnis des Vorjahres. Der Erfolgsplan aus dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 konnte dennoch übertroffen werden. Gründe hierfür sind die positive

Ergebnisentwicklung bei der Tochtergesellschaft SWS und die positive Entwicklung der Umsatzerlöse der SBG. Aufgrund der zum Zeitpunkt der Erstellung der Planung unsicheren Lage bezüglich der Corona-Pandemie und damit verbunden weiterer drohender Schließungen wurden die Planansätze gegenüber den Vor-Corona-Jahren mit Abschlägen belegt.

Nach zwei extrem durch die Corona-Pandemie geprägten Jahren konnte im Jahr 2022 der Badebetrieb sowohl im Hallen- als auch im Freibad ab 6. Februar 2022 weitestgehend mit geringen bis keinen Einschränkungen durchgeführt werden. Im Hallenbad war jedoch der Besucherrückgang gegenüber den Vor-Corona-Jahren spürbar. An dieser Stelle verweisen wir auf unsere Ausführungen unter „2.1.2 Geschäftsverlauf“. Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr. Im Materialaufwand machten sich die explodierenden Energiepreise sowie die Preissteigerungen regelmäßiger Dienstleister und Lieferanten deutlich bemerkbar. Durch die höheren Erträge aus Gewinnabführungsverträgen konnte im Berichtsjahr ein Ergebnis, welches deutlich über dem Vorjahresergebnis lag, erreicht werden.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 143 T€ auf nunmehr 259 T€. Die Steigerung entfiel in Höhe von 96 T€ auf das Hallenbad, in Höhe von 38 T€ auf das Freibad und in Höhe von 9 T€ auf den Saunabereich.

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 90 T€ bzw. 19,4 %. Im Einzelnen stiegen die Energie- und Wasserkosten um 51 T€, die Aufwendungen für Personalgestaltung um 26 T€ und die Aufwendungen für Wartungsmaßnahmen um 11 T€. Die Steigerung bei den Energiepreisen ist den Verwerfungen am Energiemarkt durch den Ukraine-Krieg geschuldet. Die Erhöhung der Aufwendungen für Wartungsmaßnahmen betreffen im Wesentlichen die Heizungs- sowie die Chlorgasanlage.

Die Erträge aus der Ergebnisabführung liegen mit 2.658 T€ im Jahr 2022 um 751 T€ über dem Vorjahresergebnis mit 1.907 T€. Der Planwert lag bei 2.150 T€.

Das Ergebnis nach Steuern lag um 549 T€ über dem Vorjahresergebnis und beläuft sich auf nunmehr 1.081 T€. Die Ergebnisentwicklung gegenüber dem Vorjahr liegt in den höheren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen begründet. Der Wirtschaftsplanansatz wurde um 536 T€ übertroffen. Das tatsächlich erwirtschaftete Rohergebnis liegt über dem Wirtschaftsplanansatz.

Die Finanzlage entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr positiv. Zum 31.12.2022 belief sich der Finanzmittelbestand auf 4.757 T€, während der Bestand zum Vorjahresstichtag 3.959 T€ betrug.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beläuft sich auf -756 T€.

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in das Sachanlagevermögen in Höhe von 11 T€ getätigt, denen Abschreibungen und Anlagenabgänge in Höhe von 149 T€ gegenüberstehen. Die Investitionen betreffen im Wesentlichen die Sicherheitsbrüstung für den Sprungturm (9 T) sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung (2 T€).

Die Liquiditätslage ist sehr gut, Engpässe sind nicht zu erwarten.

Lage und Ausblick

Die wirtschaftliche Lage der SBG wird durch die Geschäftsführung als stabil bewertet. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Nach dem die Jahre 2020 und 2021 maßgeblich von der Corona-Pandemie geprägt waren, konnte der Bäderbetrieb im Jahr 2022 weitestgehend ohne Einschränkungen fortgeführt werden. Jedoch sind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Besucherzahlen, insbesondere im Hallenbad nicht wieder

auf das Vor-Corona-Niveau gestiegen. Infolge der Energiekrise mussten Energieeinsparmaßnahmen umgesetzt werden. Die SBG senkte im Hallenbad die Luft- und Wassertemperatur ab, woraufhin sich die Anzahl der Badegäste rückläufig entwickelte.

Das Ergebnis der Gesellschaft ist im Jahr 2023 durch die stark gestiegenen Energiepreise geprägt.

Die SBG plant für das Geschäftsjahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von 220 T€, welchen ein Materialaufwand in Höhe von 670 T€ gegenübersteht. Einen wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der SBG haben die Erträge aus der Ergebnisabführung von der SWS. Da die Planung der SWS auf Basis langjähriger Mittelwerte erfolgt und das erste und letzte Quartal eines jeden Jahres erfahrungsgemäß die absatzstärksten Zeiträume sind, geht die Gesellschaft aus heutiger Sicht dennoch vom Erreichen der geplanten Umsatzerlöse aus. Dieser Annahme liegt ein normaler Witterungsverlauf für die übrigen Zeiträume des Jahres zugrunde. Der gesamte Beschaffungszeitraum im Jahr 2022 sowie für das Lieferjahr 2023 war durch ein von drohender Mangellage und Risikoauflagen gekennzeichnetes Preisniveau geprägt. Die befürchtete Gasmangellage ist aufgrund von Ersatzbeschaffungen und milden Temperaturverläufen im Winter 2022/2023 nicht eingetreten. Ob derartige Maßnahmen im nächsten Winter 2023/2024 notwendig werden, bleibt abzuwarten. Über notwendige Abschaltungen entscheidet der Bundeslastverteiler (Bundesnetzagentur). Zum Jahresende 2022 gaben die Beschaffungspreise für Erdgas spürbar nach. Sollte sich dieser Trend innerhalb des Jahresverlaufes 2023 fortsetzen, ständen jedoch weiterhin Werte um mehr als das Doppelte zum Vorkrisenniveau im Raum. Die für Strom, Gas und Wärme geltenden gesetzlichen Preisbremsen mindern diese Entwicklung für das gesamte Jahr 2023 etwas ab und kommen somit letztendlich zielgerichtet direkt beim Letztverbraucher an.

Bei der Planung der SBG für das Geschäftsjahr 2023 ist die Gesellschaft bereits von niedrigeren Umsatzerlösen gegenüber dem langjährigen Mittel ausgegangen. Es wurde ein Risikoabschlag für Erlösrückgänge aufgrund der Energiekrise berücksichtigt. Ein kühler Sommer würde eine weitere Ergebnisverschlechterung nach sich ziehen. Darüber hinaus wird das Jahresergebnis der SBG wesentlich durch das Jahresergebnis der Organgesellschaft SWS beeinflusst.

Die derzeitige Planung der Organgesellschaft SWS für das Geschäftsjahr 2023 beruht auf einer gleichbleibenden Mengenplanung und einem normalen Witterungsverlauf. Im Sondervertragskundenbereich wurde der Stand der Vertragsabschlüsse zum Planungszeitpunkt berücksichtigt. Infolge der aktuellen Entwicklung der Absatz- und Beschaffungspreise wird für die SWS ein niedrigeres Jahresergebnis erwartet.

Insgesamt wird somit für die SBG mit einem niedrigeren Jahresergebnis für 2023 gerechnet.

Der Bäderbetrieb ist seinem Charakter nach grundsätzlich ein Verlustbetrieb. Kostendeckende Entgelte können nicht erhoben werden, da die Höhe vom Nutzer nicht entrichtet werden würde. Nach den aktuellen Statistiken zur zukünftigen Entwicklung der Einwohnerzahlen für die Stadt Saalfeld/Saale sind diese rückläufig, wodurch die Anzahl der potenziellen Badnutzer ebenfalls sinkt.

Außerdem birgt die Witterungsabhängigkeit des Freibadbetriebes ein zusätzliches Erlösrisiko.

Die Risiken der SBG hängen zudem wesentlich vom Ergebnis der Beteiligung an der SWS ab. Die Risiken der SWS liegen vor allem im Marktumfeld und dem weiter anhaltenden Wettbewerbsdruck. Insbesondere durch Umlagen, welche sich auf gleichbleibend hohem Niveau bewegen und gesetzliche Bestandteile des

Energiepreises sind, wird mit jeder notwendigen Weitergabe an die Kunden die Preissensitivität und Wechselbereitschaft erhöht. Somit besteht das Risiko weiter sinkender Margen. Der Witterungsverlauf eines jeden Jahres wirkt sich auf das Abnahmeverhalten, insbesondere im Privatkundensektor, aus. Bei einer langanhaltenden milden Witterung kann sich dies negativ auf das Rohergebnis und in der Endkonsequenz auf das Ergebnis nach Steuern auswirken.

Die Risiken der SBG werden permanent durch die Geschäftsführung überwacht. Bestandsgefährdende Risiken unter Berücksichtigung des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der SWS werden derzeit nicht angenommen.

Trotz der schwierigen ökonomischen Bedingungen liegt das Bemühen der Gesellschaft in der Erhaltung eines bezahlbaren Freizeitangebotes für die Einwohner der Stadt Saalfeld/Saale und das Umland sowie der Bereitstellung von Angeboten im Bereich Sport und Gesundheitsvorsorge. Hauptziel des Unternehmens besteht darin, die Besucherzahlen trotz des demographischen Wandels auf einem guten Niveau zu halten.

Die Gesellschaft ist ganzjährig und überregional bestrebt, die Aufmerksamkeit auf das Hallen- und Freibad zu lenken. Dies geschieht durch zahlreiche Maßnahmen wie Sponsoring, Marketingaktionen sowie der Durchführung verschiedener Veranstaltungen in den beiden Bädern.

Die Gesellschaft sieht zudem eine Chance im Ausbau und der Erweiterung des Kurssystems. Das bestehende, über die Krankenkassen finanzierte Kurssystem, bei dem die Kursleiter von Kooperationspartnern in der SBG eingesetzt werden, wird von den Badegästen gern genutzt. Die Gesellschaft wird die Kurse auch weiterhin aktiv bewerben. Als positiver Nebeneffekt wird deutlich, dass Besucher der Gesundheitskurse verstärkt auch die Sauna nutzen.

Es wird weiterhin intensiv daran gearbeitet, den Kindern der Saalfelder Kindertagesstätten den Schwimmernkurs zur Erreichung des Frühschwimmerzeugnisses „Seepferdchen“ zu ermöglichen.

Eine straffe Kostenkontrolle des Unternehmens ist gewährleistet.

Entgegen der Tatsache, dass sich bundesweit viele kommunale Bäder in einem Zustand mit sehr großem Sanierungsstau befinden, sind das Frei- und Hallenbad der Stadt Saalfeld/Saale in einem guten baulichen Zustand.

Personal

	2022	2021	2020
Geschäftsführung	1	1	1
Angestellte	7	6	5

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 sieben Angestellte sowie eine Geschäftsführerin beschäftigt.

Zwischen der SBG und der Stadt Saalfeld/Saale besteht seit 01.01.2012 ein Personalgestellungsvertrag. Dieser umfasst die operativen Aufgaben zur Durchführung des Bäderbetriebes. Über den Personalgestellungsvertrag mit der Stadt Saalfeld waren im Jahr 2022 in der Saalfelder Bäder GmbH durchschnittlich fünf Personen beschäftigt.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	7.657.003,64	7.894.292,62	8.106.590,92
Umlaufvermögen	8.842.580,17	7.408.612,74	6.455.282,21
Rechnungsabgrenzungsposten	677,27	660,41	653,55
Σ Aktiva	16.500.261,08	15.303.565,77	14.562.526,68
Eigenkapital	14.784.940,99	14.165.174,22	13.999.757,21
Rückstellungen	270.330,11	148.134,13	34.564,55
Verbindlichkeiten	1.422.196,61	967.326,12	509.893,43
Rechnungsabgrenzungsposten	22.793,37	22.931,30	18.311,49
Σ Passiva	16.500.261,08	15.303.565,77	14.562.526,68

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	259.045,76	116.424,61	174.690,53
Sonstige betriebliche Erträge	12.559,24	9.682,82	8.572,67
Materialaufwand	553.515,65	464.294,58	475.213,87
Personalaufwand	305.271,20	188.896,07	194.158,83
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	148.790,71	146.055,63	166.065,59
Sonstige betriebliche Aufwendungen	172.185,34	150.968,15	170.520,56
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.658.184,19	1.906.504,88	1.983.667,39
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.523,10	10.265,16	63.138,85
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41,52	0,00	19.329,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	678.158,51	560.703,54	552.350,38
Sonstige Steuern	10.142,13	10.142,13	11.141,40
Jahresergebnis	1.071.207,23	521.817,37	641.289,81

Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH

Erlebniswelt *Feengrotten* natürlich bezaubernd.



Adresse

Feengrottenweg 2
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 55040
Telefax: 03671 550440
E-Mail: info@feengrotten.de
Website: www.feengrotten.de

Gesellschafter

Stadt Saalfeld/Saale, 100 %

Gründung

30. Mai 1994

Stammkapital

51.500 €

Geschäftsführung

Yvonne Wagner

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Dr. Steffen Kania

Stellvertretung

Thomas Gebuhr

Weitere Mitglieder

Christine Lehder

Ulrich Körner

Daniel Hessel

Anja Rosenbusch

Birgit Engelhardt

Joachim Heinecke

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Dr. Steffen Kania

Beteiligungen

keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Laut gültigem Gesellschaftsvertrag sind Gegenstand des Unternehmens der Betrieb, die Verwaltung, die Organisation und wirtschaftliche Vermarktung des Schaubergwerkes „Saalfelder Feengrotten“ einschließlich des Heilstollens „Emanatorium“, des „Feenweltchens“ und aller auf dem Gelände befindlichen Anlagen und Einrichtungen. Unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sind der Erhalt und die Verbesserung der natürlichen Gegebenheiten zu gewährleisten sowie das Kulturgut Feengrotten in zumutbarem und gebotenem Maße für die Allgemeinheit zugänglich zu halten. Die Gesellschaft ist zugleich Vertreter der touristischen Interessen der Stadt Saalfeld. Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Betrieb der städtischen Tourist-Information „Saalfeld-Information“ sowie die touristische Vermarktung der Stadt Saalfeld und der Region.

Öffentlicher Zweck

Die Schaffung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen ist gemäß § 2 ThürKO in allen Gemeinden eine wesentliche, auf die örtliche Gemeinschaft bezogene, Aufgabe. Es gehört zu den unmittelbaren Aufgaben einer Stadt, die sogenannten weichen Standortfaktoren zu stärken. Die Saalfelder Feengrotten GmbH kann sich hierbei den Vorteil zu Nutzen machen, dass sie über die „farbenreichsten Schaugrotten der Welt“ verfügt und sie diesen Anziehungsmagnet in Form einer 100%igen Gesellschaft verwaltet. Darüber hinaus vermarktet diese Gesellschaft touristisch die Stadt Saalfeld/Saale und die Region. Hieraus erwachsen Impulse und Synergien, die sich auf die Stadtentwicklung positiv niederschlagen.

Geschäftsverlauf

Entwicklung der Besucherzahlen

Erlebniswelt Feengrotten

Nach der coronabedingten langen Schließungszeit der Erlebniswelt

Feengrotten in den Jahren 2020 und 2021 ist ein erfreulicher Wiederanstieg der Besucherzahlen zu verzeichnen, der mit 170.000 Besuchern sogar einen neuen Rekord seit 2014 erreicht hat.

Die Summe der insgesamt verkauften Tickets für die einzelnen Bereiche Feengrotten, Grottoneum und Feenweltchen stieg wieder deutlich auf 355.100 an (VJ 262.700 =+ 92.400 Tickets, +26 %).

Insgesamt besuchten 170.200 Gäste (VJ 128.600 = +41.600 Bes., + 32 %) die Erlebniswelt mit ihren Angeboten Feengrotten, Grottoneum und Feenweltchen.

Von den 132.900 Feengrotten-Besuchern besichtigten 127.200 Gäste das Schaubergwerk inklusive Grottoneum (2021: 90.800 Gäste) und 46.200 Gäste alle drei Einrichtungen im Rahmen eines Kombitickets.

Der Abenteuerwald Feenweltchen war im Zeitraum 09.04. bis 06.11.2022 geöffnet und erzielte mit 95.100 Besuchern (VJ 78.000 = + 17.100 Bes., + 18 %) die höchsten Besucherzahlen seit der Eröffnung im August 2007.

30.100 Gäste besuchten ausschließlich das Feenweltchen (2021: 33.400 Gäste) und 59.900 Gäste erwarben ein Kombiticket einschließlich Feengrotten-Eintritt. (2021: 44.600 Gäste) Weitere 3,8 % der Besucher entfielen auf den Inhalationsheilstollen und die Hochzeiten (6.900 Gäste im Jahr 2022) (2021: 4.200 Gäste) sowie Sonderführungen.

Die mit Abstand größte Besuchergruppe sind nach wie vor Familien mit Kindern (73 %, 2021 80 %), gefolgt von Individualgästen (17 %, 2021: 14 %). Der Reisegruppenanteil betrug (4,9 %, 2021: 3 %) und der Kindergruppenanteil (4,7 %, 2021: 2,7 %).

Naturheilstollen „Emanatorium“

Die Inhalationen stiegen im Berichtsjahr ebenfalls wieder spürbar an und betragen 6.300 Inhalationen (5.800 Erwachsene, 500 Kinder) (2021: 3.700 Erwachsene, 300 Kinder), was einer Erhöhung um 37 % entspricht.

Feste und Veranstaltungen

Mit großem Besucheraufkommen und zufriedenen Gästen wurden nach der Corona-bedingten Pause wieder das Feenfest am 25./26.6.2022 und der Grottenadvent am 03./04.12.2022 im Feengrottenpark veranstaltet.

Stadtführungen Saalfeld

Auch die Zahl der Stadt - und Erlebnisführungen ist nach der Pandemie wieder erfreulich angestiegen. Es wurden insgesamt 210 Führungen (2021: 130) mit 3.350 Teilnehmern (2021: 1.770) durchgeführt.

Neben der klassischen Stadtführung wurden die Erlebnisführungen „Saalfelder Nachtschwärmerei“, Bierkeller-Tour, Krimistadtführung „Tatort Saalfeld“ und Führungen durch die Saalfelder Schraubenfabrik angeboten.

Veranstaltungstickets

Die Tourist-Information Saalfeld als Vorverkaufsstelle für regionale und deutschlandweite Veranstaltungen konnte einen Umsatz von 440 TEUR (2021: 110 TEUR) erzielen.

Stadttore Saalfeld

Ausgehend von der „Touristischen Entwicklungskonzeption 2017 – 2024“ wurden weitere Schlüsselprojekte in der Stadt Saalfeld umgesetzt bzw. vorbereitet. Nach dem Ausbau der Stadttore ist die Zuständigkeit der Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH in Bezug auf die technische und organisatorische Abwicklung des Besucherverkehrs im Betreibervertrag festgehalten.

Im Jahr 2022 verzeichnete die Ausstellung im Oberen Tor zum Thema „Mittelalterliche Handelsstadt Saalfeld“ 893 Besucher (702 Erwachsene, 191 Kinder) (2021: 934 Besucher, 782 Erwachsene, 152 Kinder).

Im Darrtor zog die Ausstellung zum Thema „Rechtsprechung und Strafwesen“ 1.503 Besucher (1.270 Erwachsene, 233 Kinder) (2021: 154 Besucher, 123 Erwachsene, 31 Kinder) an.

Das Saaltor mit einer interaktiven Ausstellung zur „Medizin und Heilkunde um 1600“ wird im Mai 2023 eröffnet.

Für das Blankenburger Tor wird gegenwärtig an der inhaltlichen und musealen Konzeption zu den Themen „Mittelalterliche Gewerke und Zünfte“ gearbeitet. Die Eröffnung des letzten der vier Stadttore ist im Frühjahr 2024 geplant.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft ein Jahresergebnis in Höhe von 3 TEUR. Das erwartete negative Jahresergebnis ist erfreulicherweise nicht eingetreten.

Es wurden Erlöse in Höhe von 3.320 TEUR (2021: 2.552 TEUR) erzielt. Die Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr konnten im Bereich der Eintrittsgelder, im Bereich Gastronomie, Provisionserlöse für Veranstaltungstickets, Feste/Veranstaltungen im Feengrottenpark, Inhalationskuren im Heilstollen, Besucherfotos, Hochzeiten unter Tage, Stadtführungen durch Saalfeld, bei den Übernachtungen sowie beim Souvenirverkauf erzielt werden.

Die Gesamtkosten betragen 3.367 TEUR (2021: 2.662 TEUR). Die Erhöhung ist auf die gestiegenen Besucherzahlen und entsprechenden Ausgaben für den Wareneinkauf, Material, Raumkosten, Reparatur/ Instandhaltungen sowie Werbekosten zurückzuführen.

Die Feengrotten und Saalfeld-Information vereinnahmten Kurkartenbeiträge für Übernachtungen im Quellenhaus, den Caravan-Stellplatz an den Feengrotten und am Freibad in Höhe von 5,3 TEUR (2021: 4,5 TEUR). Diese wurden quartalsweise an die Stadt abgeführt.

Finanz- und Vermögenslage

Die Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Das Unternehmen verfügte im Berichtsjahr über eine ausreichende Liquidität und war jederzeit in der Lage, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Erhöhung des Vermögens der Gesellschaft im Geschäftsjahr resultiert vorwiegend aus der Erhöhung des Vorratsvermögens und dem Anstieg der liquiden Mittel.

Die Liquidität hat sich zum Stichtag 31.12.2022 um 231 TEUR auf 1.689 TEUR verbessert (2021: 1.458 TEUR).

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 216 TEUR verändert und betrug 300 TEUR (2021: 516 TEUR).

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von -133 TEUR hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 79 TEUR vermindert, da weniger investiert wurde (2021: -212 TEUR).

Aufgrund der Darlehensaufnahme in 2020, der begonnenen Tilgung 2021 und der Einzahlung in die Kapitalrücklage hat sich der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit auf 64 TEUR (2021: 82 TEUR) verringert. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte im Wesentlichen aus den laufenden Geschäftseinnahmen. Zusätzlich wurde durch den Gesellschafter Stadt Saalfeld eine Einlage in Höhe von 100 TEUR als Zuführung in die Kapitalrücklage geleistet.

Der Kontokorrentkredit wurde nicht in Anspruch genommen. Es bestanden keine weiteren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Das Gesamtvolumen der Investitionen betrug 133 TEUR (2021: 212 TEUR). Die investiven Maßnahmen umfassten Erweiterungen, Umbaumaßnahmen und Anschaffungen im Rahmen des Investitionsplanes.

Im Zuge der Investitionen wurde im Märchendom die LED-Technik umgebaut. Im Feenweltchen wurde mit dem „Karfunkeldom“ eine weitere Attraktion fertiggestellt. Zusätzlich wurden diverse Hardware und Gerätschaften für die Verwaltung, den Souvenirverkauf, die Gastronomie und den technischen Bereich angeschafft.

Lage und Ausblick

Die Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH hat sich seit ihrem Bestehen beständig weiterentwickelt und konnte auch nach der Pandemie ihre Besucherzahlen wieder auf hohem Niveau stabilisieren.

Dennoch bergen die Gefahren einer erneut auftretenden Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des Geschäftsbetriebes ein unkalkulierbares Risiko.

Zudem stellen die generellen Preissteigerungen, die Verringerung des Reisebudgets, die sich auch bei der Nachfrage niederschlägt, und eine daraus resultierende Konsumzurückhaltung bei Übernachtungs- und Tagesreisen die Freizeitwirtschaft und die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Durch die geplante weitere Erhöhung des Mindestlohnes wird ein erneutes Ansteigen der Personalkosten unvermeidbar sein.

Gleichzeitig lässt die wachsende Bedeutung des Urlaubs im eigenen Land eine hoffnungsvolle Prognose für die Besucherentwicklung zu. Somit ist trotz aller Unwägbarkeiten zum jetzigen Zeitpunkt auch für die nächsten Jahre von einer stabilen Unternehmenslage auszugehen

Aufgrund der früheren Bergbautätigkeit im Gebiet der Feengrotten ist das Risiko gebirgsmechanischer Veränderungen in den Schaugrotten nie ganz auszuschließen. Die turnusmäßigen Kontrollen der Grubenbaue ergaben zum Berichtszeitpunkt keine Beanstandungen.

Auch zukünftig werden auf dem 7 Hektar großen Feengrotten-Areal umfangreiche Aufwendungen für Pflege-, Werterhaltungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie Investitionsprojekte erforderlich sein. Derzeit besteht kein nennenswerter Reparaturstau.

Auch zukünftig wird für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Tourist-Information Saalfeld ein Gesellschafterzuschuss notwendig sein.

Ungeachtet der Risiken wird die Geschäftsführung alle erforderlichen Maßnahmen einleiten, um das Unternehmen weiterhin erfolgreich für die Zukunft auszurichten.

Der Planansatz für 2023 sieht gegenüber dem Vorjahr leicht steigende Erlöse in Höhe von 3,3 Mio. EUR vor. Auf Grundlage der Planung erwartet die Geschäftsführung ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 135 TEUR.

Personal

	2022	2021	2020
Beschäftigte	74	66	74
davon Festangestellte	47	44	40
davon Saisonkräfte	6	7	11
davon Aushilfskräfte	17	11	23

Zusätzlich stellte die Tourismus GmbH vier Ausbildungsplätze in den Berufsbildern Kaufmann für Tourismus und Freizeit, Mediengestaltung und Koch zur Verfügung.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	1.703.653,59	1.822.874,26	1.878.481,59
Umlaufvermögen	2.003.002,43	1.688.468,04	1.513.301,32
Rechnungsabgrenzungsposten	11.437,74	16.470,17	11.972,22
Σ Aktiva	3.718.093,76	3.527.812,47	3.403.755,13
Eigenkapital	2.705.283,98	2.602.151,32	2.481.513,61
Sonderposten für Investitionszuschüsse	299.838,00	322.302,00	344.766,00
Rückstellungen	162.262,000	80.580,00	65.210,00
Verbindlichkeiten	550.709,78	522.779,15	512.265,52
Σ Passiva	3.718.093,76	3.527.812,47	3.403.755,13

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	3.320.024,70	2.552.431,26	2.667.639,43
Sonstige betriebliche Erträge	50.208,02	131.603,84	319.974,16
Materialaufwand	552.647,50	423.114,55	447.573,13
Personalaufwand	1.866.985,94	1.391.204,42	1.357.970,55
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	252.500,80	266.937,38	238.621,87
Sonstige betriebliche Aufwendungen	692.501,24	579.749,02	642.114,90
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	111,40
Sonstige Steuern	2.464,58	2.392,02	2.392,02
Jahresergebnis	3.132,66	20.637,71	298.829,72

Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH



Adresse

Friedensstraße 12
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 5800
Telefax: 03671 58016
E-Mail: info@wobag-saalfeld.de
Website: www.wobag-saalfeld.de

Gesellschafter

Stadt Saalfeld/Saale, 100 %

Gründung

26. Juni 1990

Stammkapital

3.400.000,00 €

Geschäftsführung

Cordula Wiegand

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Dr. Steffen Kania

Stellvertretung

Bettina Fiedler

Weitere Mitglieder

Dr. Jochen Tscharnke

Andreas Langen (bis 12.09.2022)

Ingo Götze (ab 12.09.2022)

Eirik Otto

Martin Spitzer

Verena Sigmund



Mitglieder Gesellschafterversammlung

Dr. Steffen Kania

Beteiligungen

Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, 52 %

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH ist es, unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Stadt Saalfeld/Saale, Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen bereitzustellen, die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen sowie städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Das Geschäftsmodell der Gesellschaft ist auf die Erwirtschaftung angemessener Mieterträge zur verantwortungsvollen Bewirtschaftung und Anpassung des Wohnungsbestandes an sich ändernde Bedürfnisse der Mieter und Mieterinteressenten gerichtet.

Die Gesellschaft verfügt zum Jahresende 2022 über einen Bestand von 2.524 Wohneinheiten (Vorjahr: 2.522) mit einer Wohnfläche von 140,1 Tm² m² (Vorjahr: 139,8 Tm²). Der Wohnungsbestand der Gesellschaft erhöhte sich zum Vorjahr durch Umbau von zwei gewerblich genutzten Einheiten in zwei Wohneinheiten. Weiterhin bewirtschaftet die Gesellschaft am 31.12.2022 1.322 Stellplätze und Garagen (Vorjahr: 1.321) und 73 Gewerbeeinheiten (Vorjahr: 76) mit einer Gewerbefläche von 10,6 Tm² (Vorjahr: 10,9 Tm²).

Die Anzahl der Gewerbeeinheiten verringerte sich um drei Einheiten. Zwei Einheiten wurden zu Wohneinheiten umgebaut, eine Einheit ist nicht mehr zur Vermietung vorgesehen.

Das Kerngeschäft der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes.

Die Gesellschaft erbringt bei Bedarf für private Bauherren in geringem Umfang Baubetreuungsleistungen für die Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen.

Öffentlicher Zweck

Die Förderung des Wohnungsbaus für die breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere der soziale Wohnungsbau, ist nicht nur eine Aufgabe des Bundes und der Länder, sondern auch der Gemeinden.

Bereits nach Art. 15 ThürVerf sollen das Land Thüringen und die kommunalen Gebietskörperschaften die Erhaltung, den Bau und die Bereitstellung von Wohnraum unterstützen.

Die Stadt Saalfeld/S. hat im Rahmen ihrer Organisationshoheit eine 100%ige Tochter gegründet.

Es ist eine unabdingbare Aufgabe einer Stadt, gerade auch für die sozial schwache Bevölkerungsschicht, Wohnraum zu vertretbaren Mietpreisen anzubieten. Rein privatwirtschaftliche Unternehmen vernachlässigen diesen Aspekt, da bei allen Entscheidungen die Wirtschaftlichkeit den Vorrang erhält.

Ein kommunales Wohnungsunternehmen unterliegt nicht ausschließlich Gewinnzielungsabsichten.

Zudem kann unmittelbar auf die Siedlungspolitik Einfluss genommen werden und beispielsweise direkt an der Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes mitgewirkt werden.

Geschäftsverlauf

Die Entwicklung der Gesellschaft verlief im Jahr 2022 planmäßig und wird positiv beurteilt. Die stabile Vermietungs- und Ertragssituation ermöglichen den Bestand weiterhin bedarfsgerecht instand zu halten und zu modernisieren.

Mieteinnahmen

Die Nettomiete, die sich aus der Sollmiete abzüglich Erlösschmälerungen ergibt, hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht (223,0 T€ bzw. um 2,44 %) und beträgt 9.363,6 T€.

Die Sollmiete des Geschäftsjahres 2022 beträgt 10.006,7 T€ und ist im Vergleich

zum Geschäftsjahr 2021 um 141,4 T€ gestiegen. Die Sollmietsteigerung im Bereich der Wohneinheiten beträgt 92,0 T€ und wird verursacht durch Mieterhöhungen im Bestand und bei Neuvermietungen bei ca. 74% der Objekte. Im Bereich der Gewerbeeinheiten ist die Sollmiete im Vergleich zum Vorjahr um 52,7 T€ gestiegen. Dabei betreffen 39,9 T€ die Vermietung einer Gewerbeeinheit nach Sanierung ab dem 01.05.2021. Weiterhin konnten Mieterhöhungen im Bestand vorgenommen werden.

Die für das Jahr 2022 zu verzeichnenden Erlösschmälerungen und Mietminderungen betragen 643,0 T€ (6,4 % der Sollmiete, Vorjahr: 7,3 %) und sind im Vergleich zum Vorjahr um 81,6 T€ gesunken. Die geringeren Erlösschmälerungen ergeben sich im Wesentlichen aus dem Bereich der Wohneinheiten. Dabei sind die Erlösschmälerungen in 47 Objekten gesunken (156,0 T€), gestiegen sind sie in 33 Objekten (85,5 T€).

Je m² Fläche und Monat beträgt die Sollmiete 5,53 € (Vorjahr: 5,45 €) und die Nettomiete 5,18 € (Vorjahr: 5,05 €).

Leerstände

Am 31.12.2022 standen von 2.524 Wohneinheiten (Vorjahr: 2.522) der Gesellschaft 166 Wohneinheiten (Vorjahr: 232) leer, dies entspricht einer Leerstandsquote von 6,6 % (Vorjahr: 9,2 %). Der Leerstand hat sich im Geschäftsjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringert.

Grund hierfür ist die Vermietung von Wohnungen an Flüchtlinge aus der Ukraine bzw. an den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt für diesen Personenkreis.

Instandhaltung

Die Fremdkosten der Instandhaltung betragen im Geschäftsjahr 2022 1.746,9 T€ (Vorjahr: 1.689,3 T€). Unter Berücksichtigung eigener Verwaltungskosten ergibt sich für 2022 ein Instandhaltungskostensatz von 13,78 € (Vorjahr: 13,70 €) je m² Wohn- und Nutzfläche.

Investitionen in das Anlagevermögen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2.794,2 T€ in das Anlagevermögen investiert (Vorjahr: 1.356,9 T€). Hiervon sind 2.727,4 T€ durch die Bautätigkeit der Gesellschaft verursacht.

Im Mai 2022 wurde mit dem Neubau eines Wohngebäudes mit 17 barrierefreien Wohneinheiten in zentrumsnaher Lage begonnen. Die Baumaßnahme wird im 4. Quartal 2023 beendet sein.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss 2022 beträgt 4.007,1 T€ und setzt sich wie folgt zusammen:

Das Betriebsergebnis (nur **Hausbewirtschaftung** - 1.871,0 T€) unter Berücksichtigung von Zinsaufwendungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 416,5 T€ erhöht. Wesentliche Gründe sind höhere Umsatzerlöse sonstige betriebliche Erträge von 302,3 T€ und geringere Zinsaufwendungen. Dem gegenüber stehen insbesondere höhere Aufwendungen von 59,3 T€ für Instandhaltung.

Im **Zins- und Beteiligungsergebnis** (134,8 T€) sind Beteiligungserträge von 130,0 T€ (Vorjahr: 98,8 T€) und Zinserträge von 4,8 T€ (Vorjahr 4,8 T€) enthalten.

Das **neutrale Ergebnis** des Geschäftsjahres 2022 (2.235,6 T€) wird im Wesentlichen durch Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB von 2.262,5 T€ (Vorjahr: 1.819,5 T€) geprägt.

Vermögenslage und Kapitalstruktur

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Das langfristig gebundene Vermögen ist zum Bilanzstichtag fristgerecht durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Der Anlagendeckungsgrad beträgt 102,9 % (Vorjahr: 103,0 %)

.-in T€-

Vermögensstruktur	31.12.2022	31.12.2021
Langfristiges Vermögen	83.013,6	81.091,4
Sonstige mittel- und kurzfristige Aktiva	7.625,9	6.685,4
Bilanzsumme	90.639,5	87.776,8

.-in T€-

Kapitalstruktur	31.12.2022	31.12.2021
Eigenkapital	50.514,7	46.507,6
Langfristiges Fremdkapital	33.995,5	36.171,6
Sonstige mittel- und kurzfristige Passiva	6.129,3	5.097,6
Bilanzsumme	90.639,5	87.776,8

Das langfristige Vermögen wird im Wesentlichen durch Investitionen in das Anlagevermögen (2.794,2 T€) und Zuschreibungen (2.262,5 T€) reduziert um planmäßige Abschreibungen (3.187,1 T€) beeinflusst.

Das langfristige Fremdkapital vermindert sich aufgrund planmäßiger Tilgungen (3.582,8 T€). Dem gegenüber stehen die Neuvaluierungen des Geschäftsjahres 2022 (1.410,0 T€).

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme um 2.862,7 T€ gestiegen.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft wird als nachhaltig gegeben beurteilt.

Hauptfokus der Finanzdisposition ist die jederzeitige Sicherung ausreichender liquider Mittel zur Bedienung sämtlicher Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäft und Generierung von Geldvermögen für die geplanten Investitionen.

Prognose

Für das Jahr 2023 wird mit einem Jahresüberschuss von ca. 1.609,9 T€ gerechnet.

Bei den Umsatzerlösen wird im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 Erhöhung der Nettomiete erwartet.

Fremdkosten für Instandhaltung werden in Höhe von ca. 1.850,0 T€ erwartet. Die Kapitaldienstquote wird sich mit 45,8 % über dem Wert von 2022 bewegen.

Das Unternehmenskonzept der Gesellschaft wurde im November 2022 für die Jahre 2023 bis 2032 fortgeschrieben.

Für 2023 wird in den Planungsrechnungen eine Erlösschmälerungsquote bei Wohneinheiten von 6,00 % unterstellt, die bis 2025 p.a. um 0,1 % leicht steigt. Danach wird damit gerechnet, dass der Leerstand wieder stärker zunimmt.

Durch die steigenden Verbraucherpreise insbesondere bei Energieprodukten werden die Mieter der Gesellschaft übermäßig belastet. In der Folge können verstärkt Forderungsausfälle für die Gesellschaft entstehen. Das Unternehmenskonzept berücksichtigt für die nächsten 3 Jahre vorsorglich wesentlich höhere Forderungsausfälle als bisher angefallen (2023 bis 2025 p.a. 250 T€, ab 2026 p.a. 100 T€).

Bis zum Jahr 2032 sind Investitionen von ca. 19,6 Mio. € geplant. Mit den derzeitigen Erkenntnissen zur Klimagesetzgebung ist der Planwert mit Unsicherheiten behaftet.

Im März 2022 erfolgten politische Festlegungen zum Ende der pandemischen Lage in Deutschland. Bereits ab Ende Februar 2022 überlagerten sich dabei die Langzeitfolgen des global auftretenden Virus-SARS-CoV 2 mit den einsetzenden Auswirkungen des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf die Ukraine. Die von einer hohen Globalität geprägte deutsche Volkswirtschaft erlebte im Verlauf des Jahres 2022 massive Unsicherheiten. Zu nennen sind:

Energiekrise, Preisexplosionen, Inflation, Zinsanstieg, Lieferengpässe, Material- und Personalmangel, Förderchaos und ein anhaltender Flüchtlingszustrom insbesondere aus der Ukraine.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz als geopolitische Zeitenwende bezeichnete Situation hat Deutschland einschneidend verändert. Trotz umfassender politischer Gegenmaßnahmen der Bundesregierung im Kontext der Europäischen Union wird sich Deutschland in den kommenden Jahren umfänglich weiter verändern müssen. Die Folgen für das Wirtschafts- und Sozialgut „Wohnen“ der Wohnungswirtschaft sind bereits erheblich. Sie sind in ihren weiteren Entwicklungen für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft eng mit gesetzgeberischen Aktivitäten verbunden. Die Intensität des politischen Handelns erlaubt es derzeit nicht, die Auswirkungen zuverlässig einzuschätzen.

Dennoch hat sich die Wohnungswirtschaft in den zurückliegenden Krisenjahren als ein robuster Wirtschaftszweig erwiesen. Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft war und ist gesichert. Nennenswerte Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis 2022 sind nicht zu verzeichnen. Positiv zu erwähnen ist die gestiegene Vermietungsquote aufgrund der Bereitstellung von Wohnungen an ukrainische Flüchtlinge.

Es ist unverändert mit Risiken für den Geschäftsverlauf 2023 zu rechnen. Die seit 2022 trotz staatlicher Dämpfungs- und Regulierungsmaßnahmen anhaltenden Entwicklungen im Bereich der Energiepreise werden weiter zu maßgeblichen Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft führen. Hinzu kommen die Folgen der Umsetzung der Klimastrategie der Bundesregierung. Dies betrifft insbesondere den investiven Bereich mit Risiken in der Vorbereitung und Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen sowie deren Kostenentwicklung sowie die Langfristinvestitionsplanung im Allgemeinen. Darüber hinaus ergeben sich Risiken für die Entwicklung der Wohnnebenkosten und die Leistbarkeit

durch die Mieter mit ihren verfügbaren Einkommen.

Im Bereich der Betriebskosten bestehen neben dem staatlichen Preisdeckel für die Versorgung mit Fernwärme Festpreisverträge bis zum 31.12.2023. Gas- und Stromlieferverträge mit der Stadtwerke Saalfeld GmbH unterliegen außerhalb der staatlichen Preisdeckel keiner Festpreisbindung. Alle politischen Entscheidungen zu Energiepreisen wurden durch die Stadtwerke Saalfeld GmbH fristgerecht umgesetzt und an die Gesellschaft weitergegeben.

Der Saalfelder Wohnungsmarkt bewährt sich durch seine Vielschichtigkeit und seinen hohen regionalen Bezug der handelnden Akteure in der derzeitigen Krisensituation auch weiterhin als Stabilitätsfaktor für die Stadt Saalfeld/Saale und ihr Umfeld. Die Herausforderung der Unterbringung einer erheblichen Anzahl ukrainischer Flüchtlinge konnte durch die Gesellschaft bisher geleistet werden. Weiter in diesem Umfang anhaltende Flüchtlingszuströme werden die Gesellschaft allerdings in den nächsten Monaten an die Grenzen verantwortbaren Handelns führen.

Es verbleibt bei der Gesellschaft das Risiko der Dauer des Aufenthalts der ukrainischen Flüchtlinge und bei Rückzug zu erwartende Folgen. Auswirkungen auf die sozial ausgewogene und bezahlbare Wohnraumversorgung der Bevölkerung sind nicht zu verzeichnen.

Das Mietpreisniveau der Stadt Saalfeld/Saale ist stabil und situationsbezogen flexibel für die sich verändernden Rahmenbedingungen. Grundlage ist der seit 01.01.2022 geltende Mietspiegel.

Die Stadt Saalfeld/Saale verfügt über ein integriertes Stadtentwicklungskonzept „Saalfeld 2035“. Die Gesellschaft plant auf dieser Grundlage ihre künftigen Investitionsentscheidungen. Diese werden entgegen der Vorjahre maßgeblich durch klimapolitische Entscheidungen, deren

Kostenfolgen und mögliche Förderkulissen beeinflusst.

Durch den Einsatz eines Risikomanagementsystems wird gewährleistet, dass Risiken durch regelmäßiges Controlling frühzeitig erkannt werden können.

Als wesentlich werden neben den bereits erwähnten Preisentwicklungen im Energiesektor das Zinsänderungsrisiko, die Risiken aus der demografischen Entwicklung und damit einhergehend das Leerstandsrisiko eingeschätzt. Weiterhin bestehen Investitionsrisiken aus gesetzgeberischen Aktivitäten für den Gebäudebereich und Risiken aus der Entwicklung der Baupreise im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit von Fachkräften im Bauhandwerk.

Die Gesellschaft ist von den Entwicklungen am Kapitalmarkt abhängig. Zur Reduzierung von Zinsänderungsrisiken werden für Darlehen langfristige Laufzeiten gewählt.

Aufgrund der langfristigen Finanzierung ist derzeit keine Gefährdung der finanziellen Entwicklung der Gesellschaft zu erwarten.

Die im Januar 2023 vom Thüringer Landesamt für Statistik veröffentlichten Ergebnisse der 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung weisen für den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt im Zeitraum 2022 bis 2042 einen Rückgang der Bevölkerung um 17,7 % aus. Das ist im Vergleich der Landkreise Thüringens die ungünstigste Entwicklung. Gleichzeitig wird sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Landkreis weiter erhöhen. Der Wohnungsmarkt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt wird dadurch maßgeblich beeinflusst.

Zentrale Städte mit Ankerfunktionen für alle Lebensbereiche wirken in diesem Prozess als Stabilitätszentren innerhalb stark ländlich geprägten Regionen. Saalfeld/Saale ist, nach Aussage der Gesellschaft, eine solche Ankerstadt. Ihr Wohnungsmarkt wird in den nächsten Jahren durch eine Gleichzeitigkeit von Schrumpfung, Stagnation und Wachstum gekennzeichnet sein.

Mit dem Unternehmenskonzept und der 10-Jahres-Planung 2023 bis 2032 und dem Erfolgs- und Finanzplan 2023 hat die Gesellschaft ihre Planungen konkretisiert und den aktuellen Entwicklungen angepasst.

Die vorhandene bauliche Struktur und Qualität des Wohnungsportfolios und seiner energetischen Kennwerte bietet der Gesellschaft eine stabile und belastbare Ausgangssituation für zukünftige Entwicklungen. Erst nach sicherer Kenntnis klimapolitischer Anforderungen und deren wirtschaftlicher und technisch belastbarer Umsetzungsmöglichkeit kann unter Einbezug der unterschiedlichen Handlungserfordernisse aus den Lebenszyklen weiterer Bauteilgruppen innerhalb des Bestandes die Planung von Ersatzinvestitionen von der Gesellschaft fortgesetzt und mit qualitativen und quantitativen Erfordernissen aus der Nachfrageentwicklung gekoppelt werden.

Die Gesellschaft konzentriert sich derzeit auf Bestandssicherung und punktuelle Weiterentwicklung zur Sicherung einer hohen Vermietungsquote. Sie steht in einem engen Austausch mit der WGS - Wärme-gesellschaft mbH Saalfeld, der Stadtwerke Saalfeld GmbH sowie der Stadt Saalfeld/Saale zur Begleitung der Erstellung einer Kommunalen Wärmeplanung. Die Wärmenetzstrategie 2040 der Wärme-gesellschaft mbH Saalfeld liegt vor.

Ein hoher Anteil an modernen und zeitgemäßen Wohnungen für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte mit einem ausgewogenen Preis-Leistungsverhältnis an verschiedenen Standorten im Bestand der Gesellschaft ermöglicht es langfristig ohne erhebliches Investitionsrisiko den demografischen Entwicklungen der Region zu begegnen.

Ca. 25 % des Wohnungsbestandes sind barrierearm über Aufzüge erreichbar. Es gibt weiteres Potential im Gebäudebestand, um Barrierereduzierungen umzusetzen.

Im Personalbestand der Gesellschaft vollziehen sich nur geringe überwiegend

altersbedingte Veränderungen. Ein Mangel an Fachkräften besteht nicht.

Als Kommunales Wohnungsunternehmen erfüllt die Gesellschaft ihren Auftrag der sozialverträglichen Wohnraumversorgung für alle Bevölkerungsschichten unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht und ethnischer Herkunft. Dieser Auftrag erfordert nachhaltiges Handeln.

In der Bestandsentwicklung liegen die Schwerpunkte auf der Auswahl der Objekte bezüglich baulich-nachhaltiger Eignung, Lage, Möglichkeiten für Barriere-reduzierungen, technischer und sozialer Infrastruktur, Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz, klimagerechtem Bauen sowie der Nachrüstung von Balkonen und Erhöhung der Qualität des Wohnumfeldes.

Die 10-jährige Unternehmensplanung wird jährlich den aktuellen Entwicklungen angepasst und ist auf nachhaltige Portfolioentwicklung ausgerichtet.

Die Gesellschaft sieht sich als strategischer Partner der Stadt Saalfeld/Saale zur Umsetzung städtebaulicher, ökologischer und sozialer Ziele.

Bei Baumaßnahmen im Rahmen von Neubau und für bestehende Immobilien wird Wert daraufgelegt, dass vorwiegend ressourcenschonende Baumaterialien mit großer Langlebigkeit zum Einsatz kommen.

Für ca. 69 % des Wohnungsbestandes der Gesellschaft erfolgt die Versorgung mit Heizung und Warmwasser durch Fernwärme. Durch ihre Beteiligung in Höhe von 52 % an der WGS-Wärme-gesellschaft Saalfeld hat die Gesellschaft maßgeblichen Einfluss auf die Strategie der Erzeugung und Verteilung der Fernwärme in der Stadt Saalfeld/Saale. Gemeinsam mit der Stadtwerke Saalfeld GmbH setzt die Gesellschaft das Zukunftskonzept für eine nachhaltige Wärme- und Energieversorgung um und unterstützt damit die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in der Stadt Saalfeld/Saale.

Die Gesellschaft hat für das Jahr 2022 auf der Grundlage von Empfehlungen des

Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. wiederholt eine gebäudebezogene CO₂-Bilanz erstellt. Mit einem durchschnittlichem CO₂- Ausstoß (ohne Vorketten) von ca. 16 kg/m² Wohnfläche/Jahr der fernwärmeversorgten Gebäude und mit ca. 25 kg/m² Wohnfläche/Jahr der zentral gasversorgten Gebäude spiegelt sich für die Gesellschaft ihre langjährige Strategie zum nachhaltigen Bauen und Bewirtschaften wider. Sie kann auf dieser Basis die Umsetzung der künftigen klimapolitischen Anforderungen maßvoll planen.

Die Gesellschaft ist Mitglied im Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. sowie im Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. Beide Verbände sind die Interessenvertretung der institutionellen Wohnungswirtschaft gegenüber der Politik in Deutschland und Thüringen. Die Gesellschaft engagiert sich in beiden Gremien und unterstützt deren Arbeit intensiv.

Die Voraussetzungen für ein erfolgreiches und nachhaltiges Wirken der Gesellschaft sind gegeben.

Personal

	2022	2021	2020
Geschäftsführung	1	1	1
Angestellte	23	23	22
Haumeister	8	8	8
Auszubildende	0	1	2
Geringfügig Beschäftigte	9	8	8

Die Mitarbeiter nehmen regelmäßig Weiterbildungsangebote in Anspruch. Die Gesellschaft entlohnt auf Basis des Vergütungstarifvertrages der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter (ohne Auszubildende, geringfügig Beschäftigte) beträgt ca. 14 Jahre und das durchschnittliche Alter ca. 47 Jahre.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	82.103.169,46	80.233.541,88	80.513.833,69
Umlaufvermögen	8.494.720,20	7.448.465,11	7.070.108,57
Rechnungsabgrenzungsposten	41.627,63	94.767,90	27.195,38
Σ Aktiva	90.639.517,29	87.776.774,89	87.611.137,64
Eigenkapital	50.514.680,34	46.507.569,04	43.595.084,33
Rückstellungen	602.609,39	451.507,00	492.352,90
Verbindlichkeiten	39.395.916,73	40.712.486,34	43.437.255,60
Rechnungsabgrenzungsposten	126.310,83	105.212,51	86.444,81
Σ Passiva	90.639.517,29	87.776.774,89	87.611.137,64

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	13.586.829,56	12.874.691,17	12.777.950,30
Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	7.861,79	273.269,17	36.843,83
Andere aktivierte Eigenleistungen	55.530,00	51.937,89	76.582,70
Sonstige betriebliche Erträge	2.401.164,72	1.905.207,44	1.464.176,68
Aufwendungen für bezogenen Lieferungen und Leistungen	5.790.427,27	5.587.982,12	5.340.550,55
Personalaufwand	1.871.345,95	1.895.273,85	1.962.576,45
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachlagen	3.187.094,16	3.456.166,62	4.346.496,47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	407.623,79	479.517,40	375.371,42
Erträge aus Beteiligungen	130.000,00	98.800,00	104.000,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.799,09	4.799,31	4.633,73
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	684.636,97	821.793,99	964.381,00
Steuern vom Einkommen und Ertrag	234.298,53	48.157,26	39.215,67
Ergebnis nach Steuern	4.010.758,49	2.919.813,74	1.435.595,68
Sonstige Steuern	3.647,19	7.329,03	5.914,25
Jahresüberschuss	4.007.111,30	2.912.484,71	1.429.681,43
Einstellung in die satzungsmäßigen Rücklagen	801.422,26	582.496,94	285.936,29
Bilanzgewinn	3.205.689,04	2.329.987,77	1.143.745,14

Stadtwerke Saalfeld GmbH



Adresse

Remschützer Straße 42
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 590-0
Telefax: 03671 590-111
E-Mail: info@stadtwerke-saalfeld.de
Website: www.stadtwerke-saalfeld.de

Gesellschafter

Saalfelder Bäder GmbH, 52 %
Licht- und Kraftwerke Helmbrechts GmbH, 32 %
TEAG Thüringer Energie AG, 16 %

Gründung

11. Oktober 1990

Stammkapital

2.100.000,00 €

Geschäftsführung

Alexander Kronthaler

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Dr. Steffen Kania
Dr. Andreas Roß
Gerd Dilsch

Beteiligungen

Saalfelder Energienetze GmbH, 100 %
mit einem Stammkapital von 460 T€
Wärme-gesellschaft mbH Saalfeld, 24 % mit
einem Stammkapital von 77,5 T€
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, 7,14 %
mit einem Stammkapital von 7 T€

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Dr. Steffen Kania

Stellvertretung

Stefan Pöhlmann

Weitere Mitglieder

Thomas Gebuhr

Stefan Jakobowski

Helmut Kulawik

Steffen Lutz

Martin Roschka

Verena Sigmund

Pascal Bächer

Gerd Dilsch

Robert Geigenmüller

Andreas Meyer

Dr. Andreas Roß

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Stadtwerke Saalfeld GmbH –SWS- [im Folgenden „SWS“ oder „Gesellschaft“ genannt] ist Energieversorger im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes in seiner jeweiligen Fassung, vorrangig in Saalfeld und Umgebung. Weiterhin ist der Unternehmensgegenstand

- die Errichtung und der Betrieb von Erzeugungsanlagen, einschließlich solcher nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz in seiner jeweiligen Fassung in Thüringen,
- die Nahwärmeversorgung einschließlich des Wärmecontractings in Saalfeld und Umgebung,
- die leitungsgebundene Wasserversorgung in Saalfeld und
- die Errichtung und Bereitstellung von Infrastruktur für die Daten- und Nachrichtenübermittlung in Saalfeld sowie deren Betrieb.

Die bestehenden Konzessionsverträge mit der Stadt Saalfeld/Saale für Strom und Gas haben eine Laufzeit bis 31. März 2030 und der Gas-Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Unterwellenborn läuft bis zum 31. März 2037.

Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe einer ordentlichen Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gemäß Art. 28 Abs. 2 GG und über § 2 Abs. 2 ThürKO in den verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit eine in erster Linie am Gemeinwohl orientierte Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Die Stadt Saalfeld/S. hat zu diesem Zweck eigene Stadtwerke gegründet. Die mehrheitlichen Anteile wurden in die im Jahr 2012 gegründete Saalfelder Bäder GmbH eingelegt.

Geschäftsverlauf

Im *Stromgeschäft* verringerte sich der Energieverkauf von 81,5 Mio. kWh im Jahr 2021 auf 78,1 Mio. kWh im Jahr 2022. Die

Verringerung der Absatzmengen resultiert im Wesentlichen aus verhaltensbedingten Minderabnahmen der Kunden aufgrund extrem gestiegenen Energiekosten.

Der Strombedarf in Höhe von 78,1 Mio. kWh wurde mit 68,3 Mio. kWh über Fremdbezug beziehungsweise über von der Saalfelder Energienetze GmbH [SEN] bezogenen KWK-Strom gedeckt; selbst erzeugt wurden 9,8 Mio. kWh.

Im Stromgeschäft erfolgte eine Preisänderung, EEG bedingt zum 01.07.2022 sowie zum 01.09.2022. Ursächlich hierfür sind die Verwerfungen und Notierungen am Einkaufsmarkt zu nennen.

In der Stromsparte erhöhten sich die Umsatzerlöse von 15.756 T€ im Jahr 2021 auf nunmehr 18.756 T€. Die Steigerung liegt in den durch den Ukraine-Krieg extrem gestiegenen Preisen begründet.

Im *Gasgeschäft* verringerte sich der Energieverkauf von 155,0 Mio. kWh im Jahr 2021 auf 134,0 Mio. kWh im Jahr 2022. Die Verringerung der Absatzmengen resultiert im Wesentlichen aus verhaltensbedingten Minderabnahmen der Kunden, welche politisch und medial aufgrund von Knappheit und Höchstpreisen zum Sparen von Erdgas aufgerufen wurden.

Im Gasgeschäft erfolgte zum 1. Februar 2022 sowie zum 01. Oktober 2022 eine Preiserhöhung. Auch hier sind die historischen Höchststände am Energiemarkt ursächlich anzusehen.

In der Gassparte erhöhten sich die Umsatzerlöse von 7.303 T€ im Vorjahr auf 8.738 T€ im Jahr 2022. Die Steigerung liegt in den durch den Ukraine-Krieg extrem gestiegenen Preisen begründet.

Die *Eigenerzeugung* in den Blockheizkraftwerken der Gesellschaft lag im Geschäftsjahr 2022 bei 11.592.389 kWh Strom und 15.310.670 kWh Fernwärme; hierfür wurden 35.023.334 kWh Erdgas eingesetzt.

Im Geschäftsfeld *Contracting* (Saale-Wärme) wurden 1.055.523 kWh Wärme verkauft bei einem Brennstoffeinsatz von 1.256.877 kWh Erdgas.

Die Erlöse der Erzeugung von Strom und Fernwärme sowie Contracting erhöhten sich von 2.028 T€ im Jahr 2021 um 2774 T€ auf nunmehr 4.802 T€ im Berichtsjahr. Die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus dem extrem gestiegenen KWK-Index im Verlauf des Jahres 2022.

Lage und Ausblick

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft wird durch die Geschäftsführung positiv bewertet.

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 konnte, trotz der weiterhin angespannten Wirtschaftslage, übertroffen werden. Die Ergebnisverbesserung resultiert im Wesentlichen aus dem gegenüber der Planung besseren Ergebnis aus der Erzeugungssparte, aus den geringeren sonstigen Aufwand sowie dem besseren Ergebnis der SEN.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.392 T€ beziehungsweise 23,6 % auf 38.681 T€.

Der Materialaufwand erhöhte sich um 5.615 T€ beziehungsweise 25,1 % auf 28.003 T€. Ursachen sind die gestiegenen Bezugskosten sowohl im Strom- als auch im Gasbereich.

Es ergibt sich ein Betriebsergebnis in Höhe von 5.072 T€, welches um 37,4 % über dem Vorjahresergebnis von 3.690 T€ liegt. Die Erhöhung liegt im Wesentlichen im höheren Rohergebnis aus der Erzeugung in den BHKW's begründet, hier wirkte sich der sehr hohe KWK-Index im Jahr 2022 maßgeblich aus.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 27,4 % auf 4.045 T€.

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr positiv entwickelt. Der Bestand an liquiden Mitteln betrug zum

31. Dezember 2022 1.300 T€, während der Bestand zum Vorjahresstichtag 413 T€ betrug. Der zum Bilanzstichtag 31.12. eines jeden Jahres ausgewiesene Finanzmittelbestand ist wesentlich von den im laufenden Jahr vereinnahmten Abschlägen von Tarifkunden sowie vom Ergebnis der Jahresverbrauchsabrechnung selbiger abhängig, da etwaige Guthaben erst nach dem Bilanzstichtag im Folgejahr zur Auszahlung kommen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in das Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 2.847 T€ getätigt, denen Abschreibungen in Höhe von 1.559 T€ gegenüberstehen.

Im Jahr 2022 blieben die Investitionen unter dem Planansatz. Insbesondere ist die Maßnahmenverschiebung des Projektes BHKW Gorndorf III in die Jahre 2023 und 2024 zu erwähnen.

Am 1. Januar 2022 bestanden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 6.522 T€. Fremdmittel wurden im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 2.500 T€ aufgenommen, die Tilgungen betragen 1.002 T€, sodass die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2022 einen Endstand in Höhe von 8.020 T€ hatten.

Das im Geschäftsjahr 2019 aufgenommene Gesellschafterdarlehen wurde planmäßig mit 100 T€ getilgt und hatte zum 31. Dezember 2022 einen Endstand in Höhe von 600 T€.

Die mittel- und langfristigen Aktiva erhöhten sich, da die Investitionen (2.846 T€) die Abschreibungen und Anlagenabgänge (1.559 T€) überstiegen. Die Investitionen wurden aus Eigen- und Fremdmitteln finanziert. Von der Gesamtinvestitionssumme entfallen 2.317 T€ auf netztechnische Anlagen.

Prognosebericht

Die derzeitige Planung der *Stadtwerke Saalfeld GmbH* für das Geschäftsjahr 2023 beruht auf einer gleichbleibenden Mengenplanung im Tarifkundenbereich, abgeleitet aus durchschnittlichen

Erfahrungswerten, bei einem normalen Witterungsverlauf. Im Sondervertragskundenbereich wurde der Stand der Vertragsabschlüsse zum Planungszeitpunkt berücksichtigt.

Aufgrund der durchschnittlichen Außentemperaturen in Thüringen sowie durch Einspareffekte, jeweils gegenüber dem Vorjahr, in den Monaten Januar (2023: +2,9 °C; 2022: +2,2 °C), Februar (2023: +2,5 °C; 2022: +3,8 °C) und März (2023: +5,2 °C; 2022: +4,1 °C) verringerte sich die Netzeinspeisung Gas im ersten Quartal 2022 um rund 6,5 %.

Da die Planung auf Basis langjähriger Mittelwerte erfolgt und das erste und letzte Quartal eines jeden Jahres erfahrungsgemäß die absatzstärksten Zeiträume sind, gehen wir aus heutiger Sicht dennoch vom Erreichen der geplanten Umsatzerlöse aus. Dieser Annahme liegt ein normaler Witterungsverlauf für die übrigen Zeiträume des Jahres zugrunde.

Für das Geschäftsjahr 2023 sind Investitionen in das Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 3.827 T€ geplant. Schwerpunkt ist der Neubau und Ausbau des an die SEN verpachteten Strom- und Gasleitungsnetzes sowie der Hausanschlüsse im Stadtgebiet Saalfeld und der Gemeinde Unterwellenborn. Außerdem ist der Ersatzneubau eines weiteren BHKWs am Standort Gorndorf vorgesehen.

Die Geschäftspolitik der Saalfelder Energienetze GmbH (SEN) wird wesentlich von den Auswirkungen des tiefgreifenden Umbaus und der Liberalisierung der Energiewirtschaft sowie vom geltenden Rechtsrahmen bestimmt. Hierzu erwachsen der SEN neue Herausforderungen aus den klimapolitischen Zielstellungen – sowohl aufgrund europäischer, bundesdeutscher als auch thüringischer Vorgaben. Die SEN erwartet hiervon mittel- bis langfristig erhebliche Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg des Strom- und Gasnetzes.

Gemäß dem Klimaschutzgesetz will die Bundesregierung den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 65 % und bis 2040 um mindestens 88 % (jeweils gegenüber dem Jahr 1990) reduzieren sowie bis zum Jahr 2045 Klimaneutralität erreichen. Hierzu ist bis spätestens 2038 auch ein Ausstieg aus dem steuerbaren/grundlastfähigen Energieträger Kohle geplant. Ferner treibt die Politik einen nahezu vollständigen Umbau des gesamten privaten und öffentlichen Gebäude- und Verkehrssektors mit Nachdruck voran, fokussiert hierbei auf fluktuierender/volatiler Elektrizität (aus Windkraft und solarer Strahlungsenergie) und lässt die Bedeutung des molekularen Energieträgers Erdgas zusehends schwinden. Der konkretisierende gesetzliche Rahmen wird derzeit festgelegt.

Als wesentlichen Meilenstein beschloss das Bundeskabinett am 19. April 2023 die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Sollte dieser Gesetzesentwurf den Bundestag passieren und würde somit ab 2024 der Einbau neuer Erdgas-Heizungen gesetzlich untersagt, hätte dies weitreichende Konsequenzen sowohl für die Mehrzahl der Eigentümer und Mieter von Immobilien in Deutschland als auch für den Geschäftserfolg der SEN als Gasnetzbetreiber. Der zum Berichtszeitpunkt vorliegende Kabinettsentwurf würde die SEN anhalten, kurzfristig einen verbindlichen Transformationsplan aufzustellen und durch die Regulierungsbehörde genehmigen zu lassen, um bis zum Jahresanfang 2035 das örtliche Gasverteilernetz von Erdgas (Methan) stufenweise auf klimaneutralen (grünen oder blauen) Wasserstoff umzustellen. Die Transformation würde umfangreiche Investitionen (insbesondere in die Regel- und Messtechnik) bedingen. Ohne Transformationsplan und ohne tatsächliche Wasserstoff-Umstellung wäre es den Gebäudeeigentümern im Gasversorgungsgebiet dann bereits ab 2024 verwehrt, in wasserstofffähige Gasheizungen zu investieren.

In der Folge nähme künftig die Anzahl der Gaskunden kontinuierlich ab, wodurch die spezifische Netzkostenbelastung je verbliebenen Gaskunden überproportional anwachsen und der Kundenschwund beschleunigt würde. Letztlich wäre eine Refinanzierung der getätigten Gasnetz-Investitionen gefährdet.

Inwiefern bis 2035 eine ausreichende Wasserstoff-Produktion aufgebaut sein wird und zu welchen Marktpreisen der Wasserstoff dann abgesetzt werden kann, ist derzeit noch ungewiss. Bedenklich wertet die SEN zudem die laufenden EU-Initiativen zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Wasserstoffnetzen, die aus Sicht der Gasnetzbetreiber eine wirtschaftlich darstellbare Transformation nahezu unmöglich machen würden.

Da sich die Gesetzesinitiativen auf nicht weniger als die langfristige Geschäftsgrundlage des Gasversorgungsnetzes auswirken, wird die SEN den weiteren Gesetzgebungsprozess aufmerksam verfolgen, die Chancen und Risiken sorgsam bewerten, die erforderlichen Strategien hieraus ableiten und das weitere Vorgehen mit den vor- und nachgelagerten Marktpartnern abstimmen. Dabei wird die SEN auch die künftigen gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben im Hinblick auf den Energieträger Wasserstoff einfließen lassen.

Laut einem Bericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland im Jahr 2022 sind seit dem Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ukraine vor mehr als einem Jahr auch vermehrte Angriffe auf verschiedenste Infrastrukturen in Deutschland zu verzeichnen. Die Cyber-Bedrohungen werden als so hoch wie nie eingeschätzt. Auch Kollateralschäden durch Cyber-Angriffe auf Nachbarländer mit Auswirkungen in Deutschland wurden vermehrt erfasst. Die SEN wird deshalb ihre bisherigen Anstrengungen zum Schutz der IT-Systeme vor Cyber-Angriffen verstärken.

Die aufgrund des Ukraine-Krieges befürchtete Gasmangellage trat im Winter

2022/2023 dank der vergleichsweise milden Temperaturen nicht ein.

Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass im kommenden Winter 2023/2024 die höchste Stufe des Gasnotfallplanes, die „Notfallstufe“, ausgerufen werden muss.

Da die SEN etwaige verbrauchs-begrenzende Eingriffe im einen Netzgebiet auf behördliche Anordnung hin tätigen wird, dürfte sie vor Schadensersatzforderungen betroffener Kunden verschont bleiben. Jedoch würden diese Maßnahmen mit Netznutzungs-Mindererlösen einhergehen, die sich unmittelbar in geringeren Liquiditätszuflüssen auswirken. Zwar dürfte die SEN diese Mindererlöse über das Regulierungskonto in künftigen Jahren „nachverdienen“, doch würde im laufenden Jahr die Selbstfinanzierungskraft erschwert und ein erhöhter Fremdkapitalbedarf ausgelöst. Zur Begrenzung etwaiger Forderungsausfälle und zur Liquiditätssicherung betreibt die SEN jetzt schon ein straffes Forderungsmanagement.

Risikobericht

Die SWS ist zahlreichen Risiken ausgesetzt, die mit der unternehmerischen Tätigkeit unmittelbar verbunden sind.

Die Risiken der Gesellschaft sind in einer Risikoanalyse zusammengefasst, werden ständig überwacht und neue Risiken werden in das System eingebunden. Es erfolgt eine regelmäßige Information der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates über den Geschäftsverlauf, die Chancen und die Risikolage.

Die etwa ab dem zweiten Halbjahr 2021 begonnene Preisrallye an den Rohstoffmärkten fand mit dem Beginn des Ukraine-Krieges in den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 im gesamten Geschäftsjahr 2022 eine traurige Fortsetzung. Der gesamte Beschaffungszeitraum im Jahr 2022 sowie für das Lieferjahr 2023 war durch ein von drohender Mangellage und Risikoauflagen gekennzeichnetes Preisniveau geprägt.

Die befürchtete Gasmangellage ist aufgrund von Ersatzbeschaffungen und milden Temperaturverläufen im Winter 2022/2023 nicht eingetreten. Ob derartige Maßnahmen im nächsten Winter 2023/2024 notwendig werden, bleibt abzuwarten. Über notwendige Abschaltungen entscheidet der Bundeslastverteiler (Bundesnetzagentur).

Zum Jahresende 2022 gaben die Beschaffungspreise für Erdgas spürbar nach. Sollte sich dieser Trend innerhalb des Jahresverlaufes 2023 fortsetzen, ständen jedoch weiterhin Werte um mehr als das Doppelte zum Vorkrisenniveau im Raum. Die für Strom-, Gas und Wärme geltenden gesetzlichen Preisbremsen mindern diese Entwicklung für das gesamte Jahr 2023 etwas ab und kommen somit letztendlich zielgerichtet direkt beim Letztverbraucher an.

Als Maßnahme zur Liquiditätssicherung wird neben der laufenden täglichen Liquiditätskontrolle eine Langfrist-Liquiditätsplanung, welche regelmäßig angepasst wird, erstellt. Mit der Muttergesellschaft Saalfelder Bäder GmbH besteht ein Vertrag über die Möglichkeit der Aufnahme von Betriebsmittelkrediten. Mit den Hausbanken wurden Vereinbarungen über kurzfristige Kontokorrentkredite verhandelt und abgeschlossen.

Die Risiken der SWS liegen vor allem im Marktumfeld und dem weiter anhaltenden Wettbewerbsdruck. Aufgrund der derzeitigen Endkundenpreise am Markt ist die Preissensitivität und Wechselbereitschaft der Kunden, trotz gesetzlicher Preisbremsen, zurzeit sehr hoch. Zusätzlich wirkt der kontinuierliche Anstieg der CO₂-Abgabe in den nächsten Jahren preistreibend. Somit besteht das Risiko weiter sinkender Margen. Um dem Kundenabgang entgegenzuwirken, liegt das Hauptaugenmerk auf einer intensiven Vertriebstätigkeit – hier vor allem der Ausnutzung des Standortvorteils und der Kundennähe.

Die Risiken aus der Energie- und Materialbeschaffung aufgrund der weiterhin hohen Preise an den

Rohstoffmärkten werden laufend kritisch beobachtet. Das betrieblich praktizierte Tranchenmodell in der Strom- und Gasbeschaffung soll hier Beschaffungsrisiken abmildern, um hohe Beschaffungspreise, beispielsweise durch Short-Positionen, zu vermeiden.

In Deutschland ist am 31. August 2021 die Novelle des Klimaschutzgesetzes mit verschärften Vorgaben zur Treibhausgasneutralität in Kraft getreten. Danach soll bereits bis zum Jahr 2030 der Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 % gegenüber 1990 verringert werden. Bis zum Jahr 2040 liegt das Minderungsziel bei mindestens 88 % und ab 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreicht haben. Bis zum Jahr 2020 konnte in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen um 41,3 % gegenüber dem Referenzjahr 1990 reduziert werden. Jedoch stiegen im Jahr 2021 die Treibhausemissionen gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %.

Die politisch gewollte Transformation des gesamten Energieversorgungssystems in Richtung „all-electric-world“ wird einen immens hohen Investitionsbedarf nach sich ziehen.

Der stärkere Ausbau der erneuerbaren Energien soll netzsynchron und marktorientiert erfolgen. Durch den im Rahmen der Energiewende unvermeidlich notwendigen Ausbau der Netze werden die Netzkosten weiter steigen. Im Koalitionsvertrag fand eine Entlastung des Produktes Strom von Umlagen und Abgaben keine Erwähnung. Aus diesem Grund müssen wir für die nächsten Jahre mit einem weiterhin hohen Strompreisniveau rechnen, was auch Auswirkungen auf den Wettbewerb haben wird.

Bezüglich der flächendeckenden Einführung von Smart Meter und Smart Grids wurde vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik am 31. Januar 2020 die Entscheidung getroffen, dass es nun drei voneinander unabhängige Anbieter von intelligenten Messsystemen am Markt gibt. Mit Bekanntgabe der Verfügung begann der

Rollout am 24. Februar 2020 für Stromkunden mit mehr als 6.000 kWh Verbrauch.

Durch die 100%ige Beteiligung an der SEN ist die Gesellschaft Risiken dahingehend ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln der Gesellschaft als Netzbetreiber einhergehen. Risiken ergeben sich beispielsweise aus dem Energiewirtschaftsgesetz, der Anreizregulierung sowie aus den Entscheidungen der Regulierungsbehörde. Insbesondere ist nach den vorgegebenen Effizienzzielen die Produktivität des Netzbetreibers, um jährlich etwa 2,6 % zu steigern.

Sollte in der nächsten Wintersaison 2023/2024 der Fall eintreten, dass eine Gas-Mangellage eintritt, wäre nach aktueller Gesetzeslage die SEN auf unmittelbare oder mittelbare Anweisung durch die Bundesnetzagentur zur Umsetzung verbrauchsbegrenzender Maßnahmen (zunächst bei den sogenannten „nicht geschützten Letztverbrauchern“) verpflichtet. Da die SEN hierbei auf behördlicher Anordnung tätig wird, dürfte sie vor Schadensersatzforderungen betroffener Kunden verschont bleiben. Jedoch gingen diese Maßnahmen einher mit Netznutzungs-Mindererlösen, die sich unmittelbar in geringeren Liquiditätszuflüssen auswirken würden. Zwar dürfte die SEN diese Mindererlöse über das Regulierungskonto in künftigen Jahren „nachverdienen“, doch würde im laufenden Jahr die Selbstfinanzierungskraft erschwert und ein erhöhter Fremdkapitalbedarf ausgelöst.

Die Risiken aus der Beteiligung an der WGS – Wärmegesellschaft mbH Saalfeld [WGS] schätzen wir mittelfristig als gering ein. Die WGS hat mit ihren Endkunden langfristige Lieferverträge geschlossen, wodurch der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist, wobei auch hier vor allem durch das Klimaschutzgesetz, die Vorgaben der Energieeinsparverordnung [EnEV], Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz [EEWärmeG], Energieeinsparungsgesetz [EnEG] sowie Gebäudeenergiegesetz [GEG] mit einem schwierigeren Geschäftsumfeld zu

rechnen ist. Die Anforderungen aus dem Thüringer Klimagesetz, bis zum Jahr 2040 eine nahezu klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen, stellen eine große Herausforderung dar.

Personal

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 neben einem Geschäftsführer durchschnittlich 19 gewerbliche Arbeitnehmer (VJ: 20) und 25 Angestellte (VJ: 24) beschäftigt.

	2022	2021	2020
Geschäftsführer	1	1	1
Beschäftigte	44	44	44

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	21.364.158,03	20.076.472,64	18.919.934,85
Umlaufvermögen	11.462.203,63	7.890.829,30	6.418.517,07
Rechnungsabgrenzungsposten	78.995,40	54.322,62	30.810,93
Σ Aktiva	32.905.537,06	28.021.624,56	25.369.262,85
Eigenkapital	9.205.895,96	9.205.895,96	9.205.895,96
Ertragszuschüsse	2.492.865,19	2.559.697,50	2.495.465,76
Rückstellungen	2.302.911,91	2.063.524,36	1.079.534,81
Verbindlichkeiten	18.865.393,14	14.156.713,52	12.573.184,69
Rechnungsabgrenzungsposten	38.290,86	35.793,22	15.181,63
Σ Passiva	32.905.537,06	28.021.624,56	25.369.262,85

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	38.681.134,41	31.289.383,01	29.337.279,63
Andere aktivierte Eigenleistungen	18.009,20	17.370,07	14.480,01
Sonstige betriebliche Erträge	144.419,20	90.025,95	97.686,10
Materialaufwand	28.003.186,13	22.388.485,48	20.489.488,59
Personalaufwand	2.721.117,29	2.546.510,39	2.349.858,88
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens u. Sachanlagen	1.558.921,47	1.597.391,64	1.632.916,25
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.488.692,69	1.173.978,44	1.016.129,23
Erträge aus Beteiligungen	145.384,18	140.484,98	79.890,79
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.438,83	12.217,68	7.393,09
Aufwendungen aus Verlustübernahme	820.158,72	337.814,23	710.930,24
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	90.513,12	84.478,28	98.516,48
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	272.336,94	246.302,07	170.072,11
Sonstige Steuern	9.488,20	9.658,20	12.240,44
Ausgleichszahlungen an außenstehende Gesellschafter	1.377.787,07	1.258.358,08	1.072.910,01
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abzuführende Gewinne	2.658.184,19	1.906.504,88	1.983.667,39
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Saalfelder Energienetze GmbH



Adresse

Remschützer Straße 42
07318 Saalfeld/Saale

Telefon: 03671 590-103

Telefax: 03671 590-333

E-Mail: info@saalfelder-energienetze.de

Website: www.saalfelder-energienetze.de

Gesellschafter

Stadtwerke Saalfeld GmbH -SWS-, 100 %

Gründung

14. Juni 2007

Stammkapital

460.000,00 €

Geschäftsführung

Ralf Ratay

Beteiligungen

keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die Saalfelder Energienetze GmbH (im Folgenden kurz „Gesellschaft“ genannt) betreibt und unterhält ein örtliches Elektrizitätsverteilernetz in der Stadt Saalfeld/Saale und ein örtliches Gasverteilernetz in der Stadt Saalfeld/Saale und in der Gemeinde Unterwellenborn gemäß den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG). Die Gesellschaft nimmt hierzu alle zum Netzbetrieb dazugehörigen Aufgaben wahr und Dienstleistungen in Anspruch.

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochter der Stadtwerke Saalfeld GmbH (im Folgenden kurz „SWS“ genannt). Zwischen beiden Gesellschaften besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Mit der Gründung der Gesellschaft im Jahr 2007 entsprach die SWS der Forderung des EnWG zur gesellschaftsrechtlichen Entflechtung.

Die zentrale Aufgabe der Gesellschaft ist die sichere, effiziente und diskriminierungsfreie Bereitstellung des örtlichen Elektrizitäts- und Gasverteilernetzes.

Als Grundlage für die Durchführung des operativen Netzbetriebes wurden hierfür zwischen der SWS und der Gesellschaft ein Pacht- und ein Dienstleistungsvertrag sowie seit 2011 weitere Verträge für die Überlassung von Arbeitnehmern, Geschäftsräumen und Fuhrpark geschlossen. Die Arbeitnehmerüberlassung erfolgt dabei auf Basis einer entsprechenden Erlaubnis durch die Bundesagentur für Arbeit.

In ihrer Verantwortung für den rechtskonformen Betrieb der Strom- und Gasverteilernetze hat die Gesellschaft eine Fülle an energiewirtschaftlichen Gesetzen, Verordnungen, Festlegungen der Regulierungsbehörde, technischen Regeln und Branchenstandards zu beachten. Von herausgehobener Bedeutung sind hierbei insbesondere die Bestimmungen und Bedingungen für einen diskriminierungsfreien Netzanschluss und Netzzugang der Letztverbraucher und Betreiber von Energieerzeugungsanlagen,

für die massengeschäftstaugliche Interaktion mit anderen Marktakteuren, für die Ermittlung und Herleitung der Netzzugangsentgelte, für den Messstellenbetrieb sowie für den sicheren, effizienten, umweltverträglichen und bedarfsgerechten Netzausbau und Netzbetrieb.

Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe einer ordentlichen Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Art. 28 Abs. 2 GG und über § 2 Abs. 2 der ThürKO verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte.

Die Energieversorgung ist damit eine in erster Linie am Gemeinwohl orientierte Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht.

Die Saalfelder Energienetze GmbH ist Netzbetreiber gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) im Hinblick auf den Betrieb und die Unterhaltung von örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben und Dienstleistungen.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2022 betrug die Stromeinspeisung in das Leitungsnetz der SEN 95,3 GWh (Vorjahr: 100,4 GWh). Der Anteil dezentraler Stromeinspeisungen aus Erneuerbaren Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung erhöhten sich auf 19,1 GWh (Vorjahr: 15,2 GWh), was einem Anteil von nunmehr rund 20 % an den gesamten Stromeinspeisungen entspricht.

Die Gaseinspeisung lag im selben Zeitraum bei 244,3 GWh (Vorjahr: 277,6 GWh).

Zum Berichtszeitpunkt betreibt die SEN verschiedene Beschwerdeverfahren gegen die Beschlüsse der Regulierungsbehörden. Betroffen hiervon sind die Festlegungen zur den Eigenkapital-

zinssätzen der vierten Strom- und Gas-Regulierungsperiode, zum generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (GSP) der dritten Strom-Regulierungsperiode, zum Gas-Regulierungskonto aus den Jahren 2012 bis 2016 sowie die Neufestlegung der Gas-Erlösobergrenzen der zweiten Regulierungsperiode.

Lage und Ausblick

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gewährleistete die SEN die sichere, effiziente und diskriminierungsfreie Bereitstellung des örtlichen Elektrizitäts- und Gasverteilernetzes. Um dieser Aufgabe auch künftig gerecht werden zu können, wurden Investitionen in Höhe von 2.317 T€ in das Sachanlagevermögen der Verpächterin SWS getätigt. Ferner leitete die SEN empfangene Netzanschlusskostenbeiträge und Baukostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 175 T€ an die Verpächterin SWS weiter.

Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Umsatzerlöse um 1.346 T€ auf 15.073 T€, obgleich die Strom- und Gas-Absatzmengen hinter den Vorjahreswerten zurückblieben. Erlösmehrend wirkten insbesondere die Zuwächse bei den Anlagenverkäufen an die SWS sowie die höheren Mehr- und Mindermengen.

Demgegenüber stiegen insbesondere die durch die Energiemarktpreise getriebenen Aufwendungen in 2022 überproportional, sodass sich zum Jahresende ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von -820 T€ einstellt, das somit um 482 T€ unter dem Vorjahreswert liegt. Der Jahresfehlbetrag wird durch die SWS aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages durch eine Verlustübernahme in Höhe von 820 T€ ausgeglichen.

Der Wirtschaftsplan des Jahres 2022 prognostizierte ein Ergebnis in Höhe von -788 T€. Die Ursache der tatsächlichen Ergebnisverringerung in 2022 gegenüber dem Wirtschaftsplan begründet sich speziell aus den um 3,5 % höheren Pachtaufwendungen, wohingehend sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um lediglich 2,4 % verminderten.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Der Geschäftsführer schätzt die Liquiditätslage als zufriedenstellend ein. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2022 aussagegemäß stets gesichert. Zur Überbrückung eventueller kurzfristiger Liquiditätsengpässe besteht mit der SWS ein Vertrag über die Inanspruchnahme eines Betriebsmittelkredits.

Die Erhöhung der kurzfristig gebundenen Aktiva ist durch höhere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände gegenüber dem Vorjahr begründet. Die höheren Bestände, insbesondere bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sind stichtagsbedingt und verändern sich entsprechend dem Verbrauchsverhalten der Kunden. Im Jahr 2022 wurde erstmalig der Ablesezeitpunkt von November in den Januar des Folgejahres verschoben, daraus resultierend verschiebt sich die Fälligkeit der Endabrechnungen in das Folgejahr.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital zum 31. Dezember 2022 enthält die lang- und mittelfristigen Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Erhöhung beim kurzfristigen Fremdkapital beruht auf den höheren Verbindlichkeiten.

Das kurzfristige Fremdkapital der Gesellschaft – insbesondere aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie gegenüber Gesellschaftern – ist durch das kurzfristig liquidierbare Vermögen gedeckt.

Trotz der wirtschaftlich und regulatorisch schwierigen Rahmenbedingungen ist die Gesellschaft finanziell und operativ solide aufgestellt. Das Ergebnis des Jahres 2022 verschlechterte sich leicht gegenüber dem Planergebnis, vor allem aufgrund der höher als geplant angefallenen Pachtabrechnung. Die Geschäftsführung bewertet die wirtschaftliche Lage der SEN positiv und betriebstypisch für ein

Netzbetreiberunternehmen im sogenannten „Pachtmodell“.

Die Geschäftspolitik wird wesentlich von den Auswirkungen des tiefgreifenden Umbaus und der Liberalisierung der Energiewirtschaft sowie vom geltenden Rechtsrahmen bestimmt. Hierzu erwachsen der SEN neue Herausforderungen aus den klimapolitischen Zielstellungen – sowohl aufgrund europäischer, bundesdeutscher als auch thüringischer Vorgaben. Die SEN erwartet hiervon mittel- bis langfristig erhebliche Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg des Strom- und Gasnetzes.

Gemäß dem Klimaschutzgesetz will die Bundesregierung den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 um 65 % und bis 2040 um mindestens 88 % (jeweils gegenüber dem Jahr 1990) reduzieren sowie bis zum Jahr 2045 Klimaneutralität erreichen. Hierzu ist bis spätestens 2038 auch ein Ausstieg aus dem steuerbaren/grundlastfähigen Energieträger Kohle geplant. Ferner treibt die Politik einen nahezu vollständigen Umbau des gesamten privaten und öffentlichen Gebäude- und Verkehrssektors mit Nachdruck voran, fokussiert hierbei auf fluktuierender/volatiler Elektrizität (aus Windkraft und solarer Strahlungsenergie) und lässt die Bedeutung des molekularen Energieträgers Erdgas zusehends schwinden. Der konkretisierende gesetzliche Rahmen wird derzeit festgelegt.

Als wesentlichen Meilenstein beschloss das Bundeskabinett am 19. April 2023 die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG).

Sollte dieser Gesetzesentwurf den Bundestag passieren und würde somit ab 2024 der Einbau neuer Erdgas-Heizungen gesetzlich untersagt, hätte dies weitreichende wohlstandsgefährdende Konsequenzen sowohl für die Mehrzahl der Eigentümer und Mieter von Immobilien in Deutschland als auch für den Geschäftserfolg der SEN als Gasnetzbetreiber. Der zum Berichtszeitpunkt

vorliegende Kabinettsentwurf würde die SEN anhalten, kurzfristig einen verbindlichen Transformationsplan aufzustellen und durch die Regulierungsbehörde genehmigen zu lassen, um bis zum Jahresanfang 2035 das örtliche Gasverteilernetz von Erdgas (Methan) stufenweise auf klimaneutralen (grünen oder blauen) Wasserstoff umzustellen. Die Transformation würde umfangreiche Investitionen (insbesondere in die Regel- und Messtechnik) bedingen. Ohne Transformationsplan und ohne tatsächliche Wasserstoff-Umstellung wäre es den Gebäudeeigentümern im Gasversorgungsgebiet dann bereits ab 2024 verwehrt, in Wasserstofffähige Gasheizungen zu investieren. In der Folge nähme künftig die Anzahl der Gaskunden kontinuierlich ab, wodurch die spezifische Netzkostenbelastung je verbliebenen Gaskunden überproportional anwachsen und der Kundenschwund beschleunigt würde. Letztlich wäre eine Refinanzierung der getätigten Gasnetz-Investitionen gefährdet.

Inwiefern bis 2035 eine ausreichende Wasserstoff-Produktion aufgebaut sein wird und zu welchen Marktpreisen der Wasserstoff dann abgesetzt werden kann, ist derzeit noch ungewiss. Bedenklich wertet die SEN zudem die laufenden EU-Initiativen zur eigentumsrechtlichen Entflechtung von Wasserstoffnetzen, die aus Sicht der Gasnetzbetreiber eine wirtschaftlich darstellbare Transformation nahezu unmöglich machen würden.

Da sich die Gesetzesinitiativen auf nicht weniger als die langfristige Geschäftsgrundlage des Gasversorgungsnetzes auswirken, wird die SEN den weiteren Gesetzgebungsprozess aufmerksam verfolgen, die Chancen und Risiken sorgsam bewerten, die erforderlichen Strategien hieraus ableiten und das weitere Vorgehen mit den vor- und nachgelagerten Marktpartnern abstimmen. Dabei wird die SEN auch die künftigen gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben im Hinblick auf den Energieträger Wasserstoff einfließen lassen.

Laut einem Bericht des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland im Jahr 2022 sind seit dem Einmarsch russischer Streitkräfte in die Ukraine vor mehr als einem Jahr auch vermehrte Angriffe auf verschiedenste Infrastrukturen in Deutschland zu verzeichnen. Die Cyber-Bedrohungen werden als so hoch wie nie eingeschätzt. Auch Kollateralschäden durch Cyber-Angriffe auf Nachbarländer mit Auswirkungen in Deutschland wurden vermehrt erfasst.

Die SEN wird deshalb ihre bisherigen Anstrengungen zum Schutz der IT-Systeme vor Cyber-Angriffen verstärken.

Die aufgrund des Ukraine-Krieges befürchtete Gasmangellage trat im Winter 2022/2023 dank der vergleichsweise milden Temperaturen nicht ein.

Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass im kommenden Winter 2023/2024 die höchste Stufe des Gasnotfallplanes, die „Notfallstufe“, ausgerufen werden muss.

Eher unrealistisch wertet die SEN die Wahrscheinlichkeit etwaiger kurzfristiger preisdämpfender Gegenmaßnahmen der Europäischen Zentralbank (z. B. durch eine ausreichend hohe Anhebung des Leitzinses), da hierdurch die Staatsfinanzierung insbesondere der südeuropäischen Euro-Mitgliedsstaaten erschwert und schlimmstenfalls ein Auseinanderbrechen des Euro-Raumes begünstigt werden könnte. Obendrein würde die Binnennachfrage und damit die Konjunktur zusätzlich gedämpft.

Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und Funktionsfähigkeit der technischen Infrastruktur führt die SEN planmäßige Wartungen und den weiteren Netzum- und -ausbau durch. Zugleich gilt es, den fortschreitenden Ausbau der erneuerbaren Energien im Rahmen der Energiewende zu bewältigen. Neben Netzverstärkungen und punktuellen Veränderungen der Netztopologie bedingt dies obendrein auch eine erhöhte Ausstattung der Anlagentechnik mit zusätzlicher Sensorik und Aktorik sowie

eine weitere Vernetzung und Digitalisierung der Systeme, wodurch auch der Schutz der eigenen Systeme vor unberechtigten Fremdzugriffen (insbesondere im Bereich der Informationssicherheit) an Bedeutung gewinnt.

Trotz der wahrnehmbaren Preisdynamik kommen der SEN, insbesondere zur Verwirklichung der geplanten Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen in 2023,

- der im Branchenumfeld vergleichsweise hohe Eigenverrichtungsanteil,
- die bereits bis Mitte 2023 bekannten Tarifabschlüsse sowie
- die auf breiter Basis frühzeitige und jahresbedarfsgerechte Materialbevorratung zugute.

Demgegenüber sind zum Berichtszeitpunkt insbesondere bei fremdbezogenen Tiefbauleistungen kurzfristige (teils stoffpreisgekoppelte) Verteuerungen absehbar.

Die aktuelle politische und volkswirtschaftliche Lage sowie das unmittelbare Marktumfeld der SEN lassen entsprechenden Raum für ein breites Spektrum potentieller Auswirkungen auf die Liquiditätslage und letztlich auch auf das Geschäftsergebnis des Jahres 2023. Unter günstigen Randbedingungen kann sich das Planergebnis durchaus einstellen. Andernfalls erscheint eine deutliche Ergebnisverschlechterung nicht unmöglich.

Unter Annahme einer normalen Witterung, einer Preisentwicklung entsprechend der Planannahmen und keinen zusätzlichen externen Effekten werden höhere Umsatzerlöse und höhere Materialaufwendungen erwartet. Insgesamt wird ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2022 geringerer Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme durch die SWS erwartet.

Die Gesellschaft ist derzeit in das Risikomanagementsystem der SWS eingebunden. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt quantitative und

qualitative Risiken. Es wird regelmäßig Bericht erstattet, um eventuelle bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten. Für eine interne Unternehmenslenkung werden diverse Kenngrößen bei der regelmäßigen Hochrechnung und einer rollierenden Mittelfristplanung ermittelt, um frühzeitig die künftige Geschäftsentwicklung aufzuzeigen. Zentrale Steuerungsgrößen im Unternehmen sind die Absatzmengen, das Investitionsvolumen in das netztechnische Sachanlagevermögen im Sinne des Pachtvertrages sowie das handelsrechtliche Ergebnis nach Steuern.

Die SEN ist diversen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln der SEN als Netzbetreiber einhergehen. Risiken ergeben sich beispielsweise aus dem Energiewirtschaftsgesetz, der Anreizregulierung sowie aus den Entscheidungen der Regulierungsbehörde. Insbesondere ist nach den vorgegebenen Effizienzzielen die Produktivität des Netzbetreibers um jährlich etwa 2,5 % zu steigern. Risiken, die den Fortbestand der SEN gefährden könnten, bestanden im Geschäftsjahr 2022 nicht und sind derzeit auch für das folgende Geschäftsjahr nicht erkennbar.

Obgleich die Erfordernisse zur Bewältigung der Energie- und Klimawende eine zügige Anpassung des geltenden energiewirtschaftlichen Rechtsrahmens benötigen, ist ein ernsthaftes derartiges Eingreifen des Gesetzes- oder Verordnungsgebers derzeit nicht erkennbar. Auch die eher zaghaft werterhöhenden regulierungsbehördlichen Anpassungen führen immer noch dazu, dass ab dem Beginn der vierten Regulierungsperiode in der Anreizregulierung (Gas: 2023, Strom: 2024) die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung von derzeit durchschnittlich 4,5 % p. a. (vor Steuern) auf dann nur noch rund 3,15 % p. a. deutlich zurückgeht; die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung bestimmt maßgeblich den gesetzlich zulässigen Gewinn des Monopolgeschäfts „Netzbetrieb“. Die SEN wird daher aufmerksam beobachten, ob die gesetzten energie- und klimapolitischen Ziele durch

entsprechende hoheitliche Maßnahmen untermauert werden, die die nachhaltige Ertragskraft des – überwiegend kommunal geprägten – Netzgeschäfts bewahren und möglichst stärken.

Die hohen Qualitätsansprüche setzt die SEN mittels interner Ablaufkontrollen und Prozessüberwachungen durch. Dabei nutzt die SEN den hohen Eigenverrichtungsanteil bei technischen Netzinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen als wesentliches Instrument der Qualitätssicherung. In der Unternehmensplanung und -lenkung berücksichtigt die SEN die Erkenntnisse aus der Verwaltungspraxis der Regulierungsbehörde und aus der aktuellen Rechtsprechung. Um regulatorische Risiken zu minimieren, beteiligt sich die SEN an Brancheninitiativen und nimmt fachlich Stellung im Rahmen behördlicher Anhörungsverfahren.

Die SEN finanziert sich über Eigenkapital und Lieferantenkredite. Zur Überbrückung kurzfristiger Bedarfsfälle besteht mit der SWS ein Vertrag über die Vergabe von Betriebsmittelkrediten.

Personal

	2022	2021	2020
Geschäftsführung	1	1	1
Angestellte	9	8	8

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	1.172,24	1.753,98	2.388,38
Umlaufvermögen	4.097.226,02	2.069.143,62	1.931.329,45
Rechnungsabgrenzungsposten	8.900,29	10.375,74	5.781,45
Σ Aktiva	4.107.298,55	2.081.273,34	1.939.499,28
Eigenkapital	1.040.000,00	1.040.000,00	1.040.000,00
Rückstellungen	260.738,36	148.951,98	422.662,79
Verbindlichkeiten	2.802.445,62	885.831,79	475.305,24
Rechnungsabgrenzungsposten	4.114,57	6.489,57	1.531,25
Σ Passiva	4.107.298,55	2.081.273,34	1.939.499,28

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	15.073.405,54	13.726.649,59	13.446.812,73
Sonstige betriebliche Erträge	75.221,71	63.928,93	34.319,61
Materialaufwand	13.658.814,59	11.858.858,23	12.013.308,54
Personalaufwand	664.036,83	590.256,68	586.351,50
Abschreibungen auf Sachanlagen	581,74	634,40	414,95
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.634.287,46	1.673.701,88	1.584.302,19
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	129,67	3.970,41	91,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.005,02	7.781,60	4.553,35
Sonstige Steuern	190,00	1.130,37	3.223,53
Erträge aus Verlustübernahme	820.158,72	337.814,23	710.930,24
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG



Adresse

Schwerborner Straße 30
99087 Erfurt
Telefon: 0361 6522333
E-Mail: info@windkraftthueringen.de
Website: www.windkraft-thueringen.de

Kommanditisten

14 kommunale Thüringer Energieversorger
(Stadtwerke Saalfeld GmbH – SWS- mit 7,14 %)

Komplementär:

Windkraft Thüringen Verwaltungsgesellschaft mbH, Erfurt

Gründung

Vormals Windkraft Thüringen GmbH, formwechselnde Umwandlung durch Beschluss v. 22.05.2014

Kommanditkapital

98.000,00 €

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt der Windkraft Thüringen Verwaltungsgesellschaft mbH vertreten durch:

Dipl. Kaufm. Hans-Christoph Schmidt
(bis 28.04.2022)

Dipl.-Ing. (FH) Thomas Seeger (bis 31.12.2022)

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Henning Weiß
(ab 14.10.2022)

Dipl.-Geogr. Philipp Riesmeyer (ab 01.01.2023)

Anteile an verbundenen Unternehmen

Windkraft Hornsömmern GmbH & Co. KG, 70%

Windpark Mihla GmbH & Co. KG, 100%

Windfeld Kutzleben II GmbH & Co. KG, 49,9%

Windpark Ostramondra GmbH & Co. KG, 70%

Solarpark Wollersleben GmbH & Co KG, 40 %

Kurzvorstellung des Unternehmens und Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von, sowie die Beteiligung an, Windenergieanlagen, Photovoltaikanlagen einschließlich Speichertechnologien und sonstige Infrastrukturanlagen oder Unternehmen, die Windenergieprojekte, Photovoltaikprojekte einschließlich Speichertechnologien und sonstige Infrastrukturanlagen in Thüringen, den angrenzenden Bundesländern und Brandenburg durchführen, sowie die Entwicklung, die Errichtung und die Durchführung von Windenergieprojekten, Photovoltaikprojekten einschließlich Speichertechnologien und sonstige Infrastrukturanlagen in Thüringen, den angrenzenden Bundesländern und Brandenburg. Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorschriften zu allen Geschäften berechtigt, welche zur Erreichung des Gesellschaftszwecks unmittelbar oder mittelbar geeignet oder nützlich erscheinen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen, Beteiligungen an Unternehmen treuhänderisch wahrnehmen oder Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG (WKT) ist ein Gemeinschaftsunternehmen von 14 Thüringer Energieversorgungsunternehmen. Durch die Bündelung von Finanzkraft und Know-how will das Konsortium kommunaler Energieversorger nachhaltig den Ausbau der umweltfreundlichen Stromerzeugung in Thüringen vorantreiben.

Wirtschaftsprüfer

BBH AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Erfurt

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsverlauf beträgt das Ergebnis nach Steuern 1.474.963,49 €. Der Jahresüberschuss liegt in Höhe von 723 T€ über dem Planansatz. Im Wesentlichen ist dies auf höhere Umsatzerlöse im Vergleich zum Plan

zurückzuführen. Positiv wirkten sich dabei erhöhte Direktvermarktungserlöse aus dem Projekt Immenrode aus.

Die Gesellschaft strebt weiterhin gemeinsam mit Kooperationspartnern an, weitere Windprojekte in Thüringen zu akquirieren bzw. zu entwickeln und hat hierzu Kooperationsverträge abgeschlossen. Weitere Kooperationen zur Erschließung und Planung von verteilten Windfeldern im Kernmarkt Thüringen und den angrenzenden Bundesländern und Brandenburg sind in Anbahnung bzw. Prüfung.

Das Geschäftsjahr 2022 war neben der Verfolgung der bestehenden Projektansätze in Kooperationen von der Prüfung und Umsetzung von Strategieoptionen zur Weiterentwicklung der Gesellschaft geprägt, in dem sich weiterhin stark ändernden Umfeld. In Zusammenhang mit der erweiterten Strategie steht der Start und Übernahme eines ersten in der Entwicklung befindlichen PV-Freiflächenprojektes mit ca. drei bis vier Megawatt Leistung im ersten Bauabschnitt in Nordthüringen. In diesem Zusammenhang übernahm die Gesellschaft die Kommanditanteile an der Projektgesellschaft von der TEAG Thüringer Energie AG.

Die Stillstände einer einzelnen Windenergieanlage aufgrund von technischen Störungen haben sich im Betriebsjahr 2022 auf wenige Abschaltungen reduziert. Der Grund dafür sind weiterhin vereinzelt aufgetretene technische Defekte bedingt durch das Alter. In Verbindung mit dem unterdurchschnittlichen Windaufkommen konnte der Planertrag nicht erreicht werden. Zudem deutete sich ein technischer Defekt an Großkomponenten an. Die Erlöseinbußen konnten in geringem Maße durch den Wechsel in die Direktvermarktung im Herbst 2022 ausgeglichen werden.

Lage und Ausblick

Der Großteil des Jahresergebnisses entfällt auf Erträge aus den Beteiligungen. Die um ein Jahr zeitversetzt im

Jahresergebnis der Gesellschaft wirksamen Ergebnisbeiträge des Vorjahres 2021 aus den Beteiligungen liegen auf Höhe der Prognosen. Grundlage für das Beteiligungsergebnis ist die unterdurchschnittliche Erzeugung im windschwachen Jahr 2021, die durch den gestiegenen Monatsmarktwert Wind ausgeglichen wurde.

Die im Geschäftsjahr 2022 direkt wirksamen Erlöse aus dem Projekt Immenrode lagen deutlich über dem Planansatz, was auf die Zusatzerlöse aus der Direktvermarktung und dem außerordentlichen Anstieg des Monatsmarktwert Wind zurückzuführen ist. Die Erlöse aus dem Projekt Forstwolferdsdorf lagen aufgrund einiger ungeplanter Stillstände und des leicht unterdurchschnittlichen Windjahres 2022 unterhalb des Planansatzes und konnten durch die Direktvermarktungserlöse seit Herbst 2022 nicht ausgeglichen werden.

Auf Grundlage bestehender mehrjähriger Betriebsführungs- und Wartungsverträge mit fest vereinbarten Konditionen auf Basis langfristiger Preisindizes liegen die Aufwendungen im Geschäftsjahr noch im Rahmen der Erwartungen. Damit bewegt sich der Geschäftsverlauf im Hinblick auf das Betriebsergebnis im niedrigen siebenstelligen Bereich innerhalb der Ziele.

Das strategische Ziel zum weiteren Aufbau eines Portfolios an Windkraftprojekten mit Fokus im Kernmarkt Thüringen bleibt weiterhin durch das mit hoher Käufernachfrage und geringem Projektangebot geprägte Marktumfeld erschwert. Zudem führten die notwendigen Änderungen und Neuausrichtung einerseits in der Geschäftsführung der Gesellschaft sowie bei der Überführung der Rahmenvereinbarung zur Projektakquise auf die TEAG Solar GmbH zu einer eingeschränkten Akquisetätigkeit bei neuen Projektoptionen.

Im Rahmen der auf Photovoltaik-Anlagen (PV) erweiterten Geschäftstätigkeit wurden weitere PV-Freiflächenprojekte aus Initiativen der Gesellschafter verfolgt. Die Optionen für die Erweiterung der

Wertschöpfungskette in Kooperationen und bei der Infrastruktur zum Netzanschluss werden weiterhin geprüft.

Die strategische Ausrichtung der Gesellschaft wird, um die zukünftigen Chancen zur Weiterentwicklung des Geschäfts unter Berücksichtigung der sich ändernden Marktlage mit großer Käufernachfrage einerseits und komplexer Projektentwicklung mit marktwirtschaftlichen Ausschreibungen andererseits, weiterentwickelt. Durch die politische Neubewertung zur Gewichtung von Erneuerbaren Erzeugungskapazitäten im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg in der Ukraine und dem Beschluss für einen stark beschleunigten Zubau auf Bundesebene einerseits und das auf PV-Anlagen erweiterte Geschäftsmodell andererseits ergeben sich mittelfristig zusätzliche Optionen zum Ausbau des Erzeugungsportfolios an Erneuerbare-Energien-Anlagen. In der Planung sind trotz der signifikant angehobenen und beschleunigten Ausbauziele mehrjährige Projektlaufzeiten weiterhin zu berücksichtigen, aufgrund von Engpässen in den Genehmigungsbehörden sowie den sprunghaft angestiegenen Kosten und Lieferzeiten für die benötigte Anlagentechnik.

Im Berichtszeitraum bestanden weder bestandsgefährdende Risiken noch solche mit erheblichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Für das folgende Geschäftsjahr sind bestandsgefährdende Risiken ebenfalls nicht erkennbar.

Dem Risiko unterdurchschnittlicher Windjahre mit Mindererträgen (Windindex < 100 % des langjährigen Mittelwertes) stehen im Rahmen der natürlichen Schwankungen des jährlichen Windangebotes Jahre mit überdurchschnittlichen Winderträgen (Windindex > 100 %) gegenüber. Dies betraf beispielsweise das überdurchschnittliche Windjahr 2019 im Vergleich zum unterdurchschnittlichen Windjahr 2021.

In diesen Jahren können höhere Einspeiseerlöse vereinnahmt werden. Über die technische Betriebsführung können bei konsequenter Anlagenüberwachung posi-

tive Auswirkungen auf die Lebensdauer der Anlagen erreicht sowie Stillstandsverluste reduziert und somit höhere Erlöse erzielt werden. Zumindest im Windjahr 2021 konnten das schwache Windaufkommen durch die Sondereffekte aus gestiegenen Börsenpreisen mehr als ausgeglichen werden. Es wird eingeschätzt, dass diese Situation zumindest kurzfristig Bestand haben könnte. Seit dem Windjahr 2021 konnte das schwache Windaufkommen durch die Sondereffekte aus gestiegenen Börsenpreisen mehr als ausgeglichen werden. Dieser Effekt hat sich im Berichtsjahr durch die außerordentlich angestiegenen Marktpreise fortgesetzt. Es wird eingeschätzt, dass diese Situation zumindest kurzfristig Bestand haben könnte, jedoch auf einem deutlich geringeren Niveau.

Die Anbahnung zukünftiger Projekte erfolgt über die aktive Unterstützung der Entwicklung neuer Windkraft-Potentialgebiete sowie Eignungsflächen für Solaranlagen (PV), insbesondere in Gemeindegebieten der Gesellschafter. Die neuen Projekte erhöhen wiederum nachhaltig die Ertragschancen.

Die Ausnahmesituation seit März 2020 verursacht durch den Corona-Virus (COVID-19) hat sich sukzessive im Berichtsjahr entspannt. Die zuvor teils erheblichen Auswirkungen durch allgemeine Schutzmaßnahmen der Bundesregierung sowie des Freistaates Thüringen zur Vermeidung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie reduzierten sich dementsprechend.

Für die WKT-Windparks als Bestandteil kritischer Infrastrukturen ist derzeit der Anlagenbetrieb sowie Störungsbeseitigungen sichergestellt. Es wird durch die Wartungsfirmen weiterhin regelmäßig darauf hingewiesen, dass durch den weiterhin erhöhten Krankenstand möglicherweise vereinzelt nicht sicherheitsrelevante Wartungstermine an den Windparks durch Anlagenhersteller und Servicedienstleister verschoben werden müssen.

Die Leistungen der Wartungsunternehmen in Bezug auf die Reaktionszeiten und

Einsätze (Wartungen, Reparatursätze, usw.) waren im Berichtsjahr nur geringfügig spürbar und sind vernachlässigbar. Die Entwicklung wird fortlaufend beobachtet, sodass ggfs. Maßnahmen ergriffen werden können. Zudem nimmt das Thema IT-Sicherheit in kritischen Infrastrukturen eine immer wichtigere Stellung ein. Zukünftig wird u.a. hier dauerhaft ein Augenmerk im Anlagenbetrieb liegen, um die Anlagensicherheit zu gewährleisten. Dies wird bei der Anpassung und beim Abschluss künftiger Wartungsverträge berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit den rückläufigen Einschränkungen im Wirtschaftsbetrieb, der schrittweisen Normalisierung der Lieferketten sowie allgemeinen Aufholeffekten stieg die Marktnachfrage nach Strom deutlich an, sodass sich die Zeiten mit negativen Strompreisen an den Strombörsen in 2022 weiter reduzierte.

Die mit dem Beginn des „Russland-Ukraine-Kriegs“ am 24. Februar 2022 einhergehenden faktischen Lieferstopps von russischem Erdgas und Erdöl und daraus resultierenden Verwerfungen an den europäischen Energiemärkten bestehen weiterhin fort. Nach den außerordentlich steigenden Energiepreisen waren zum Jahresende 2022 deutlich rücklaufende Erlöse zu verzeichnen. Somit bleibt die Volatilität zukünftig hoch, was sich auf die Bewertung zukünftiger Projekte auswirkt. Neben den vorgenannten Effekten auf den Strommarkt wirken sich zudem zukünftig der sprunghafte Anstieg der Inflationsraten, die nachfolgenden höheren Zinssätze bei der Aufnahme von Fremdkapital und die stark angestiegenen Investitionskosten bei neuen Projekten aus.

Im Bereich der Stromerzeugung aus Wind und Photovoltaik sehen wir im Kernmarkt Thüringen sowie den angrenzenden Bundesländern und Brandenburg langfristig noch ein signifikantes Ausbaupotential. Für das kommende Geschäftsjahr ist weiterhin geplant, im Rahmen der Kooperation mit Projektentwicklern ein oder mehrere

Windparkprojekte zu erwerben sowie weiterhin die Rahmenbedingungen für die Entwicklung und den Erwerb weiterer Windparks in den Folgejahren zu schaffen. Zudem wird das erste PV-Freiflächenprojekt vorangetrieben und Ansätze für weitere PV-Projekte bei Gesellschaftern geprüft.

Weitere Ausbaupotentiale der Windenergieerzeugung, insbesondere in Thüringen, ergeben sich im Rahmen der Fortschreibung der Regionalplanung zukünftig in neu auszuweisenden Windvorrangflächen. Die Veröffentlichung der offenen Regionalpläne Nord- und Südwestthüringen beschleunigt sich und ist aus aktueller Sicht spätestens im Jahr 2024 zu erwarten. Die bereits bestandskräftigen Regionalpläne Mittelthüringen und Ostthüringen (Bestandskraft seit Dezember 2018 und Dezember 2020) werden mit ihrer restriktiven Flächenausweisung absehbar erneut fortgeschrieben werden müssen, um weitere Flächenpotentiale zu erschließen. Nur so kann der Freistaat Thüringen die Mindestanforderungen aus dem Wind-an-Land-Gesetz mit 1,8 % Flächenanteil bis 2027 erfüllen. Für den zügigen Ausbau der regenerativen Erzeugungskapazitäten über neue Flächenpotentiale für Wind und PV werden zudem beschleunigte Genehmigungsverfahren forciert.

Durch Kooperation mit leistungsfähigen Projektentwicklern und insbesondere der TEAG Solar GmbH als neuen Partner können potenzielle Wind- und PV-Eignungsflächen gemeinsam entwickelt bzw. frühzeitig gesichert und entwickelt werden. Die grundlegenden Tätigkeiten zur Ausweitung des Geschäftes und zur Verlängerung der Wertschöpfungskette werden weiterhin verfolgt und Optionen zur effizienten Umsetzung im Zusammenhang mit der Realisierung von PV-Projekten geprüft

Grundlage des Betriebes von Windkraftanlagen ist nach wie vor die vorrangige Einspeisung und Vergütung des erzeugten Stromes nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Zunehmend steigen der Einfluss und die Ertragschancen durch Direktvermarktung der Grünstrommengen. Im Zusammenhang mit Anpassungen an EU-Vorgaben sowie der beabsichtigten sukzessiven Marktintegration der Erneuerbaren Energien erhöhen sich Komplexität und Anforderungen bei zukünftigen Projekten. Zukünftig neu errichtete Anlagen werden zu fortlaufend veränderten Marktbedingungen in das Stromnetz einspeisen. Jedoch wurde andererseits mit der Systemumstellung des EEG 2017 teilweise für Windparkprojekte das Standortgüte-Risiko des jährlichen schwankenden Windangebotes über einen neuen, nachträglichen Ausgleich im 5-Jahres-Rhythmus reduziert.

Derzeit wird abgeschätzt, dass sich die Einschränkungen im Zusammenhang mit COVID-19 weiter reduzieren. Dem gegenüber sind in Folge der erhöhten Inflationsraten nachhaltig steigende Investitionskosten einschließlich der Finanzierungszinsen bei Neuprojekten zu erwarten. Für die Bestandsprojekte ergeben sich Auswirkungen durch steigende Betriebskosten vor allem bei den Preisanpassungen der Wartungsverträge und im Bezug für Stromeigenbedarf.

In den Windparkbeteiligungen geht die WKT für das Jahr 2023 von einem positiven Ergebnis mit Auszahlung weiterer Dividenden aus, welche trotz des unterdurchschnittlichen Windaufkommens auf Jahressicht im Windjahr 2022 aufgrund der erhöhten Marktwerte am Strommarkt weit über Planansatz ausfallen.

Insgesamt rechnet die Gesellschaft nach aktuellen Planungen für das Jahr 2023 von einem positiven Jahresergebnis, etwa in doppelter Höhe des Vorjahreswertes, aufgrund der sich zeitversetzt auswirkenden Ergebnisrückflüsse aus den Beteiligungsprojekten.

Personal

Die Geschäftsführer sind im Nebenamt tätig. Weitere Arbeitnehmer waren nicht beschäftigt.

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	13.683.386,99	14.415.166,78	14.979.376,54
Umlaufvermögen	4.281.576,28	3.363.075,11	3.103.021,83
Rechnungsabgrenzungsposten	34.022,97	29.493,24	36.650,22
Σ Aktiva	17.998.986,24	17.807.735,13	18.119.048,59
Eigenkapital	16.696.774,01	16.417.188,92	16.550.200,24
Rückstellungen	166.922,26	90.364,30	106.236,87
Verbindlichkeiten	1.135.289,97	1.300.181,91	1.462.611,48
Σ Passiva	17.998.986,24	17.807.735,13	18.119.048,59

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	947.939,84	648.628,21	679.263,46
Sonst. betriebl. Erträge	1.333,47	2.274,78	0,00
Materialaufwand	304.558,75	306.612,87	329.144,52
Abschreibungen	320.698,50	318.954,00	318.851,23
Sonstige betriebliche Aufwendungen	107.090,12	129.095,19	100.302,39
Erträge aus Beteiligungen Davon aus verbundenen Unternehmen 1.694.046,40 € (Vorjahr: 736.616,80 €)	1.540.244,42	1.588.836,23	1.694.046,40
Abschreibungen auf Finanzanlagen	245.255,76	245.255,76	245.255,76
Zinsen und ähnliche Aufwendungen Davon Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen 2.050,54 € (Vorjahr 1.714,85 €)	36.951,11	44.443,00	51.366,24
Jahresergebnis	1.474.963,49	1.195.378,40	1.328.389,72

Wärmegesellschaft mbH Saalfeld



Wärmegesellschaft mbH Saalfeld

Adresse

Remschützer Straße 42
07318 Saalfeld/Saale
Telefon: 03671 5900
Telefax: 03671 590111

Gesellschafter

Wohnungsbau- u. Verwaltungsgesellschaft
Saalfeld/Saale mbH, 52 %
Stadtwerke Saalfeld GmbH, 24 %
TEAG Thüringer Energie AG, 24 %

Gründung

9. Juni 1994

Stammkapital

77.500,00 €

Geschäftsführung

Alexander Kronthaler

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Alfred Weber

Stellvertretung

Cordula Wiegand

Weitere Mitglieder

Bettina Fiedler

Dr. Steffen Kania

Dr. Andreas Roß

Mitglieder Gesellschafterversammlung

Alfred Weber

Dr. Steffen Kania

Dr. Andreas Roß

Cordula Wiegand

Beteiligungen

Keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Die WGS – Wärmegesellschaft mbH Saalfeld (im Folgenden kurz „WGS“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist Erzeuger und Verteiler von Wärme und Fernwärme im Gebiet der Stadt Saalfeld/Saale. Zum Kundenkreis der Gesellschaft gehören hauptsächlich Wohnungsbaugesellschaften, Schulen und Gewerbetreibende. Die Gesellschaft versorgt in zwei Stadtgebieten: einerseits im Stadtteil Gorndorf, andererseits im Gebiet Rainweg/Lessingstraße. Beide Gebiete verfügen über unabhängige Versorgungsnetze.

Zwischen der WGS und der Gesellschafterin Stadtwerke Saalfeld GmbH (im Folgenden kurz „SWS“ genannt) besteht seit dem 1. Juli 1994 ein Dienstleistungsvertrag über die kaufmännische und technische Verwaltung. Danach übernimmt die SWS die Vorbereitung, Pflege und Anpassung von Wärmelieferverträgen für Sondervertragskunden, die Finanzbuchhaltung, die Rechnungsbearbeitung für Sonderkunden und die Erstellung des Jahresabschlusses einschließlich der Quartalsberichte, Steuererklärungen und –anmeldungen sowie Wirtschaftspläne, die Versicherungsbearbeitung und die technische Betreuung der Heizhäuser und des BHKWs einschließlich der Versorgungsleitungen.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2022 wurden 18.923,83 MWh (Vorjahr: 22.105,38 MWh) Wärme an die Kunden geliefert. Davon entfielen auf das Versorgungsgebiet Gorndorf 15.927,00 MWh (Vorjahr: 18.616,77 MWh) und auf das Versorgungsgebiet Rainweg/Lessingstraße 2.996,83 MWh (Vorjahr: 3.488,61 MWh).

Im Berichtszeitraum wurden in den BHKWs am Rainweg 577,247 MWh (Vorjahr: 331,794 MWh) Strom erzeugt und in das Netz der Saalfelder Energienetze GmbH eingespeist.

Die Abdeckung des Wärmebedarfs der Endkunden erfolgt weitestgehend durch Eigenerzeugung. Darüber hinaus benötigte Wärmemengen werden von der SWS bezogen.

Im Geschäftsjahr 2022 verringerte sich die abgegebene Wärmemenge an die Endkunden gegenüber dem Vorjahr um 3.181,55 MWh oder 14,39 %. Die dazugehörigen Umsatzerlöse erhöhten sich um 67 T€ oder 3,21 %. Korrespondierend erhöhten sich die Kosten aus Eigenerzeugung und Fremdbezug gegenüber dem Vorjahr um 6,67 %. Der energiewirtschaftliche Rohertrag verbesserte sich im Berichtszeitraum um 13,72 % oder 110 T€.

Lage und Ausblick

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft wird durch die Geschäftsführung positiv bewertet. Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022 konnte übertroffen werden. Gegenüber der Planung wurde ein um 113 T€ besseres energiewirtschaftliches Rohergebnis erwirtschaftet.

Die Fremdleistungen lagen um 20 T€ unter dem Planwert, somit wurde insgesamt ein um ca. 19 % besseres Rohergebnis realisiert. Die Verringerung der Fremdleistungen gegenüber der Planung liegt darin begründet, dass die Planung eine Sicherheitsreserve für außerplanmäßige Unterhaltsmaßnahmen, insbesondere für das Leitungsnetz, enthielt, welche jedoch nicht beansprucht werden musste. Der erwirtschaftete Jahresüberschuss liegt um 121 T€ oder 53,63 % über dem Planwert. Die Verbesserung liegt im Wesentlichen im höherem energiewirtschaftlichen Ergebnis begründet und hier insbesondere in den höheren Erlösen aus Stromverkauf, einerseits aufgrund der Zunahme der KWK-Stromerzeugung durch die Inbetriebnahme neuer BHKWs, andererseits durch den stark gestiegenen KWK-Index.

Die Gesellschaft hat zur Entlastung der Fernwärmekunden für den Monat

Dezember die Entlastungsbeträge nach dem Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz in Höhe von 205 T€ beantragt und, wie im Gesetz vorgeschrieben, an die Endkunden im Dezember 2022 ausgezahlt.

Das Rohergebnis, bestehend aus energiewirtschaftlichem und sonstigem Ergebnis, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 104 T€ oder 13,65 %. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus höheren Erlösen aus dem Verkauf von erzeugtem Strom aufgrund der Entwicklung des KWK-Index. Außerdem ist durch die Inbetriebnahme des BHKW Rainweg die erzeugte Strommenge ebenfalls gestiegen. Korrespondierend dazu sind die Bezugskosten gestiegen.

Diese Entwicklung führte bei einem um 17 T€ gestiegenen Betriebsaufwand (bestehend aus Personalaufwand, Abschreibung und sonstige betriebliche Aufwendungen) gegenüber dem Vorjahr zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses um 21,29 %.

Das Ergebnis nach Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 20,89 %.

Über die Verwendung des Jahresergebnisses 2022 in Höhe von 347.198,93 € hat gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages die Gesellschafterversammlung zu entscheiden.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Finanzlage hat sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig entwickelt. Der Finanzmittelbestand betrug zum 31. Dezember 2022 309 T€, während der Bestand zum Vorjahresstichtag 546 T€ betrug. Ursache ist einerseits die stichtagsbedingte Verschiebung der Zahlungszuflüsse von den Kunden, andererseits erfolgten im Laufe des Jahres 2022 weitere Investitionen, für die die Fremdmittel bereits im Jahr 2021 aufgenommen und erst im Jahr 2022 verbraucht wurden.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verringerte sich um 10 T€. Hauptursache für diese Entwicklung sind im Vergleich zum Vorjahresstichtag die höheren Bestände an Forderungen und Verbindlichkeiten.

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 414 T€ getätigt, denen Abschreibungen in Höhe von 145 T€ gegenüberstehen.

Die Investitionen liegen um 126 T€ über dem Wirtschaftsplanansatz, da die Investitionen in die Erzeugungsanlagen coronabedingt teilweise im Jahr 2021 nicht mehr wie geplant realisiert werden konnten und aus diesem Grund in das Jahr 2022 verschoben werden mussten.

Das im Geschäftsjahr 2022 erreichte energiewirtschaftliche Ergebnis liegt, wie bereits berichtet, sowohl über dem prognostizierten als auch über dem Vorjahresergebnis.

Wesentliche Änderungen in der Geschäftspolitik sind durch die Gesellschaft nicht geplant.

Für das Geschäftsjahr 2023 sind Investitionen in Höhe von 276 T€ geplant. Die Investitionen betreffen hauptsächlich den Ersatz eines Teilabschnittes der alten Heiztrasse in der Lendenstreichstraße in Gorndorf, die Ertüchtigung der MSR-Technik für die Netzpumpen in Gorndorf sowie die Anschaffung von Wärmemengenzählern.

Aufgrund der langfristig geschlossenen Lieferverträge mit den Endkunden ist der Fortbestand der Gesellschaft gesichert. Im Jahr 2017 wurde mit einem Großteil der Kunden neue Verträge abgeschlossen.

Die Gesellschaft wird nach derzeitigen Kenntnissen auch im Jahr 2023 stets in der Lage sein, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die derzeitige Planung für das Geschäftsjahr 2023 beruht auf einer durchschnittlichen Mengenplanung auf Basis von Erfahrungswerten bei einem

weitestgehend durchschnittlichen Witterungsverlauf.

Die Wärmeabgabemengen lagen in den Monaten Januar und Februar 2023 um ca. 290 MWh unter den Planmengen. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Abgabemenge witterungs- und einsparbedingt um ca. 5,3 %.

Da das erste und vierte Quartal eines jeden Jahres die absatzstärksten Monate umfasst, gehen wir – für die übrigen Monate des Jahres 2023 einen weitestgehend normalen Witterungsverlauf vorausgesetzt und trotz der gegenüber dem Vorjahr milderen Monate Januar und Februar – davon aus, im Jahr 2023 ein Ergebnis in Höhe der Wirtschaftsplanung zu erreichen.

Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Ein Großteil der Wärme wird an Kunden von Wohnungsgesellschaften abgegeben. Auch die Wohnungswirtschaft ist an der Umsetzung der Energiewende beteiligt. Um im bestehenden Wohnungsbestand einen höheren Wohnkomfort zu erreichen, ist immer auch eine energetische Sanierung erforderlich. Fragen zum Klimaschutz und damit verbunden der sparsame Einsatz von Ressourcen und die Energieeinsparung haben einen hohen Stellenwert. Für die WGS bedeutet dies, wie bereits in den Vorjahren, weiterhin das Risiko sinkender Abgabemengen und dadurch die Verringerung des Betriebsergebnisses.

Im Jahr 2021 wurde der zwischenzeitlich überdimensionierte, technisch veraltete und störanfällige Kessel III (Inbetriebnahme 1995) durch einen modernen, leistungsvariabel fahrbaren Heizkessel mit maximal 3 MW Wärmeleistung ersetzt. Aufgrund der geringen Leistung und einer neuen Brennertechnologie wird das Regelverhalten verbessert und die Anlagenauslastung optimiert.

Am Standort Rainweg wurde im Jahr 2020 das Bestands-BHKW (Inbetriebnahme 2011) außer Betrieb genommen und durch

ein neues Modul mit moderneren Standards für Effizienz und Umweltschutz ersetzt. Im Rahmen des Austauschs im Jahr 2020 erfolgten die Vorinstallationen für zwei weitere Hocheffizienz-Module (je 50 kW_{el}), welche in den Folgejahren 2021 und 2022 in Betrieb genommen wurden. Um die Laufzeit der Module zu erhöhen und eine gleichmäßige Fahrweise zu gewährleisten, erfolgte die Installation eines 10-m³-Wärmespeichers.

Nach Abschluss aller Maßnahmen wird ein KWK-Anteil von über 50 % in den bestehenden Wärmenetzen erreicht.

Künftige Baumaßnahmen und daraus folgende Anbindungen an das Leitungsnetz oder Netz-erweiterungen der Fernwärmenetze werden durch neue Vorgaben aus dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz i. V. m. der Energieeffizienzrichtlinie sowohl aus energetischer als auch wirtschaftlicher Sicht wesentlich anspruchsvoller in der Umsetzung werden.

In Deutschland ist am 31. August 2021 die Novelle des Klimaschutzgesetzes mit verschärften Vorgaben zur Treibhausgasneutralität in Kraft getreten. Danach soll bereits bis zum Jahr 2030 der Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 % gegenüber 1990 verringert werden. Bis zum Jahr 2040 liegt das Minderungsziel bei mindestens 88 % und ab 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreicht haben. Bis zum Jahr 2020 konnte in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen um 41,3 % gegenüber dem Referenzjahr 1990 reduziert werden. Jedoch stiegen im Jahr 2021 die Treibhausemissionen gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %. Neben den Bereichen Strom, Kälte und Verkehr müssen auch im Bereich Wärmeversorgung fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht eine konsequente Weiterentwicklung des Klimaschutz-Sofortprogramms mit den entsprechenden Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen noch im Jahr 2022 vor.

In Deutschland ist am 31. August 2021 die Novelle des Klimaschutzgesetzes mit verschärften Vorgaben zur Treibhausgasneutralität in Kraft getreten. Danach soll bereits bis zum Jahr 2030 der Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 65 % gegenüber 1990 verringert werden. Bis zum Jahr 2040 liegt das Minderungsziel bei mindestens 88 % und ab 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreicht haben. Bis zum Jahr 2020 konnte in Deutschland der Ausstoß von Treibhausgasen um 41,3 % gegenüber dem Referenzjahr 1990 reduziert werden. Jedoch stiegen im Jahr 2021 die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Vorjahr um 4,5 %. Neben den Bereichen Strom, Kälte und Verkehr müssen auch im Bereich Wärmeversorgung fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht eine konsequente Weiterentwicklung des Klimaschutz-Sofortprogramms mit den entsprechenden Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen noch im Jahr 2022 vor.

Durch das Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Thüringer Klimagesetz – ThürKlimaG) vom 18.12.2018 besteht für Fernwärmeversorgungsunternehmen die Verpflichtung, ein Konzept zu entwickeln, welches an dem Ziel der nahezu klimaneutralen Wärmeversorgung bis zum Jahr 2040 ausgerichtet ist (§ 8 Kommunalen Klimaschutz und öffentliche Fernwärmeversorgung). Die große Herausforderung besteht hierbei, diese Maßnahmen unter Einhaltung der in § 4 genannten Kriterien der Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zu realisieren. Die Abgabe der Wärmestrategie 2040 der WGS erfolgte im Dezember 2022. Mit Stand 22. Juni 2021 wurde die „Thüringer Landesstrategie Wasserstoff“ fortgeschrieben. Im Jahr 2023 erfolgte die Fortsetzung des Projektes unter dem Projektnamen „TH₂ECO“ (Thüringer H₂ Ecosystem), unter dem sich namenhafte Thüringer Unternehmen u. a. aus der Energiebranche zusammengeschlossen

haben, um die Erzeugung, den Transport und den Einsatz von grünem Wasserstoff weiter voranzutreiben. Sollte die Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff in Thüringen flächendeckend zum Tragen kommen, ist ein intensiver Ausbau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen notwendig.

Es bleibt jedoch auch festzuhalten, dass die Erzeugung von grünem Wasserstoff derzeit sehr energieintensiv ist und nicht alle momentan zur Verfügung stehenden Produktionstechnologien die notwendige Marktreife besitzen, um wettbewerbsfähig zu sein. Als wesentliche Aufgabe bleibt künftig, die kostenseitigen Auswirkungen der Umsetzung der Klimaschutzziele auf die WGS und deren Kunden zu beobachten und entsprechend realistische Umsetzungsvarianten zu entwickeln. [Quelle: Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP NORD/LB – Wasserstoffwirtschaft: Chancen, Herausforderungen und Grenzen vom 3. Mai 2021 Thüringer Landesstrategie Wasserstoff vom 22. Juni 2021 Gesetzesnovelle zum Klimaschutzgesetz 2021; in Kraft getreten am 31. August 2021 Veröffentlichung Agora Energiewende vom 7. Januar 2022 unter dem Titel: „Deutschland entfernt sich 2021 vom Klimaziel“]

Die etwa ab dem zweiten Halbjahr 2021 begonnene Preisrallye an den Rohstoffmärkten fand mit dem Beginn des Ukraine-Krieges in den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 im gesamten Geschäftsjahr 2022 eine traurige Fortsetzung. Der gesamte Beschaffungszeitraum in 2022 sowie für das Lieferjahr 2023 war durch ein von drohender Mangellage und Risikoauflagen gekennzeichnetes Preisniveau geprägt. Die befürchtete Gasmangellage ist aufgrund von Ersatzbeschaffungen und milden Temperaturverläufen bisher nicht eingetreten. Bei einer möglicherweise eintretenden Gasmangellage, welche für den Winterzeitraum 2023/2024 nicht ausgeschlossen werden kann, gelten die Kunden der Gesellschaft als „geschützte Kunden“; somit sollte die Wärmeversorgung nicht von eventuellen

Abschaltungszwangmaßnahmen betroffen sein. Aufgrund der derzeitigen Füllstände der deutschen Gasspeicher sind Abschaltungen in diesem Winter aus derzeitiger Sicht weniger wahrscheinlich. Über notwendige Abschaltungen entscheidet der Bundeslastverteiler (Bundesnetzagentur).

Zum Jahresende 2022 gaben die Beschaffungspreise für Erdgas spürbar nach. Sollte sich dieser Trend innerhalb des Jahresverlaufes 2023 fortsetzen, ständen jedoch weiterhin Werte um mehr als das Doppelte zum Vorkrisenniveau im Raum. Die auch für Wärmelieferungen geltenden gesetzlichen Preisbremsen mindern diese Entwicklung für das gesamte Jahr 2023 etwas ab und kommen somit letztendlich zielgerichtet, teilweise über die Wohnungswirtschaft, direkt beim Letztverbraucher an. Alle Kunden der Gesellschaft wählten in 2023 feste Arbeitspreise zur Belieferung. Diese konnten aufgrund der Beschaffungsstrategie deutlich unter dem wahlweise formelbasierten Indexniveau angesetzt werden.

Aufgrund der Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Gesellschaft sind bestandsgefährdende Risiken derzeit nicht erkennbar.

Der Witterungsverlauf eines jeden Jahres wirkt sich auf das Abnahmeverhalten der Endkunden aus. Bei einer langanhaltend milden Witterung kann sich dies negativ auf das Rohergebnis und in der Endkonsequenz auch auf den Jahresüberschuss auswirken, bei langanhaltend kalten Witterungsperioden kann ein gegenteiliger Effekt eintreten.

Die hohen Qualitätsansprüche setzt die Gesellschaft durch interne Ablaufkontrollen und Prozessüberwachungen durch.

Mit den Kunden der WGS bestehen seit vielen Jahren Geschäftsbeziehungen. Der Kundenstamm ist sehr solvent. Forderungsausfälle sind eine Ausnahme. Zur Absicherung von Forderungsausfällen ist ein Mahnwesen installiert.

Chancen bestehen für die Gesellschaft in Baumaßnahmen innerhalb des Versorgungsgebietes, beispielsweise Seniorenheime, betreutes Wohnen oder weitere Wohnblöcke sowie die geplante Erschließung einer Wohngebietserweiterung am Rainweg/Weststraße.

Personal

Das Unternehmen beschäftigte im Jahr 2022 lediglich den Geschäftsführer.

	2022	2021	2020
Geschäftsführung		1	1

Bilanz (Euro)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	1.778.738,28	1.509.547,29	982.449,43
Umlaufvermögen	790.878,70	970.296,31	823.574,75
Rechnungsabgrenzungsposten	519,73	507,90	1.991,20
Σ Aktiva	2.570.136,68	2.480.351,50	1.808.015,38
Eigenkapital	1.516.932,07	1.419.733,14	1.322.644,58
Ertragszuschüsse	69.993,00	74.055,00	78.117,00
Rückstellungen	109.564,54	48.710,84	7.110,70
Verbindlichkeiten	873.647,07	937.852,52	400.143,10
Σ Passiva	2.570.136,68	2.480.351,50	1.808.015,38

Gewinn- und Verlustrechnung (Euro)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse	2.366.115,73	2.168.089,19	1.844.734,72
Sonstige betriebliche Erträge	2.960,98	5.668,65	2.701,39
Materialaufwand	1.500.421,06	1.409.406,76	1.171.001,91
Personalaufwand	11.058,95	10.930,21	10.856,42
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände u. Sachanlagen	144.468,97	120.782,96	118.354,86
Sonstige betriebliche Aufwendungen	214.907,32	221.869,21	259.740,32
Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	3.782,82	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.962,33	2.900,88	2.860,90
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	146.304,00	123.833,64	84.298,59
Sonstige Steuern	755,15	728,44	728,42
Jahresergebnis	347.198,93	287.088,56	199.594,69

KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG



Adresse

Alfred-Hess-Straße 37
99094 Erfurt

Telefon: 0361 6020670

Telefax: 0361 6020675

E-Mail: info@kdgt.de

Website: www.kebt.de

Aktionäre

- 54,84 % (1.389.563 Stück A-Aktien)
Kommunaler Energiezweckverband
Thüringen,
- 20,19 % (511.443 Stück B-Aktien)
Kommunaler Energiezweckverband
Thüringen,
- 14,27 % (361.690 Stück) Kommunen,
- 5,67 % (143.733 Stück) Kommunale
Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen
mbH,
- 0,02 % (429 Stück) Gemeinde- und
Städtebund Thüringen,
- 5,01 % (127.033 Stück) Eigene Anteile
der KEBT AG

Stammkapital

2.670.729,64 €,
eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien
(2.022.448 Stückaktien Aktiengattung A;
511.443 Stückaktien Aktiengattung B)

Vorstand

Peter Hengstermann (bis 31.12.2021)

Stefan Reindl

Mitglieder Aufsichtsrat

Vorsitz

Sven Gregor

Stellvertretung

Thomas Weigelt

Weitere Aufsichtsratsmitglieder

Olaf Czernomoriez

Franka Hitzing

Frank Schmidt (ab 22.01.2021)

Ralf Rusch

Marco Seidel

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG) und ggf. ihren jeweiligen Rechtsnachfolgern („Beteiligungsgesellschaften“) und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Gründung am 14. Juli 2005 (durch Umwandlung der KGVT Kommunale Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH und Umfirmierung der KGVT Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen AG entstanden).

Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger

lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der TEAG Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Weiterhin unterstützt die KEBT AG durch ihre Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH ihre kommunalen Aktionäre bei der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus und somit beim Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes.

Beteiligungsanteil

Die Stadt Saalfeld/Saale hat im Jahr 2022 unmittelbar einen Anteil von 0,0113 % (286 KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro je Aktie.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 5.214,00 € (im Vorjahr: 5.214,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 14. Juli 2022 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 69.320.768,78 Euro eine Bruttodividende in Höhe von 5,05 Euro pro Stückaktie (netto 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.571.845,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten, 30.000.000,00 Euro in andere Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 29.748.923,03 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 21. Juli 2022 erfolgt.

Geschäftsverlauf (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2022)

„... Die KEBT AG ist zum Bilanzstichtag unverändert mit 82,15 % an der TEAG sowie mit 20 % an der TGG beteiligt.

An der KEBT AG selber sind zum Bilanzstichtag 252 kommunale Aktionäre beteiligt. Der größte Anteilseigner ist hierbei mit rd. 79 % der Stimmrechtsanteile der Kommunale Energiezweckverband Thüringen - KET -, ein Zusammenschluss von wiederum 351 Gemeinden und Städten.

Die TEAG ist ein großer Energieversorger in Thüringen und für die zuverlässige und sichere Versorgung von Privat-, Gewerbe-, Industriekunden sowie von öffentlichen

Einrichtungen mit Strom, Erdgas, Wärme und weiteren Dienstleistungen verantwortlich. ...

Die KEBT AG bündelt weiterhin die Aktienmehrheit ihrer kommunalen Aktionäre an der TEAG und unterstützt sie bei der Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Interessenvertretung. Weiterhin unterstützt die KEBT AG ihre kommunalen Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und der Darbietung einer sicheren Energieversorgung. Hierzu hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 auch an der Thüringer Glasfaser-gesellschaft beteiligt.

Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, ihre Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG zu halten und durch die Erzielung von Beteiligungserträgen den Kaufpreis schnellstmöglich zurück zu zahlen.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG. Die TEAG-Unternehmensgruppe ist ein Energie-Dienstleistungsunternehmen mit Systemverantwortung in Thüringen und zählt mit über 500.000 Kunden bundesweit zu den größten kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb umfasst das Geschäftsmodell der TEAG weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Dabei erbringt die TEAG-Unternehmensgruppe ihre Leistungen sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten.

Mit 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, verteilt auf 24 Standorte, ist der TEAG-Konzern flächendeckend in Thüringen vertreten. Die regionale Verbundenheit zeigt sich durch die dezentrale Struktur und der damit einhergehenden Kundennähe sowie der kommunalen Eigentümerstruktur. Aktuell sind ca. 620 Thüringer Kommunen mit

insgesamt 84,8 Prozent an der TEAG beteiligt.

Der TEAG-Konzern umfasst neben der TEAG als Mutterunternehmen, insgesamt 60 Beteiligungen an Stadtwerken, Energie- und Dienstleistungsunternehmen. Die Geschäftsgrundlage des TEAG-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, 450 MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität und Wasser (inkl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEAG-Tochtergesellschaften TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Thüringer Netkom GmbH und TWS Thüringer Wärme Service GmbH. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein rund 6.600 km langes und eigenes bzw. angemietetes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen knapp 9.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität ist die TEAG für den Betrieb von mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normal-ladepunkte verantwortlich.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft wurde insbesondere durch die Auswirkungen der Ukraine- und Energiemarktkrise geprägt. Die anhaltende Corona-Pandemie führte weiterhin zu Verzögerungen in den globalen Lieferketten. Mit den herausfordernden geopolitischen Rahmenbedingungen verkomplizierte sich branchenübergreifend die Situation der - von ihren Außenhandelsbeziehungen stark abhängigen - deutschen Volkswirtschaft. Die hohen Inflationsraten, in Verbindung mit dem extremen Anstieg beim Bezug von Raum- und Prozesswärme sowie der Verknappung energieintensiver Rohstoffe und Vorprodukte, stellten viele Unternehmen vor große Herausforderungen.

Im letzten Quartal des Jahres lag die durchschnittliche Inflationsrate nach Verbraucherpreisindex bei rund 10 Prozent. Mit der Intention, das Inflationswachstum zu stoppen, hob die Euro-

päische Zentralbank ihren Leitzins nach Jahren der Niedrigzinspolitik mehrfach an. Infolge der Zinserhöhungen waren und werden viele Unternehmen von entsprechenden Zinsänderungsrisiken betroffen sein, die Kosten für Unternehmenskredite steigen. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen der Energiemarktkrise und der hohen Inflation zu begrenzen, beschloss die Politik verschiedene Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. Für das Geschäftsjahr 2022 geht das ifo-Institut unter Einbeziehung der politischen Konjunkturmaßnahmen, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes von +1,8 Prozent aus (Vorjahr: +2,7 Prozent). Die Thüringer Wirtschaft wuchs im Berichtszeitraum um +1,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote im Freistaat lag bei 5,3 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent).

Russland galt lange Zeit als einer der wichtigsten Versorger der EU-Staaten mit fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas. Noch bis vor Kurzem importierte die Bundesrepublik Deutschland einen Großteil ihres jährlichen Primärenergieverbrauches aus Russland. Die Abhängigkeit beim Gas lag dabei ungleich höher als bei Öl oder Kohle; hier beliefen sich die Importmengen auf rund 55 Prozent des Gesamtbedarfs (gegenüber 34 Prozent Öl, 26 Prozent Kohle). Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges und Inkrafttreten der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, kam es im Jahresverlauf zu einer drastischen Reduktion der Importmengen, insbesondere im Gasbereich. Dies führte, begleitet von weiteren, krisenverschärfenden Effekten (wie etwa einem bereits zum Ende des Vorjahres gehobenen Energiepreisniveau sowie geringeren Einspeisemengen aus norwegischen Wasserkraft- und französischen Atomkraftwerken in den europäischen Binnenmarkt) zu einer in ihrer Dimension historisch einmaligen und weitreichenden Energiemarktkrise in Deutschland und Europa. Binnen kürzester Zeit vervielfachten sich die Einkaufspreise für Primärenergie und gipfelten, insbesondere im dritten Quartal

des Geschäftsjahres, in immer neuen Preisextremen.

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftszweiges deutlich gewandelt, wobei insbesondere die rechtlichen Grundlagen der Energiewirtschaft einer hohen Veränderungsdynamik unterlagen. Die deutschland- und europaweiten Energiemärkte waren starken Volatilitäten und, als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, auch grundlegenden Veränderungen unterworfen. Zunehmend rückte dabei die Frage nach einer energiepolitischen Unabhängigkeit von Russland in das Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit. Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen waren außen- und sicherheitspolitisch motiviert. Dort, wo bereits die pandemiebedingten Voraussetzungen des neuen Geschäftsjahres große planerische Hürden und Unwägbarkeiten mit sich geführt hatten, multiplizierten sich die Unsicherheiten mit Ausbruch der Energiemarktkrise um ein Vielfaches.

Neben den direkten Marktveränderungen wurde das Geschäftsjahr v. a. auch durch eine Vielzahl neuer Gesetzesinitiativen und -pakete geprägt. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette der TEAG-Unternehmensgruppe nahm die Zahl neuer gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen erheblich zu; was mitunter detail- und aufwendungsreiche Anpassungsmaßnahmen in allen Geschäftsbereichen erforderte. Besondere Herausforderungen ergaben sich zuweilen aus den teils sehr engen politischen Regelungsintervallen.

Im Verlauf des Geschäftsjahres kam es zu einem eingehenden Wandel zahlreicher wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft in Deutschland und Europa. Zahlreiche Planungsprämissen standen, teils auch unvermittelt, zur Disposition. Die Grundlagen einer erfolgreichen Geschäftsentwicklung der TEAG-Unternehmensgruppe, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Marktumbrüche, liegen dabei auch in der Schaffung eines

stabilen und kohärenten ordnungspolitischen Handlungsrahmens.

Der prognostizierte, planmäßige Geschäftsverlauf wurde eingehalten. Für die an der TEAG gehaltene Beteiligung hat die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum wieder eine Gewinnausschüttung erhalten.

Die Anzahl der kommunalen Anteilseigner betrug zum Bilanzstichtag unverändert 252 Aktionäre.

An die kommunalen Aktionäre wurde wie schon in den Vorjahren eine Dividende in Höhe von brutto 5,05 € / KEBT-Aktie (in Summe € 9.571.845,75) ausbezahlt.

Die unverändert positive Ertragslage führte im Geschäftsjahr 2022 zu einem erneut leicht gestiegenem Jahresüberschuss von T€ 41.787 (Vorjahr: T€ 41.035). Bedingt durch den Unternehmenszweck ist der Jahresüberschuss wieder im Wesentlichen durch die erfolgte Dividendenausschüttung für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (T€ 48.615, Vorjahr T€ 48.615) entstanden. Haupteinflussfaktor auf die Ertragslage waren erneut die insbesondere im Rahmen des Gesellschafterdarlehens zu zahlenden Zinsen (T€ 5.975, Vorjahr T€ 6.697). Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu beurteilen.

Vermögensstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	in T€	in T€	in T€
Langfristige Investitionen	576.111	579.109	-2.998
Kurzfristiges Vermögen	2.832	2.921	-89
Gesamtvermögen	578.943	582.030	-3.087

Kapitalstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	Eigenkapital	323.824	291.609
Langfristiges Fremdkapital	222.742	254.263	-31.521
Kurzfristige Fremdkapital	32.377	36.158	-3.781
Gesamtkapital	578.943	582.030	-3.087

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.087 auf T€ 578.943 (Vorjahr: T€ 582.030) verringert.

Die langfristigen Investitionen haben sich im Berichtszeitraum bedingt durch die

Beteiligung in Höhe von 20 % an der Thüringer Glasfasergesellschaft (T€ 1.000) und durch die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 4.000 in Summe auf T€ 576.111 reduziert. Dieses Gesellschafterdarlehen hat eine Gesamtlaufzeit bis zum Jahr 2029 und zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 10.000. Die Vergabe dieses Darlehens erfolgt im Jahr 2021 insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von Verwahrentgelt.

Das kurzfristige Vermögen verringerte sich leicht um T€ 89 im Bereich der flüssigen Mittel auf T€ 2.827 (Vorjahr: T€ 2.916). Dies war bedingt durch eine weitere Sondertilgung des gestundeten Kaufpreises gegenüber des KET in Höhe von T€ 5.000; gegenläufig hat sich die Tilgung in Summe von T€ 4.000 des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens ausgewirkt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (T€ 41.787) auf T€ 323.824. Die Ausschüttung an die kommunalen Aktionäre (T€ 9.572) ist darin enthalten. Das langfristige Fremdkapital verringerte sich durch die planmäßige Tilgung (T€ 30.784) und die Sondertilgung (T€ 5.000) des durch den Gesellschafter KET gestundeten Kaufpreises für die TEAG-Aktien auf T€ 222.742. Das kurzfristige Fremdkapital reduzierte sich um T€ 3.982. Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass für das kommende Geschäftsjahr keine Sondertilgung in Höhe von T€ 5.000 vorgesehen ist.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2022 beträgt 56,0 % (Vorjahr 50,1 %).

Zum Bilanzstichtag sind die langfristigen Investitionen (T€ 576.111) mit Eigenkapital (T€ 323.824) sowie lang- und kurzfristigem Fremdkapital (T€ 255.118) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von T€ 2.832.

Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist wie schon im Vorjahr im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von T€ 48.615 sowie Auszahlungen in Höhe von T€ 41.759 im Rahmen der Zins- und Tilgungsleistungen des Gesellschafterdarlehens, das sich wie folgt entwickelt hat:

Darlehenssumme				Restbetrag zum
31.12.2021	Tilgung	Zins	Kapitaldienst	31.12.2022
€	€	€	€	€
290.046.461,53	35.783.849,67	5.974.957,11	41.758.806,78	254.262.811,86

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden an die kommunalen Anteilseigner in Höhe von T€ 9.572 und Steuerverpflichtungen in Höhe von T€ 475. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2022 T€ 2.827 (Vorjahr T€ 2.916). Die Reduzierung der flüssigen Mittel ist zum einen bedingt durch eine erneute Sondertilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 5.000. Gegenläufig hat sich die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 4.000 ausgewirkt. Dieses ausgereichte Gesellschafterdarlehen wurde bedingt durch seine Laufzeit bis zum Jahr 2029 den Finanzanlagen (Ausleihungen an verbundene Unternehmen) zugeordnet.

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet.

Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Die im Geschäftsjahr erhaltenen Beteiligungserträge sowie gestiegene Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (Gesellschafterdarlehen) haben zu einem verbesserten Finanzergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 geführt (T€ 42.674, Vorjahr T€ 41.907). Im Berichtszeitraum

konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut ein leicht verbessertes Jahresergebnis (T€ 41.787, Vorjahr T€ 41.035) erzielt werden.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Energiemarktkrise wieder von einer Dividende in Höhe von 20 € / TEAG Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2023 ausgezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die Einnahmen aus Dividenden. Trotz eines äußerst herausfordernden Geschäftsjahres 2022 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel erreichen können.

Die Geschäftsaktivitäten der TEAG-Gruppe werden zunehmend durch umfassende Marktveränderungen geprägt. Die Folgen einseitiger Abhängigkeiten im Energie- und Technologiebereich haben sich im zurückliegenden Berichtszeitraum insbesondere in der Energiewirtschaft deutlich gezeigt. Das neue Bewusstsein muss zu einem noch engeren Zusammenrücken der Europäer und einem grundlegenden Umbau der europäischen Energiemärkte und auch der deutschen Energieversorgung führen. Die TEAG-Unternehmensgruppe hat sich auf diesen Strukturwandel und die anstehenden, gewaltigen Zukunftsaufgaben durch die konsequente Erweiterung und Diversifizierung ihrer Geschäftsbereiche eingestellt. Das Geschäftsjahr 2023 wird, wie auch die kommenden Jahre, geprägt sein vom Umbau der Energieversorgungsstrukturen. Umfangreiche Projekte in den Bereichen Erzeugung, Netze, Erneuerbare, Elektromobilität und Glasfaser werden zu realisieren sein. Viele der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen bedingen sich dabei wechselseitig, was sich auch in den einzelnen Geschäftsbereichen der TEAG-Unternehmensgruppe widerspiegelt. So werden Energiewende und Versorgungssicherheit nur durch einen umfassenden Zu-, Um- und Ausbau von Erzeugungsanlagen zu bewältigen sein, welcher einher gehen muss mit einer deutlichen Erweiterung und Sicherung

unserer Energieverteilungsstrukturen. Ein geregelter Betrieb bzw. eine planmäßige Steuerung der Netze wiederum kann nur durch eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung gelingen. Die Hauptzielpfade der Energiewende, d. h. Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung, wird die TEAG - auch als Antwort auf die Energiemarktkrise - in den kommenden Geschäftsjahren noch zielstrebig beschreiten. Zu diesem Zweck wurde ein Investitionsvolumen auf Rekordniveau beschlossen. Mit diesen Investitionen wird die TEAG-Unternehmensgruppe die notwendigen Weichen stellen für eine nachhaltige Ausrichtung der Energieerzeugungs- und -verteilssysteme. Konkrete Projekte werden geprägt sein u. a. vom zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung aus erneuerbaren Energien), dem Thema IT-Sicherheit und Infrastruktur, dem Rollout der intelligenten Messsysteme und dem Aufbau von leistungsfähigen Ladekapazitäten im Bereich Elektromobilität.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnet die TEAG-Unternehmensgruppe mit einem EBITDA i. H. v. 200 bis 225 Mio. € und einem EBT i. H. v. 90 bis 100 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 60 und 70 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2023 sind in der TEAG-Unternehmensgruppe Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. € vorgesehen; dieser Wert wird in den Folgejahren voraussichtlich noch weiter überschritten werden. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der 7 Netze fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierungsprojekte. Wesentlicher Treiber des Investitionsprogrammes sind die energiewendebedingten Netzinvestitionen. Für die anstehenden Umsetzungsaufgaben sind sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalfinanzierungen vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2023 erwartet die TEAG ein EBITDA zwischen 180 und 200 Mio. €,

ein EBT zwischen 90 und 100 Mio. € sowie einen Jahresüberschuss zwischen 65 und 75 Mio. €. Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen plant die TEAG mit einem Volumen von rund 160 Mio. €.

In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und pandemischen Lage ab. Durch die Prognose beziehungsweise Risikoeinschätzung der TEAG kann auch die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen 38 und 41 Mio. € erwarten. ...“

Beteiligungen der KEBT AG

Beteiligungen der KEBT AG

Anteilsbesitz (Beteiligungsliste)

unmittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt	82,15	2022	494.066	70.178
TGG Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	20,00	2022	4.769	-206

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
1. Stadtwerke				
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00	2021	10.308	0 ¹⁾
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00	2021	11.111	0 ¹⁾
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00	2021	5.780	0 ¹⁾
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10	2021	13.243	0 ¹⁾
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00	2021	385	0 ¹⁾
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg	49,00	2021	3.833	0 ¹⁾
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00	2021	47.902	0 ¹⁾
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00	2021	57.545	0 ¹⁾
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00	2021	17.641	0 ¹⁾
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00	2021	11.311	1.813

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00	2021	10.009	1.878
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00	2021	3.531	344
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90	2021	11.644	0 ¹⁾
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00	2021	8.735	831
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00	2021	14.588	0 ¹⁾
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90	2021	10.912	2.101
Stadtwerke Saalfeld GmbH - SWS -, Saalfeld/Saale	16,00	2021	9.208	0 ¹⁾
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90	2020/21	15.280	2.479
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90	2021	5.448	811
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42	2021	14.191	0 ¹⁾
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00	2021	22.107	0 ¹⁾
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda-Triebes	74,00	2021	5.307	758

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
--------------------------------	------------------------------------	---------------	----------------------	------------------

2. Sonstige Beteiligungen

EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2021	10	0
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG) i.L., Eisenach ²⁾	0,00	2021/22	172	-38
eness GmbH, München	100,00	2021	1.758	784
Innosun GmbH, Sömmerda ³⁾	50,10	2021	1.073	438

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
KEYWEB AG, Erfurt	25,10	2021	1.111	-57
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00	2021	774	53
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH, Erfurt	100,00	2021	25	0
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden	74,90	2021	4.751	269
Solarpark Edersleben GmbH, Nordhausen ⁵⁾	0,00	2021	853	133
Solarpark Wollersleben GmbH & Co.KG, Bleicherode ⁶⁾	0,00	2021	55	0
TEAG Mobil GmbH, Erfurt ⁸⁾	100,00	2021 ⁷⁾	25	0
TEAG Solar GmbH, Erfurt ⁹⁾	100,00	2021	6.113	0
TEAG Solar 1. Projekt GmbH, Erfurt ¹⁰⁾	100,00	2021	25	0
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2021	84.663	0 ¹¹⁾
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	36	-1
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00	2021	248	62
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00	2021	1.937	188
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00	2021	37.651	3.897
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	30,00	2021	654	-15
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau	74,90	2021	3.624	-280
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt	50,00	2021	6.097	122
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt	100,00	2021	10.543	501
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	25	0
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	25	0

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹²⁾	100,00	n/a	0	0
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹³⁾	100,00	n/a	0	0
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹⁴⁾	100,00	n/a	0	0
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹⁵⁾	100,00	n/a	0	0
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein mbH, Erfurt	49,90	2021	91	17
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld/Saale	24,00	2021	1.420	287
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00	2020/21	902	74
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	7,14	2021	16.417	1.195
450 MHZ Beteiligung GmbH, Erfurt	10,00	2021	17.461	-40

1) Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft

2) Liquidation der Gesellschaft zum 31.07.2022 mit Handelsregistereintragung vom 01.12.2022

3) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 16.12.2021) mit Wirkung zum 01.01.2022

4) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 16.12.2021) mit Wirkung zum 01.01.2022

5) Verschmelzung auf TEAG Solar GmbH durch Verschmelzungsvertrag vom 15.07.2022 und Eintragung im Handelsregister vom 02.09.2022

6) Verkauf des Kommanditanteiles (Vertrag über den Verkauf vom 20.12.2022)

7) bei den Angaben für das Geschäftsjahr handelt es sich um vorläufige Werte

8) Umfirmierung der Thüringer Energie Verzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH mit Handelsregistereintragung am 23.06.2022

9) Umfirmierung der KomSolar Service GmbH mit Handelsregistereintragung am 05.07.2022

10) Umfirmierung der TEAG Thüringer Energie Sechzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH mit Handelsregistereintragung am 22.03.2022

11) Ergebnisabführungsvertrag mit TEAG Thüringer Energie AG

12) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 22.08.2022

13) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

14) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

15) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

Personal

Die KEBT AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 außer einem Vorstandsmitglied keine Arbeitnehmer. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Zuschüsse/Kapitalentnahmen durch die Stadt

Durch die Gemeinde/Stadt wurden, wie bereits in den Vorjahren, keine Zuschüsse bzw. Kapitalentnahmen gemäß § 75 a ThürKO bei der unmittelbaren Beteiligung an der KEBT AG oder dem KEBT-Konzern vorgenommen.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung der KEBT AG vom 14. Juli 2022 wurde im Geschäftsjahr 2022 an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 5,05 Euro (brutto) pro dividendenberechtigte Stückaktie der Aktiengattung A ausgezahlt. Dies entspricht für die Gemeinde/Stadt einer Zahlung in Höhe von [5,05 € x Anzahl der KEBT-Aktien der Gemeinde/Stadt] (brutto).

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 14. Juli 2022 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 69.320.768,78 Euro eine Bruttodividende in Höhe von 5,05 Euro pro Stückaktie (netto 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.571.845,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten, 30.000.000,00 Euro in andere Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 29.748.923,03 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 21. Juli 2022 erfolgt.

Abschlussprüfer PWC PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bilanz zum 31. Dezember 2022 (Angaben in €)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	576.110.468	579.109.076	565.109.076
Umlaufvermögen	2.831.941	2.920.713	22.861.094
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Σ Aktiva	578.942.409	582.029.789	587.970.170
Eigenkapital	323.823.918	291.608.667	260.145.101
Rückstellungen	53.418	372.082	199.088
Verbindlichkeiten	255.065.073	290.049.040	327.625.981
Σ Passiva	578.942.409	582.029.789	587.970.170

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2022 (Angaben in €)

	2022	2021	2020
Sonstige betriebliche Erträge	284	98	6.321
Personalaufwand	47.402	93.615	93.508
Sonstige betriebliche Aufwendungen	364.616	299.525	286.429
Erträge aus Beteiligungen	48.615.180	48.615.180	48.615.180
Erträge aus den Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	14.215	7.136	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.432	20	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.977.911	6.715.526	7.421.447
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	475.085	478.356	486.636
Jahresergebnis	41.787.097	41.035.412	40.333.481
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	29.748.923	28.285.357	37.523.722
Bilanzgewinn	71.536.020	69.320.769	77.857.203

KEBT Konzern

(im KEBT-Konzern ist die u. a. die mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG enthalten)

Adresse

KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen
Aktiengesellschaft – KEBT AG
Alfred-Hess-Straße 37
99094 Erfurt
Telefon: 0361 60206-70
Telefax: 0361 60206-75
E-Mail: info@kebt.de
Website: www.kebt.de

Vorstand KEBT-Konzern

Stefan Reindl

Stammkapital

2.670.729,64 Euro,
eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien
(2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A,
511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

Mitglieder Aufsichtsrat KEBT AG

Vorsitz

Sven Gregor

Stellvertretung

Thomas Weigelt

Weitere Mitglieder

Olaf Czernomoriez

Franka Hitzing

Ralf Rusch

Frank Schmidt

Marco Seidel

Beteiligungen

siehe nachfolgende Seiten

Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Gegenstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), incl. der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben. Die KEBT unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge sowie der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung. Hauptaktionär der KEBT ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an der TEAG und der KEBT ist.

Zum Stichtag 31. Dezember 2022 hält die KEBT AG 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die KEBT AG ist ebenfalls gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises und somit seit dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 verpflichtet, einen Konzernabschluss zu erstellen. Gemäß § 299 HGB entspricht das Geschäftsjahr des KEBT-Konzerns dem Geschäftsjahr des Mutterunternehmens.

Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur

besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

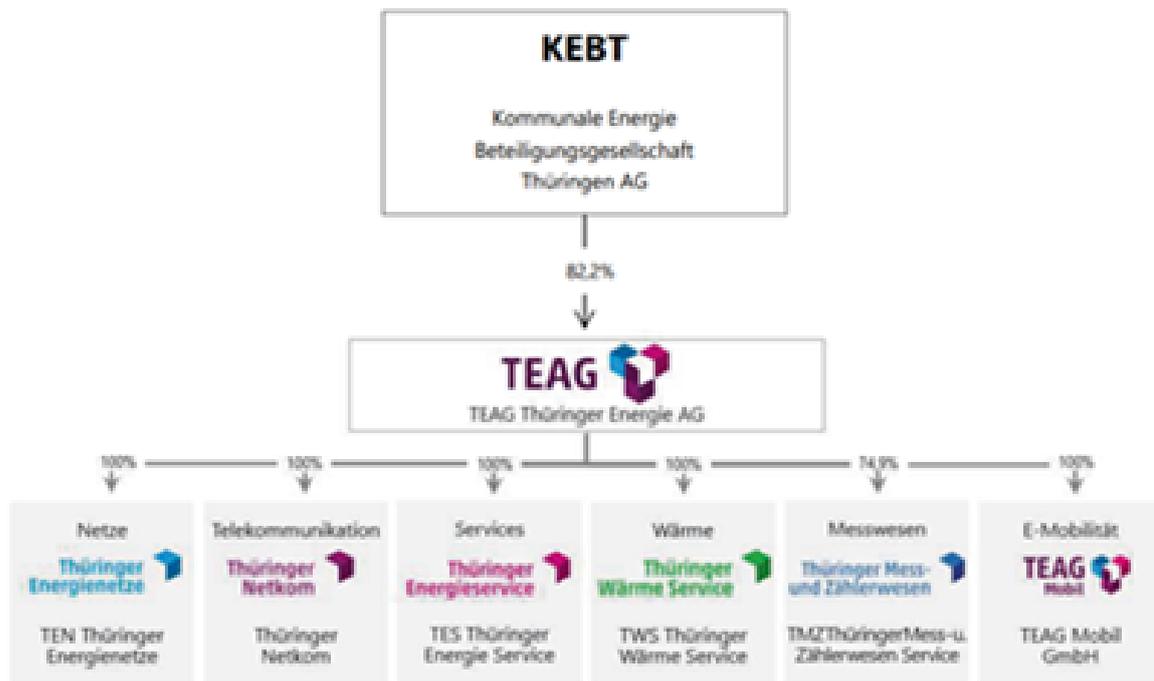
Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie deren Tochterunternehmen, entschieden. Die TEAG in Verbindung mit den Tochterunternehmen sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

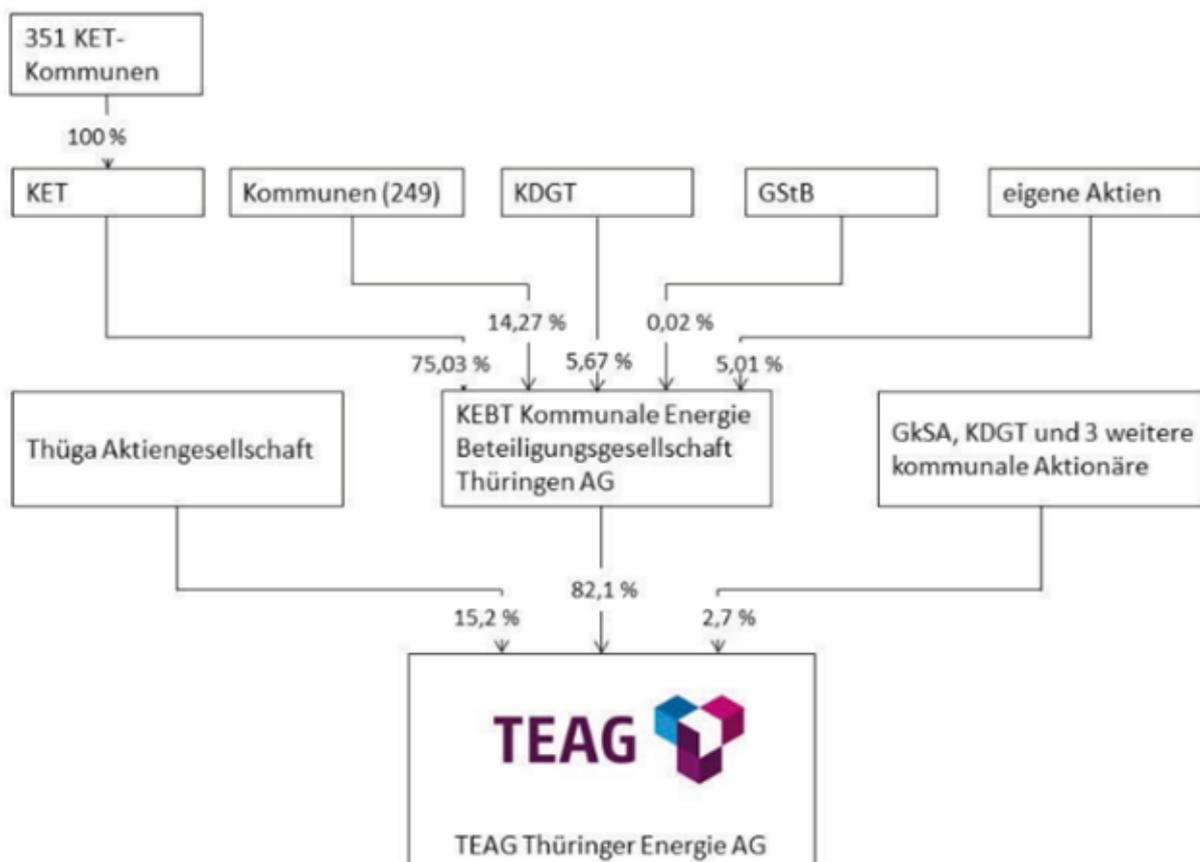
Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Konsolidierungskreis des KEBT-Konzerns zum 31.12.2022



Aktionärsstruktur des KEBT-Konzerns 31. Dezember 2022



Beteiligungsanteil

Die Stadt Saalfeld/Saale hat zum 31. Dezember 2022 unmittelbar einen Anteil von 0,0113 % (286 KEBT-Aktien) am KEBT-Konzern gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital des KEBT-Konzerns von 1,05 Euro je Aktie.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des KEBT-Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 5.214,00 € (im Vorjahr: 5.214,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge der KEBT AG wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Geschäftsverlauf

(Auszug aus dem Lagebericht des Konzernabschlusses der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2022)

„...Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen. Das Angebotspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab: Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 62 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT 7 verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.

Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Weimar (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO). ...

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für: Strom, Erdgas, Glasfaser/ 450-MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität sowie Wasser (incl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Die bisherige „5 Netze“-Strategie wird durch den Aufbau eines umfassenden Ladesäulennetzes für E-Fahrzeuge sowie zukünftig auch Betriebsführungsdienstleistungen im Geschäftsfeld Wasser ergänzt.

Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein rund 6.600 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 9.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität erfolgt der Betrieb von mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normalladepunkten.

Die Geschäftstätigkeit als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen unterteilt sich in die folgenden 8 Bereiche: Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Elektromobilität und Ladenetzinfrastruktur, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen, incl. Gasspeicher).

Die Nutzung erneuerbarer Energien und effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) bilden die Grundlage der Geschäftstätigkeit im Bereich Energieerzeugung und Wärme. Im Bereich der

konventionellen Energieerzeugung werden moderne, hocheffiziente Erdgaskraftwerke mit KWK betrieben, die wesentlich zur klimaschonenden und nachhaltigen Erzeugung beitragen. Gleichzeitig wird die regionale und überregionale Entwicklung der erneuerbaren Energien gefördert, deren Ausbau in Deutschland zunehmend auch im Hinblick auf das Thema Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von ausländischen Energieimporten an Bedeutung gewinnt. Neben dem Betrieb von 3 Wasserkraftwerken wird mit verschiedenen Kooperationspartnern daher auch der Ausbau der Photovoltaik (PV) unterstützt. In diesem Geschäftsbereich sind die Innosun GmbH, Erfurt (Innosun), die eness GmbH, München (eness), und die TEAG Solar GmbH, Erfurt (TSO), tätig. Im Berichtszeitraum erfolgte eine Umfirmierung der bisherigen KomSolar Service GmbH, Erfurt (KomSolar) zur TSO, die für die Betreuung von Kunden aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und Landwirtschaft, Weiterverteiler und für die TEAG-eigenen Liegenschaften zuständig ist. Im Bereich Windkraft erfolgt über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation der TEAG mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen (EVU), eine Beteiligung an der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-PV-Anlagen.

Über die TEN als regionalem Verteilnetzbetreiber (VNB) wird ein sicherer, effizienter und diskriminierungsfreier Betrieb der Strom- und Gasnetze in Thüringen gesichert. Die TEN als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die gesetzlich festgelegte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Zu den Verteilnetzen zählen neben dem TEN-eigenen 110-kV-Netz die gepachteten Strom- bzw. Gasnetze der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden, sowie der Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis. Zusätzlich zum Netzbetrieb bietet die TEN verschiedene netzbezogene Dienstleistungen an. Diese beziehen sich beispielsweise auf die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener

Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Spektrum an Dienstleistungen für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN fungiert weiterhin als grundzuständiger Messstellenbetreiber (gMSB).

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb stellt der Energievertrieb ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld des Unternehmens dar. Privat- und Geschäftskunden wird ein breites Angebotsspektrum an Energieprodukten und -lösungen zur Verfügung gestellt. Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler werden mit Strom, Erdgas und Wärme versorgt; zudem wird ein breites Portfolio an Dienstleistungen im Energiebereich angeboten. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene spezifische Energielösungen, wie etwa Kooperationen bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Straßenbeleuchtung und Energieeffizienz.

Neben der Tätigkeit in den klassischen Geschäftsbereichen Strom, Gas und Wärme hat insbesondere auch das Thema Elektromobilität weiter stark an Bedeutung gewonnen. Im Berichtszeitraum wurden die Geschäftsaktivitäten mit Ingangsetzung der TMO daher in einer eigenen Tochtergesellschaft gebündelt. Die TMO ist zukünftig für die Planung, die Errichtung sowie den Betrieb von Energieinfrastruktur im Verkehrssektor incl. entsprechender Nebenanlagen verantwortlich. Ein weiterer wesentlicher Geschäftsauftrag des Unternehmens liegt im Vertrieb hiermit zusammenhängender Dienstleistungen und Produkte (so z. B. im Bereich Ladelösungen und -strom). Die operative Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgt zum 1. Januar 2023.

Mit dem Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden gezielt die Chancen der Digitalisierung der Energiewende genutzt. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden durch die TMZ gebündelt. Diese tritt am Markt als Full-Service-Dienstleister für Messstellenbetreiber auf. Für die TEN erbringt sie

Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die Gesellschaft Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber, und beteiligt sich so an Entwicklungen in den Bereichen Smart Metering, Smart Home, Smart Grid und Submetering.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation werden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Durch die stetige Erweiterung des hochmodernen, thüringenweiten Glasfasernetzes im Rahmen von geförderten und eigenwirtschaftlichen Projekten wird die Marktposition kontinuierlich ausgebaut. Die Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen Internetverbindungen, sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum, steht im Fokus der Tätigkeit. Die Vermarktung des stetig wachsenden Angebotes moderner Telekommunikationsprodukte für Privat- und Geschäftskunden erfolgt durch die TNK. Die TGG treibt den geförderten Breitband- bzw. Glasfaserausbau im Auftrag der Thüringer Kommunen voran.

Aktuell hält der KEBT-Konzern Beteiligungen an 42 Unternehmen und 20 Stadtwerken. Dabei liegen die Beteiligungen an den Stadtwerken zwischen 16 und 74 Prozent. Durch diese aktiven Partnerschaften innerhalb der Energiebranche wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und auf die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt.

Der Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seine energiepolitischen Auswirkungen haben die Bedeutung der Energiewende nicht nur als Antwort auf die Folgen des Klimawandels, sondern auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit deutlich vor Augen geführt. Eine Abkehr von den unsicheren Bezugsquellen und Lieferketten fossiler Energieträger muss zu einem noch entschlosseneren und schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland führen. Die

Grundvoraussetzung für das Gelingen der Energiewende liegt dabei in einem umfassenden Netzum- und -ausbau auf allen Spannungsstufen, einschließlich der Schaffung der entsprechenden Speicherkapazitäten. Da die anstehenden Aufgabenfelder nur in enger Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Gesetzgeber und den ausbauenden Wirtschaftsunternehmen erfolgreich bewältigt werden können, wird man sich mit dem Bund, mit dem Land Thüringen, mit seinen Anteilseignern, d. h. mehrheitlich den Thüringer Kommunen, und verschiedenen Verbänden noch enger abstimmen und koordinieren. Die Grundlagen für eine nachhaltige und zukunftsichere Erfüllung der Aufgaben in der Energie- und Daseinsvorsorge liegen in einer kooperativen und v. a. auch proaktiven Ausgestaltung der laufenden Transformationsprozesse.

Mit dem Ziel, sich als Vorreiter und zentralen Akteur der Energiewende in Thüringen zu positionieren, wird die Gesellschaft die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse daher aufmerksam begleiten, und sich den neuen Rahmenbedingungen auch weiterhin frühzeitig stellen. Hierfür wird der Um- und Ausbau der Erzeugungsanlagen zur intensiveren Nutzung regenerativer Energiequellen weiter forciert und die „7 Netze“-Strategie für die anstehenden Zukunftsaufgaben noch besser gewappnet, getragen v. a. durch den anstehenden Netzum- und -ausbau. Neben der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in einschlägigen Zukunftsmärkten wie etwa der PV, der Windkraftenergie, dem Glasfaserausbau und dem Messwesen wird man sich dabei ebenso den Veränderungsprozessen und Herausforderungen in den klassischen Geschäftsfeldern stellen. Für die Kunden werden auch hier weiterhin neue, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungsangebote entwickelt, die für größere Unabhängigkeit von kohlenstoffbasierten Energieträgern und damit für die Energieversorgung der Zukunft stehen.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basieren auf einheitlichen Kennzahlen. Zu

den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Jahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen präsentiert. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange. ...

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft deutlich gewandelt, wobei insbesondere die rechtlichen Grundlagen einer hohen Veränderungsdynamik unterlagen. Die deutschland- und europaweiten Energiemärkte waren starken Volatilitäten und, als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, auch grundlegenden Veränderungen unterworfen. Zunehmend rückte dabei die Frage nach einer energiepolitischen Unabhängigkeit von Russland in das Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit. Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen waren außen- und sicherheitspolitisch motiviert. Dort, wo bereits die pandemiebedingten Voraussetzungen des neuen Geschäftsjahres große planerische Hürden und Unwägbarkeiten mit sich geführt hatten, multiplizierten sich die Unsicherheiten mit Ausbruch der Energiemarktkrise um ein Vielfaches. Neben den direkten Marktveränderungen wurde das Geschäftsjahr v. a. auch durch eine Vielzahl neuer Gesetzesinitiativen und -pakete geprägt. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette nahm die Zahl neuer gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen erheblich zu; was mitunter detail- und aufwendungsreiche Anpassungsmaßnahmen in allen Geschäftsbereichen erforderte. Besondere Herausforderungen ergaben sich zuweilen aus den teils sehr engen politischen Regelungsintervallen. Insbesondere im Vertriebsbereich hatten zahlreiche neue rechtliche Rahmenbedingungen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. So machte u. a. eine Überarbeitung des EnWG eine

Anpassung der bestehenden SLP- und RLM-Lieferverträge notwendig, was eine Änderung der dazugehörigen Vertragsdokumente, Rechnungen sowie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach sich zog.

Die von der Bundesregierung beschlossene Gas-, Wärme- und Strompreisbremse führte, insbesondere zum Jahresende, zu umfangreichen Umsetzungsaufgaben. Mit dem Gesetz zur temporären Umsatzsteuersenkung auf Gas- und Fernwärmelieferungen erfolgte ferner eine Senkung der Umsatzsteuer für den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 auf 7 Prozent. Auch im Netzbereich hatten zahlreiche Neuregelungen Auswirkungen. Neben der EnWG-Novelle kam es u. a. zu einer Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sowie des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG), was entsprechende Anpassungen bedingte. Auch im Bereich erneuerbare Energien wurden verschiedene, teils richtungsweisende Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht: Als Teil des sog. „Osterpakets“ soll etwa das neue sog. „Wind-an-Land“-Gesetz zukünftig den Onshore-Ausbau von Windkraftanlagen über die Ausweisung ambitionierterer, verbindlicher Flächenziele deutlich beschleunigen. Das Bundesverfassungsgericht setzte zudem ein Teil des sog. „Thüringer Waldgesetzes“ außer Kraft und erklärte das Verbot von Windkraftanlagen in Thüringer Wäldern für nichtig. Auch der Umsetzungsprozess zum sog. „Redispatch 2.0“ wurde weitergeführt, der die TEN als VNB zu einer tragenden Säule im Engpassmanagement macht. Das neue Energiefinanzierungsgesetz soll, nach dem Wegfall der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022, mit Beginn des ersten Quartals des Folgejahres zu einer Neuregelung in der Finanzierung der Förderkosten der erneuerbaren Energien führen. Der Untergrundspeicher in Allmenhausen (UGS Allmenhausen) wurde im dritten Quartal des Jahres vollständig mit Gas befüllt, und damit den Anforderungen des sog. „Gasspeicherbefüllungsgesetzes“ Rechnung getragen.

Im Berichtszeitraum einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zudem auf eine Reform des EU-

Emissionshandels: Die Vergabe von CO₂-Zertifikaten soll zukünftig schneller beschränkt werden, als bisher vorgesehen. Kostenlose Emissionsberechtigungen sollen schrittweise auslaufen. Zur Entlastung von Bürgern sprach sich die EU für die Einrichtung eines sog. „Klimasozialfonds“, der Mehrausgaben von Verbrauchern im Zusammenhang mit der Energiewende abfangen soll, sowie für die Einführung einer Art „CO₂-Zolls“ an den europäischen Außengrenzen aus. Dieser soll europäische Unternehmen zukünftig besser vor günstigen, aber klimaschädlichen Importprodukten schützen.

Der sog. „Notfallplan-Gas“ der Bundesregierung wurde bis zum Ende des Geschäftsjahres, auch infolge der Krisenvorkehrungen der EVU, nicht vollständig aktiviert. Die EU-Staaten einigten sich auf eine gemeinsame Einkaufsstrategie im Gasbereich sowie auf die Einführung eines europäischen Gaspreisdeckels; demnach sollen Großhandelspreise an den europäischen Beschaffungsmärkten zukünftig unter bestimmten Umständen gedeckelt werden können. Im vierten Quartal des Jahres beschloss die Bundesregierung zudem ein Soforthilfegesetz für Letztverbraucher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärmekunden, das sog. „Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz“. Die gefassten Beschlüsse führten insgesamt auch zu ersten Entspannungssignalen. ...

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen rund um den Betrieb konventioneller Heizkraftwerke verändert. Das geringere Angebot an den Beschaffungsmärkten, insbesondere im Gasbereich, hatte beträchtliche Auswirkungen auf das Erzeugungsgeschäft. Daher wurden im Berichtszeitraum auch entsprechende Planungsprämissen überarbeitet.

In Vorbereitung einer möglichen Gas-mangellage wurde frühzeitig mit der Ausarbeitung entsprechender Krisenpräventionspläne begonnen. Am Standort des Heizkraftwerkes Rudolstadt/ Schwarza (HKW Schwarza) wurden - angesichts eines möglicherweise eintretenden Gas-verstromungsverbotes im Kontext des sog.

„Notfallplans Gas“ der Bundesregierung - verschiedene alternative Fahrweisen der Kraftwerksanlagen geprüft. Für den Einsatz von Heizöl wurden sowohl die technischen und operativen als auch die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Mit einem Lieferanten wurde eine entsprechende Lieferkette vereinbart. Im dritten Quartal erfolgte die Genehmigung des Gesetzgebers, die bisherigen Einschränkungen für eine Ölfahrweise der Anlagen für den Zeitraum einer möglichen Ausrufung der Alarm- und Notfallstufe aufzuheben.

Am Standort des Heizkraftwerkes Jena (HKW Jena) konnten durch die konsequente Fortführung der Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Fertigstellung der hochmodernen und v. a. - effizienten Gasmotorenanlage genommen werden. Gemeinsam mit der TEN und der TMZ erfolgte im dritten Quartal des Jahres eine erste Netzschaltung des neuen 110-kV-Transformators. Im vierten Quartal fand eine erste zeitgleiche Einspeisung aller 5 Gasmotoren in das öffentliche Stromnetz mit einer elektrischen Leistung von insgesamt 63 MW statt. Alle Einspeisungen wurden durch den TÜV begleitet und testiert sowie dem Netzbetreiber TEN angezeigt und durch diesen bestätigt. Die Investition erhöht die Flexibilität und den Wirkungsgrad der Gasmotorenanlage und senkt deren Emissionswerte signifikant. Insbesondere in Verbindung mit dem neu errichteten Druckwärmespeicher dient sie als ein idealer Komplementär zur Stromerzeugung aus den volatilen erneuerbaren Energien. Mit dem Anwachsen der Energieerzeugung aus schwankenden Quellen wird der Bedarf an hochflexibler, gesicherter Leistung weiter steigen. Die Anlage ist daher ein unverzichtbares Element zur Gewährleistung der Stromnetzstabilität. Im Rahmen der Modernisierungsarbeiten wurden im Berichtszeitraum zudem erste bautechnische Vorbereitungen für den zukünftigen Einsatz von alternativen Betriebsstoffen, wie etwa grünem Wasserstoff, getroffen. Die Beschaffung von CO₂-Zertifikaten hat weiter an Bedeutung gewonnen. Als Reaktion auf die drastischen Entwick-

lungen am Energiemarkt, insbesondere auf die stark gestiegenen Bezugspreise, wurde eine vom Gesetzgeber für 2022 geplante Preisanpassung der Zertifikate auf das Jahr 2023 verschoben. Für die Jahre 2024 und 2025 wurden, zur Entlastung von Privathaushalten und Wirtschaft sowie zur Dämpfung der Inflation, geringere Anhebungen beschlossen, als ursprünglich vorgesehen. Der geplante Emissionspreis für eine Tonne CO₂ für die Jahre 2023, 2024 und 2025 liegt bei nunmehr 30 €, 35 € bzw. 45 €. Trotz der komplexen Marktsituation verlief die vierte europäische Emissionshandelsperiode planmäßig. Die langfristige Beschaffungsstrategie hat sich, auch im Hinblick auf die aktuellen Markturbulenzen, bewährt.

Durch sog. „kalte Nahwärmenetze“ wird Umweltwärme aus der Erde, der Luft oder auch aus Gewässern entzogen und über Verteilnetze an Abnahmestellen, wie etwa Privathaushalte, weitergegeben. Kalte Nahwärmenetze stellen eine besonders innovative und nachhaltige Form der Wärmeversorgung dar und gelten, insbesondere im ländlichen Raum, als eine der besten Möglichkeiten, die Wärmewende schnell und kostengünstig umzusetzen. Die Nutzung von Umweltwärme trägt sowohl bei Neu- als auch bei Bestandsbauten maßgeblich zur Reduktion von klimaschädlichen CO₂-Emissionen bei. Der Ausbau entsprechender Netze gehört daher zu den grundlegenden Zielen der TWS. Im Geschäftsjahr wurden die Arbeiten an Thüringens erstem kaltem Nahwärmenetz in Werther fertiggestellt. Am Standort Werther wird dem Erdboden Wärme auf einem Temperaturniveau von 2° bis 10° C entzogen. Die gewonnene Wärmeenergie wird beim Endverbraucher mittels Wärmepumpen auf ein nutzbares Heizniveau angehoben. Das Projekt hat im Berichtszeitraum den „ZfK-NachhaltigkeitsAWARD“ Gold in der Kategorie Energie erhalten.

Ein weiteres kaltes Nahwärmenetz entsteht derzeit im thüringischen Neumühle/ Elster. Das Projekt nutzt im Unterschied zum Standort Werther die Möglichkeiten der sog. „Wasserthermie“: Einem lokalen Flussgewässer wird hierbei

ganzjährig Wärme in einem Temperaturspektrum von 2° bis 15° C entzogen und anschließend durch Wärmepumpen auf ein nutzbares Temperaturniveau gebracht. Die so gewonnene Umweltwärme kommt u. a. in verschiedenen kommunalen Gebäuden zum Einsatz. Durch die neue Technologie können in der Gemeinde pro Jahr bis zu 300 t CO₂ eingespart werden.

Weitere kalte Nahwärmenetze bzw. Erschließungspotenziale an verschiedenen Standorten befinden sich in Planung. Über die genannten Projekte hinaus ist die TWS u. a. als Netzwerkpatin für Thüringen im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Kommunen, Stadtwerken und der Wohnungswirtschaft erfolgt eine Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte. Hierzu gehört auch der Ausbau der dezentralen Fernwärmeversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien. Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen verschiedener Quartiersprojekte u. a. die Errichtung hocheffizienter sog. „innovativer KWK-Systeme“ (iKWK-System) fortgeführt. Als moderne Strom-Wärme-Systeme bestehen diese aus mehreren Einzelkomponenten, die über eine zentrale Steuer- bzw. Regelungseinheit miteinander verbunden sind. Im Rahmen von Quartiersprojekten wird zudem ein umfassendes und breit gefächertes Dienstleistungspaket aus den Bereichen Telekommunikation, Straßenbeleuchtung und E-Mobilität angeboten.

Im Quartiersprojekt Weida wird die Errichtung eines ersten iKWK-Systems realisiert. Ein Blockheizkraftwerk (BHKW) wird in ein intelligentes Steuerungssystem integriert, über das es mit leistungsfähigen Wärmepumpen, mehreren Erdsonden, einem Elektrokessel sowie entsprechenden Speicherkapazitäten verbunden ist. Neben den verschiedenen Erzeugungsanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien wird auch ein Verteilnetz errichtet. Die regenerativen Wärmelösungen basieren im Wesentlichen auf der Nutzung von Luftwärme im Sommer bzw. auf der Nutzung von Erdwärme im Winterbetrieb. Die Fertigstellung der KWK-

Anlage bzw. die Inbetriebnahme des iKWK-Systems ist für 2023 vorgesehen. In Weida werden derzeit rund 1.500 Haushalte mit Fernwärme beliefert, eine Erweiterung des Kundenstammes ist vorgesehen. Die am Standort produzierte und verbrauchte Wärme wird zukünftig zu rund 35 Prozent CO₂-neutral sein.

In Gera-Langenberg ist die Errichtung eines zweiten iKWK-Systems in Form eines hybriden BHKW mit Wärmepumpen und einem Elektrokessel vorgesehen. Ähnlich einer Erdwärmeheizung kommt als regenerative Energiequelle die sog. „Flussthermie“ zum Einsatz: Mittels eines Wärmeübertragers wird einem lokalen Fließgewässer Wärme entzogen und über eine Wärmepumpe auf ein nutzbares Heizniveau gebracht. In Gera-Langenberg werden derzeit rund 1.300 Haushalte mit Fernwärme beliefert.

Neue Marktanforderungen, u. a. im Zusammenhang mit dem Thüringer Klimaschutzgesetz sowie mit einschlägigen Fördermechanismen, führten im Geschäftsjahr zu einem erhöhten Beratungsbedarf bei Kunden. In der Folge kam es zu einer Erweiterung des Dienstleistungsgeschäftes der TWS, u. a. in Form konzeptioneller und ingenieurstechnischer Projektberatungen beispielsweise an den Standorten Eisenach, Neuhaus am Rennweg, Greiz, Schmölln und Bad Blankenburg. Die Beratungs- und Dienstleistungsangebote richten sich dabei insbesondere auch an kleinere Stadtwerke und Kommunen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die TWS ein Qualitätsmanagementsystem (QMS) nach DIN EN ISO 9001 eingeführt. Im zweiten Quartal des Jahres wurde das QMS durch den TÜV erfolgreich zertifiziert.

Im Geschäftsfeld Windkraft erfolgt die Energieerzeugung über WKT, an der die TEAG insgesamt 7,1 Prozent der direkten Anteile hält. Die WKT bündelt Kompetenzen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieprojekten. Im Berichtszeitraum wurde die im Vorjahr beschlossene Erweiterung des Geschäftszwecks um größere PV-Projekte und zugehörige Infrastrukturanlagen incl. entsprechender Speichertechnologien mit

ersten konkreten Projektansätzen verfolgt. Zukünftig sind zudem die Entwicklung und Vermarktung von Grünstrom-PPA-Modellen (sog. „Power Purchase Agreements“) geplant. In Nordthüringen verfolgt die WKT, gemeinsam mit weiteren regionalen Partnern und mit Unterstützung der TSO, ein PV-Freiflächenprojekt im Umfang von 20 MWp. Im Berichtszeitraum wurden zudem verschiedene Kooperationsprojekte in strategischen Partnerschaften mit Projektentwicklern weiter vorangetrieben. Ein Windpark mit rund 16 MWp Leistung befindet sich derzeit in der Erwerbsphase. Im Windjahr 2022 führten die Entwicklungen am Strommarkt zu Vergütungs- bzw. Marktwerten oberhalb der EEG-Vergütungssätze.

Da sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene kaum Baugenehmigungen zu erhalten sind, kommt der Ausbau von Onshore-Windkraftanlagen weiterhin nur schleppend voran. Zur Realisierung der definierten Flächenziele der Bundesregierung fehlt es nach wie vor an neu ausgewiesenen Flächenpotenzialen. Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Windvorranggebiete dauern weiter an. Mit der Veröffentlichung des Entwurfes des Thüringer Landesentwicklungsprogrammes wurden im Berichtszeitraum Maßnahmen eingeleitet, die zur Umsetzung der Energiewende dringend benötigt werden. Das Programm legt neue, ambitionierte Flächenziele für Thüringen fest, mit denen das sog. „Wind-an-Land“-Gesetz der Bundesregierung umgesetzt werden soll. Die Zielmarke der Flächenausweisung für Thüringen liegt bis Ende 2027 bei insgesamt 1,8 Prozent.

Im Geschäftsfeld PV ist die TSO zuständig für die Betreuung von Industrie- bzw. Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerken. Sie stellt individuelle Lösungen im gewerblichen Umfeld bereit und übernimmt als Full-Service-Dienstleister Beschaffung, Planung und Bau von PV-Anlagen ab 100 kWp in Thüringen und im näheren Umkreis. Die eness ist für die Geschäftstätigkeiten im Privatkundenbereich zuständig und projiziert Solaranlagen bis 30 kWp. Die Innosun bietet deutschlandweit die Entwicklung und Errichtung großer PV-Frei-

flächenprojekte für Industrie- und Gewerbetunden an. Unter den Projektaktivitäten der TSO befinden sich thüringenweit derzeit mehrere kleinere Anlagen im Bau, mehrere Anlagen mit einer installierten Leistung von jeweils bis zu 2 MWp sind in Planung. Für verschiedene größere Projekte im Umfang von teils mehr als 5 MWp startete die Projektentwicklungsphase. Die Flächensicherung stand dabei im Zentrum der Geschäftsaktivitäten. Zukünftig soll die TSO zudem auch neue nachhaltige Geschäftsfelder erschließen. ...

Der TEN als regionalem VNB in Thüringen kommt eine Schlüsselstellung beim Betrieb der Netzinfrastruktur zu. Das wichtigste Ziel liegt im sicheren Betrieb der Netze und Anlagen unter Einhaltung aller physikalischen und technischen Parameter, um den Schutz der kritischen Infrastruktur jederzeit gewährleisten zu können. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Energiewende stehen für große Veränderungen in der Erzeugungslandschaft, was in weiten Teilen zu einer Verschiebung der Systemverantwortung auf die Ebene der VNB führt. Mit dem Zuwachs von dezentralen Einspeisern müssen zunehmend auch systemische Herausforderungen, u. a. in den Bereichen Spannungshaltung, Erbringung von Regelleistung, Ausgestaltung der Schutzsysteme und Schwarzstartfähigkeit, neu gedacht bzw. aufgelöst werden. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach geeigneten Steuermechanismen, in deren Folge sich die Rolle und Aufgaben der VNB signifikant verändern werden. Im Geschäftsjahr 2022 fand erneut ein Überwachungsaudit zum Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) der TEN statt und wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen des Audits wurden u. a. auch aktuelle Gefährdungslagen und Risiken besprochen, die sich aus der Ukraine-Krise und ihren Folgen ergeben, und ein potentielles Risiko für den Netzbetrieb darstellen könnten. Entsprechende Maßnahmen wurden abgeleitet. ...

Unter Redispatch versteht man die Änderung der Einsatzplanung von konventionellen und regenerativen Erzeu-

gungsanlagen zur Energieversorgung. Durch den sog. „Redispatch 2.0“ soll es zu einem verbesserten, vorausschauenden Engpassmanagement bzw. einer Behebung von Netzengpässen, verursacht durch die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien, kommen. Die Netzführung im Zuständigkeitsbereich der TEN wird dabei zunehmend durch den Transformationsprozess von der Netz- hin zur Systemführung gekennzeichnet (sog. „Distribution System Operators 2.0“). Immer mehr Prozesse und Aufgaben, die im Strombereich bisher ausschließlich bei den Übertragungsnetzbetreibern lagen, weiten sich auf die VNBs aus. Der Redispatch 2.0 macht diese zu einer tragenden Säule im Engpassmanagement. Im Geschäftsjahr nahm die TEN, als einer von 2 Pilotnetzbetreibern in Deutschland, am sog. „bilanzierten Redispatchprozess“ teil, durch den der Reifegrad des Prozesses weiter erhöht werden konnte. Durch den angestrebten Zubau von dezentralen Erzeugungsanlagen in die Energieversorgungsinfrastruktur, sowie den Rückbau von Großkraftwerken, wird der überwiegende Großteil aller Erzeugungsanlagen mittelfristig voraussichtlich auf Ebene der Verteilnetze angeschlossen sein. Dies wird zu einer entsprechend umfangreichen Ausweitung der Anforderungen an die VNBs führen.

Die TEN führte im Geschäftsjahr die Arbeiten zur Errichtung des 450-MHz-Funknetzes weiter fort. Der Aufbau eines modernen 450-MHz-Funksystems dient der Gewährleistung der sicheren Informationsübertragung zum Zweck von Netzsteuerungsprozessen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Energiemarktkrise und anhaltenden Debatte zur Versorgungssicherheit erweisen sich der zügige und konsequente Auf- und Ausbau dieser neuen Technologie als eine wichtige, zukunftsfähige Entscheidung. Im Geschäftsjahr 2022 wurde die Anzahl von Funkteilnehmern in der netzdienlichen Datenübertragung weiter erhöht, Automatisierungskonzepte wurden entsprechend aktualisiert.

Die TEN bietet ein umfangreiches Netzdienstleistungsangebot im nicht-regulierten Bereich. Im Strombereich

umfasst das Leistungsspektrum u. a. die Planung und Errichtung von kunden-eigenen Anlagen und deren Instandhaltung sowie umfangreiche Dienstleistungen für Stadtwerke und Netzbetreiber. Im Gasbereich bietet sie verschiedene Dienstleistungen, wie etwa die Planung und Errichtung von entsprechenden gastechnischen Anlagen, an. Einen Großteil ihres Dienstleistungs-umsatzes erwirtschaftet die TEN zudem mit dem Bau von Netzanschlusslösungen für Einspeiseanlagen zur Energie-erzeugung aus regenerativen Quellen. Im Rahmen von Werkleistungsverträgen erhielt die TEN im Berichtszeitraum in den Bereichen Mittel- und Niederspannung, Gasanlagen sowie Straßenbeleuchtung Aufträge im Wert von insgesamt rund 9,6 Mio. €.

Zum Dienstleistungsangebot der TEN gehört neben der Wartung und Modernisierung von Bestandsanlagen auch die Errichtung neuer Straßenbeleuchtungspunkte auf Grundlage moderner LED-Technologie. Im Auftrag der Thüringer Kommunen erarbeitet der Netzbetreiber TEN hier individuelle Lösungen und sorgt damit für die Schaffung einer maßgeschneiderten, sparsamen und umweltfreundlichen Straßenbeleuchtung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiemarktkrise und des anhaltend hohen Strompreisniveaus nahmen Anfragen zur Modernisierung von entsprechenden Beleuchtungsanlagen weiter zu. Thüringer Kommunen werden von der TEN aktiv zur Planung und Umsetzung verschiedener Möglichkeiten beraten. Kommunalen Dienstleistungskunden unterbreitet die TEN eine attraktive Komplettlösung (Projektierung, Bau, Betrieb und Wartung) zu einer kalkulierbaren Jahrespauschale. Neben dem Neubau von 596 Lichtpunkten wurde im Geschäftsjahr 2022 die energetische Sanierung von 497 Lichtpunkten weiter vorangetrieben. Die im Eigentum der TEAG befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen sind mittlerweile in 8 Thüringer Kommunen im Einsatz und werden langfristig durch die TEN betrieben. Insgesamt lagen in 2022 langfristige Betriebsführungsverträge für rund 9.822

Lichtpunkte in verschiedenen Betreibermodellen vor.

Im nicht-regulierten Dienstleistungsgeschäft wurde ein Umsatz i. H. v. insgesamt rund 12 Mio. € erzielt, obgleich sich die Rahmenbedingungen zur Abarbeitung von Bau-, Wartungs- und Instandhaltungsverträgen infolge von Personalengpässen und gestörten Lieferketten zunehmend schwieriger gestalten. Besonders häufig wurden die bereits angeführten Anschlusslösungen für Einspeiseanlagen aus erneuerbaren Energien realisiert. Am Standort eines großen Batterieherstellers am Erfurter Kreuz wurden wesentliche Meilensteine zur Errichtung eines neuen, leistungsfähigen Kundenumspannwerkes genommen.

In 2022 wurde im Rahmen des Konzessionsmanagements weiter an der Wiedererlangung auslaufender Konzessionsverträge im Gasbereich, den Vorbereitungen bzw. der Geschäftsanbahnung zur anstehenden Ausschreibungsperiode auslaufender Konzessionsverträge sowie der wettbewerblichen Übernahme von Strom- und Gasfremdkonzessionen gearbeitet. Bisher wurden 285 Gas-Konzessionsverträge, und damit rund 93,1 Prozent des früheren Bestandes, wiedererlangt. In 2022 kamen im Gasbereich 6 offene Vergabeverfahren noch nicht zum Abschluss. Im Strombereich lagen zum Ende des Geschäftsjahres unter den Bestandskonzessionen noch 2 offene Vergabeverfahren vor.

Der bereits im Vorjahr begonnene Preisanstieg für Strom und Gas an den Großhandelsmärkten setzte sich im Berichtszeitraum weiter fort. Das Vertriebsgeschäft wurde im Geschäftsjahr 2022 maßgeblich von den Entwicklungen an den Beschaffungsmärkten geprägt. Mit den drastischen Preissteigerungen am Beschaffungsmarkt erhöhte sich der Druck auf eine Vielzahl der EVU, was, teils verursacht durch einseitige Kündigungen bestehender Lieferverträge (v. a. durch Energiediscounter), zu einer hohen Kundenaufnahme in der Grund- und Ersatzversorgung der TEAG führte. Für

die neuen Kunden musste Energie zu aktuellen Marktpreisen nachbeschafft werden. Das Vertriebsgeschäft, und insbesondere die Preispolitik, ist damit abhängig auch vom Verhalten anderer Wettbewerber. Trotz der großen Herausforderungen an den Beschaffungsmärkten konnten Bestands- und Neukunden auch im Geschäftsjahr 2022 zuverlässig mit Energie versorgt werden.

Im Privatkundengeschäft wurden infolge der Entwicklungen an den Großhandels- und Beschaffungsmärkten Preispassungen der Lieferverträge notwendig. Den gegebenen Marktbedingungen entsprechend musste das Angebotsportfolio für Neukunden überarbeitet werden. Die Dezember-Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sowie die Vorbereitungen zur Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse bedingten v. a. zum Jahresende detail- und aufwendungsreiche vertriebliche Organisations- und IT-Prozesse, und führten - vor dem Hintergrund der volatilen Marktsituation und erhöhten Kommunikationserfordernissen, u. a. mit Zulieferern und Kunden - zu einer starken Auslastung der Mitarbeiter.

Das Geschäftskundensegment wurde infolge der Energiepreisentwicklung unterjährig erneut von einer starken Zurückhaltung der Kunden bei Vertragsabschlüssen geprägt. In Anbetracht der hohen Preisvolatilität und der politischen Diskussionen zur Gas-, Wärme- und Strompreisbremse organisierte ein Großteil der Kunden seine Energielieferungen erst gegen Jahresende. Insgesamt setzte sich der Trend zu kurzfristigen Liefermodellen, welche sich zunehmend am Spotmarkt orientieren, fort.

Im Vertriebsgeschäft mit den Stadtwerken und anderen EVUs stand im Berichtszeitraum weniger die Akquise von Neukunden, als vielmehr die Angebotslegung der Bestandskunden im Fokus der vertrieblichen Aktivitäten. Die Kontrahierung ausreichender Strom- und Erdgasmengen für Geschäftspartner stand dabei im Mittelpunkt. Insbesondere gefragt waren Dienstleistungsprodukte, v. a. zum

Portfoliomanagement im Strom- und Gasbereich.

Mit intensiven Vorbereitungen für den operativen Start der TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO) am 1. Januar 2023 wurden im Geschäftsjahr 2022 die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um das Geschäftsfeld Elektromobilität weiter auszubauen und noch besser an den Bedürfnissen der Kunden auszurichten. Die Aufgaben im Bereich Elektromobilität, welche im kommenden Geschäftsjahr von der TMO übernommen werden, wurden im Berichtsjahr weiterhin von der TEAG und der TEN ausgeführt.

In 2022 wurde der Ausbau der Ladenetzinfrastruktur in Thüringen weiter vorangetrieben und der Fokus dabei v. a. auf die Errichtung von Schnelllademöglichkeiten gelegt. Im Berichtszeitraum war die TEAG-Unternehmensgruppe für den Betrieb von insgesamt mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normalladepunkten in ganz Thüringen und darüber hinaus verantwortlich. Im Bereich der öffentlichen Ladeinfrastruktur sind an 10 Standorten insgesamt 30 neue Schnellladepunkte entstanden, ein Großteil hiervon als sog. „HPC-Ladepunkte“ mit über 150 kW Schnellladeleistung. Diese wurden etwa an Autobahnen bzw. Autobahnkreuzen platziert; so erfolgte eine Erweiterung der Ladeinfrastruktur u. a. in Erfurt-Mittelhausen (A71), in Zella-Mehlis (A71) und in Heidegrund (A9). Im dritten Quartal des Jahres wurde ein Schnellladepark am Schleizer Dreieck (A9) in Betrieb genommen.

Am Standort der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt erfolgt ein Ausbau der dort vorhandenen batteriespeichergestützten Schnellladetechnik. Aufbauend auf einem Pilotprojekt zur Bereitstellung hoher Ladeleistungen auch bei geringer Netzkapazität (im Rahmen von entsprechenden Batteriespeicherlösungen) ist eine Erweiterung der am TEAG-Campus verfügbaren HPC-Ladeinfrastruktur auf insgesamt 4 Schnellladepunkte mit jeweils bis zu 300 kW Ladeleistung vorgesehen. Die Bauarbeiten hierfür haben im vierten Quartal des

Jahres begonnen. Eine Inbetriebnahme des HPC-Umbaus ist im kommenden Jahr geplant. Um die Verfügbarkeit der Ladenetzinfrastruktur in der Nähe der Kunden weiter zu erhöhen, wurden zudem erste Projekte in Wohnquartieren umgesetzt; hierdurch soll Mietern auch ohne eigenen Stellplatz das Laden ihrer Fahrzeuge ermöglicht werden. Neue Quartierslösungen mit entsprechender Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sind u. a. in Bad Blankenburg und Hildburghausen entstanden. Weitere Kooperationsvereinbarungen wurden geschlossen.

Im Geschäftsjahr nahmen die Gesamtabsatz- und Beschaffungsmengen sowohl im Strom- als auch im Gasbereich zu. Beim Gasabsatz ergab sich im Hinblick auf die einzelnen Kundensegmente folgendes differenziertes Bild: Während bei den Geschäftskunden ein vergleichsweise starker Anstieg der abgesetzten Mengen zu verzeichnen war, gingen die Absatzmengen sowohl im Privatkundengeschäft als auch bei den Weiterverteilern leicht bzw. moderat zurück. Im Strombereich hingegen lag nur die im Privatkundengeschäft abgesetzte Menge geringfügig unter Vorjahresniveau. Beim Stromabsatz an Geschäftskunden und Vertriebspartner war ein Anstieg der Absatzmengen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Der Stromabsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +107,1 GWh auf insgesamt 8.629,6 GWh. ...

Im Bereich der Geschäftskunden erholten sich die Absatzmengen weiter von den Corona-Auswirkungen. Insgesamt wurden im Geschäftskundenbereich 2.621,3 GWh Strom geliefert (+123,8 GWh im Vorjahresvergleich). Der Mengenzuwachs begründet sich v. a. aus der Gewinnung weiterer Großkunden im Vorjahr. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden entspricht einem Anteil von insgesamt rund 30 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Im Privatkundengeschäft hingegen ergab sich ein geringfügiger Rückgang der Gesamtabsatzmenge. Zwar führten

Bilanzkreiskündigungen von Stromversorgern, v. a. im letzten Quartal des Vorjahres, zu einem Anstieg der Kundenzahlen insbesondere in der Grund- und Ersatzversorgung. Jedoch resultierten die im Berichtszeitraum vergleichsweise milden Durchschnittstemperaturen in einem entsprechenden Absatzrückgang beim Heizstromprodukt. Dieser Rückgang konnte durch den Kundenzuwachs nicht vollständig kompensiert werden. Der Stromabsatz im Privatkundengeschäft lag im Berichtszeitraum daher mit insgesamt 1.044,7 GWh Strom geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die abgesetzte Strommenge bei den Privatkunden entspricht einem Anteil von rund 12 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Beim Absatz an Vertriebspartner, v. a. an Stadtwerke, wurde im Geschäftsjahr ein Absatz i. H. v. 4.363,0 GWh und damit ein Anstieg um +168,1 GWh verzeichnet. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei rund 51 Prozent.

Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie über eigene und fremde Kraftwerke. Um den sich verändernden Marktbedingungen zu entsprechen, wird das Händlerportfolio mittel- und langfristig noch weiter diversifiziert.

Der Erdgasabsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +341,8 GWh auf insgesamt 6.953,8 GWh. ...

Im Bereich der Geschäftskunden wurden 2.770,6 GWh Erdgas geliefert (+503,4 GWh im Vorjahresvergleich). Der Mengenanstieg ist, wie im Strombereich, u. a. auf die Gewinnung weiterer Großkunden zurückzuführen. Der Absatz an Geschäftskunden entspricht einem Anteil von rund 40 Prozent am Gesamterdgasabsatz.

Im Privatkundengeschäft führten die im Berichtszeitraum vergleichsweise milderen Temperaturen zunächst zwar zu einem geringeren Gasabsatz als im Vorjahreszeitraum. Dieser wurde durch einen Anstieg der Kundenzahlen, sowohl

in der Grund- und Ersatzversorgung als auch bei den Wettbewerbsprodukten der TEAG, aber fast vollständig kompensiert. Im Berichtszeitraum fiel die Wechselbereitschaft der Kunden aufgrund der rasanten Preisentwicklung am Markt zudem wesentlich niedriger als in den Vorjahren aus. In der Summe verringerte sich der Erdgasabsatz gegenüber dem Vorjahr leicht um -21,9 GWh auf insgesamt 1.711,9 GWh. Damit liegt der Anteil der Privatkunden am gesamten Erdgasabsatz bei rund 25 Prozent.

Beim Erdgasabsatz an Vertriebspartner wurde im Geschäftsjahr mit 2.471,3 GWh einen moderaten Rückgang des Absatzes um rund -5 Prozent verzeichnet. Die abgesetzte Erdgasmenge bei den Vertriebspartnern entspricht einem Anteil von rund 36 Prozent am Gesamtabsatz im Erdgasbereich.

Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 1.089,3 GWh (Vorjahr: 1.234,2 GWh). Hiervon entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 465,9 GWh (Vorjahr: 543,9 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/Schwarza 590,6 GWh (Vorjahr: 655,9 GWh). Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 60 dezentrale Erzeugungsanlagen betrieben, mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 23,6 MW sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 1,6 MW. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen) versorgt. Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 23 weitere Abnehmer beliefert. Hier wurde Wärme sowohl für fernwärmeversorgte Kunden als auch für dezentral versorgte Ein- und Mehrfamilienhäuser bereitgestellt. Zudem wurden verschiedene Gewerbekunden, Jugendherbergen, Seniorenheime und Hotels beliefert.

In der TEAG-Unternehmensgruppe ist zunächst die TEN als gMSB für die

Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes verantwortlich. Die TMZ übernimmt dabei als Full-Service-Dienstleister unternehmensintern diese Aufgabe. Die TMZ ist für die komplette Prozesskette des Messstellenbetriebes, vom Einbau der Messeinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke, zuständig. Im Auftrag der TEN betreute die TMZ in diesem Zusammenhang rund 590.000 Strom- sowie rund 110.000 Gaszähler und stattete in deren Netzgebiet 4.726 Messlokationen mit iMSys und 39.873 Messlokationen mit mME aus. Im zweiten Quartal des Jahres hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die umstrittene Allgemeinverfügung zum Rollout von iMSys, den sog. „Smart Metern“, Anlage I 28 zurückgenommen; gMSB sind daher aktuell nicht mehr verpflichtet, iMSys zu verbauen. Mit der Rücknahme der Allgemeinverfügung entfiel auch die ursprünglich festgelegte Mindestrolloutquote von 10 Prozent einschließlich der entsprechenden Fristen. Gleichwohl wurde durch das BSI unter Bezugnahme auf § 19 Absatz 6 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) festgestellt, dass iMSys weiterhin verbaut und betrieben werden können. Da diese eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Energieversorgungsstrukturen, und damit eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Energiewende, darstellen, setzt die TMZ den iMSys-Rollout weiter fort. Zudem stellen iMSys insbesondere in der aktuellen Energiemarktkrise für Endverbraucher einen wertvollen Beitrag zur effizienten bzw. effektiven Verbrauchserfassung und -steuerung dar.

Als Komplettdienstleister für das intelligente Messwesen richtet die TMZ ihr Leistungsportfolio sowohl an gMSB als auch an wettbewerbliche Anbieter, die auf Basis der Smart-Meter-Infrastruktur ihr Leistungsangebot in der spartenübergreifenden Verbrauchsmessung (sog. „Submetering“) erweitern und ihren Kunden entsprechende Mehrwertdienste anbieten wollen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die TMZ weitere Großkunden aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft gewinnen.

Im Geschäftsjahr wurde in Zusammenarbeit zwischen der TMZ und TWS erfolgreich ein erster Labortest im Bereich „Smart Grid“ durchgeführt; iMSys bieten neben dem Erfassen und Versenden von Messwerten auch eine geeignete technologische Basis für das sichere Steuern von Niederspannungsnetzen. Die Steuerung von Flexibilitäten im Erzeugungsbereich (z. B. von PV-Anlagen oder auch Blockkraftwerken bis 100 kW), aber auch von steuerbaren Verbrauchern (z. B. Wärmepumpen) kann in Verbindung mit iMSys über sog. Steuerboxen erfolgen. Grundsätzlich wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise ein stufenweises Schalten von PV-Anlagen von einem zentralen Standpunkt wie der Netzleitstelle aus möglich. Im Rahmen des Innovationsprojektes „Implementierung intelligentes Systemmanagement“ wurden weitere Schritte zur netzdienlichen Steuerung von dezentralen Erzeugungseinheiten umgesetzt. Im Hinblick auf die Energiewende gewinnt das sichere und effiziente Steuern von Flexibilität in Niederspannungsnetzen immer weiter an Bedeutung. Die TMZ setzt sich gemeinsam mit weiteren Projektpartnern u. a. im vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderten Innovationsprojekt „SMGW-forwards“ für die Weiterentwicklung der energierelevanten und netzdienlichen Anwendungsbereiche von iMSys und deren Kommunikationseinheiten, den Smart Meter Gateways (SMGw), ein. Ziel des auf 3 Jahre angelegten Projektes ist es, die weiterentwickelten Funktionalitäten zur Marktreife zu bringen sowie diese für deren Einsatz im Massenmarkt zu optimieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen, fachspezifischen Branchendiskussionen zur Fortentwicklung der SMGw-Infrastruktur ist ein kontinuierlicher Austausch mit allen Stakeholdern geplant.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die TNK den Glasfaserausbau in Thüringen noch einmal deutlich beschleunigt. Insgesamt wurden so viele Glasfaserprojekte umgesetzt, wie nie zuvor. In insgesamt 17 derzeit geförderten Ausbauprojekten widmet sich die Gesellschaft der Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ und sorgt, insbesondere im ländlichen

Raum, für einen schnellen Glasfaseranschluss. In den Fördergebieten der TNK wurden im Berichtszeitraum Investitionsprojekte mit einem Auftragsvolumen zwischen 120 T€ und 21 Mio. € vorangetrieben. Insgesamt wurden über die TNK mehr als 50 Mio. € in den Glasfaserausbau investiert, davon flossen Investitionen i. H. v. rund 8,2 Mio. € in eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte. Im Rahmen der Tiefbauarbeiten wurden Trassen mit einer Gesamtlänge von mehreren hundert km realisiert. Mit dem Ausbau werden insgesamt mehr als 17.700 Wohneinheiten mit Glasfaser erschlossen. Bereits zum Ende des dritten Quartals konnte durch die TNK nahezu das Gesamtinvestitionsvolumen des vorangegangenen Berichtszeitraumes umgesetzt werden. Investitionen erfolgten u. a. im Unstrut-Hainich-Kreis, im Ilm-Kreis, im Altenburger Land, in Zeulenroda-Triebes, in der Gemeinde Am Ettersberg sowie in Blankenhain, Sonneberg, Feldstein und Bad Tabarz. Die Grundstückseigentümergeklärungsquoten zur Glasfasererschließung lagen im Berichtszeitraum auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Die TNK ist Betreiber des zweitgrößten Glasfasernetzes in Thüringen, das u. a. von großen Internetanbietern, Thüringer Universitäten, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und Privatkunden zur schnellen Datenübertragung genutzt wird. Darüber hinaus dient ein modernes, hochleistungsfähiges Glasfasernetz der Überwachung und Steuerung des Thüringer Strom- und Erdgasnetzes.

Im Berichtszeitraum wurde die Vermarktung des von der TEAG mit errichteten Rechenzentrums weiter vorangetrieben. Die TNK hat das Rechenzentrum von der TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Ilmenau (TRZ), gepachtet, betreibt und vermarktet es. Im Geschäftsjahr 2022 konnten neue Kunden, u. a. aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, der Energiebranche und dem Gesundheitswesen, hinzugewonnen und im Rahmen von langfristigen Serviceverträgen gebunden werden. Neben der Nutzung von Rechenleistungskapazitäten umfassen die

Verträge zum Teil auch Vereinbarungen zur Erschließung der Unternehmensstandorte von Kunden der TEAG-Unternehmensgruppe über leistungsfähige Glasfaseranbindungen.

Zum 31. Dezember 2022 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 62 Unternehmen. Zum Stichtag war die KEBT neben der TEAG an 20 Stadtwerken, 11 Energieprojektgesellschaften, 11 Energiedienstleistungsgesellschaften, 5 Netzgesellschaften sowie 14 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung, erneuerbare Energien und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt.

Im Geschäftsfeld erneuerbare Energien fand am 1. Januar 2022 eine Anteilsübertragung der Anteile an der Innosun GmbH und der Innosun Service GmbH i. H. v. 50,1 bzw. 50,0 Prozent an Anlage I 31 die TEAG statt. Im dritten Quartal erfolgte eine Umfirmierung der bisherigen KomSolar zur TSO. Die Solarpark Edersleben GmbH, Erfurt, wurde auf die TSO verschmolzen. Die TSO wird zukünftig, in Ergänzung zu den Geschäftsaktivitäten der Innosun und eness, die Aktivitäten im PV-Bereich für Industrie- bzw. Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerke zusammenführen. Mit den genannten Schritten im Bereich der erneuerbaren Energien sollen vorhandene Synergieeffekte weiter gehoben, das Beteiligungsergebnis auch mittel- und langfristig auf einem stabilen Niveau gehalten und zugleich weiteres Wachstum generiert werden. Über die im Geschäftsjahr 2022 erworbene Beteiligung an der TGG i. H. v. 20 Prozent wird den kommunalen KEBT-Aktionären ermöglicht, geförderte Breitbandausbauprojekte im Bereich der Breitband- bzw. Glasfaserversorgung in Thüringen voranzutreiben. Die TGG bündelt alle wesentlichen Prozesse im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundes- und Landesbreitbandförderprogrammes (sog. „graue Flecken“-Programm); so u. a. die Durchführung von Markterkundungs-

verfahren, die Ausschreibung und Vergabe von Planungs- und Bauleistungen, die Pachtaussschreibung und -vergabe der Pacht, die Organisation und Durchführung der Ausbauprojekte sowie die gesamte Fördermittelbeantragung und -abrechnung. Im Berichtszeitraum erhielt die TGG vom Projektträger mehrere Zuwendungsbescheide auf Basis des sog. „Betreibermodells“....

Seit 2006 besteht ein integriertes Managementsystem für Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzbelange, das seit 2011 erstmalig zertifiziert und seit 2016 durch ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach ISO 50001 ergänzt wurde (HS2E-Management). Hierzu finden regelmäßige Überwachungsaudits statt. Durch dieses System werden konkrete Verhaltensansätze und übergreifende Mindeststandards festgelegt. In 2022 wurde erfolgreich eine Rezertifizierung durchgeführt. ...

Der KEBT-Konzern fühlt sich dem Umweltschutz und dem damit verbundenen sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Es ist das Bestreben, mögliche Umweltbelastungen zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. So war auch das Geschäftsjahr 2022 konzernweit durch unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit geprägt.

Im Berichtsjahr wurden mit den regenerativen Erzeugungsanlagen insgesamt 12,0 Mio. kWh Strom erzeugt, auf eigene PV-Anlagen entfiel dabei eine Erzeugungsmenge i. H. v. insgesamt 2,9 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 2,5 kWh). Mit den Geschäftsaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien werden Gemeinde und Städte bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und einen aktiven Klimaschutz unterstützt. Hierfür wurden inzwischen mehr als 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften errichtet. Unter Beachtung der allgemeinen Sicherheit und unter Vermeidung von Personen- und

Sachschäden wurden im Berichtszeitraum zum Zweck von Energieeinsparungen u. a. die Regelungen der sog. „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristige Maßnahmen“ umgesetzt. Die Maßnahmen umfassten u. a. eine Begrenzung der Heiztemperaturen von Arbeits- und Gemeinschaftsräumen sowie eine deutliche Reduzierung der Beleuchtungsanlagen. Zur Energieeinsparung wurde für Poolfahrzeuge zudem eine zulässige Höchstgeschwindigkeit eingeführt. Weitere Maßnahmen ergaben sich auf Grundlage des Energiemanagementsystems gemäß ISO 50001.

Perspektivisch ist beim Betrieb der Anlage beispielsweise auch der Einsatz von Wasserstoff, und insbesondere grünem Wasserstoff, denkbar. Im Berichtszeitraum wurden Projektpläne zur Umsetzung und Realisierung von Nachhaltigkeits- und Geschäftspotenzialen beim Einsatz dieser neuen Technologie weiter vorangetrieben. Zur Projektbegleitung wurden u. a. auch neue Personalkapazitäten geschaffen.

Seit dem Jahr 2021 besteht das Engagement im Wasserstoffprojekt TH2ECO, das zum Ziel hat, grünen Wasserstoff als Grundlage für eine lokale Wasserstoffwirtschaft herzustellen, und diesen für die Energieversorgung in Thüringen nutzbar zu machen. Im Rahmen des Projekts soll in Nordthüringen gewonnener Windstrom für die Wasserstofferzeugung verwendet werden. Dieser Wasserstoff könnte zukünftig im ehemaligen Erdgasuntergrundspeicher Kirchheilingen (UGS Kirchheilingen) gespeichert und über eine Pipeline nach Erfurt geleitet und für die CO₂-freie Fernwärmeversorgung nutzbar gemacht werden. Im Berichtszeitraum wurde eine Studie zur Realisierbarkeit der Wasserstoffspeicherung im UGS Kirchheilingen in Auftrag gegeben. Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ist die Erarbeitung eines Umstellplans angedacht. Im Zuge der Sektorenkopplung könnte grüner Wasserstoff zukünftig zudem auch im Rahmen von klimaneutralen Mobilitätsprojekten Anwendung finden.

Der Ausbau von dezentralen, regenerativen Fernwärmeversorgungsprojekten gehört zu den übergeordneten Zielen der Geschäftstätigkeit im Erzeugungsbereich. Unter anderem über sog. „kalte Nahwärmenetze“ wird die nachhaltige Nutzung von Umweltwärme aus der Erde, der Luft und aus Gewässern gefördert, und dazu beigetragen, die Wärmewende, insbesondere auch im ländlichen Raum, schnell und kostengünstig zu realisieren. Im thüringischen Neumühle/ Elster beispielsweise wurde im Berichtszeitraum ein erstes sog. „Flussthermie“-System errichtet. Der Bau weiterer Flusswärmeübertrager zur klimaneutralen Wärmenutzung ist in Planung. Ziel ist es, langfristig den gesamten Ort mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Ein zusätzlicher, umweltfreundlicher Nebeneffekt der CO₂-neutralen und kostenreduzierenden Flussthermie besteht darin, dass überhitzten Flüssen im Sommer, zumindest in begrenztem Umfang, Wärme entzogen werden kann.

Auch im Geschäftsjahr 2022 wurde weiter an der Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte gearbeitet. So wurden u. a. in Weida und Gera-Langenberg Quartiersprojekte mit hochmodernen iKKW-Systemen weiter vorangetrieben. Ein großer Vorteil der hocheffizienten Systeme liegt in ihrer Flexibilität, da sie individuell auf Schwankungen im Stromnetz reagieren können: Bei geringen Einspeisemengen im Netz trägt der klimaschonend gewonnene Strom zur Netzstabilisierung bei, im Falle von zu hohen Mengen schalten sich elektrische Wärmeverbraucher zu. Durch den Ausbau hochmoderner iKKW-Systeme kann letztlich nicht nur die Stromnetzstabilität gefördert, sondern, insbesondere in Zeiten von Niedriglast, auch eine Abregelung von Wind- und PV-Anlagen ggf. verhindert werden.

Das übergeordnete Ziel im Erzeugungsgeschäft besteht darin, die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, wie etwa der Windkraft- und Sonnenenergie, weiter deutlich auszubauen und die Geschäftsaktivitäten im Bereich Erneuerbare den konventionellen Erzeugungs-

und Vertriebsaktivitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichzustellen. Wichtige Ansätze zur Erhöhung der Energieeffizienz ergeben sich auch aus branchenübergreifenden Kooperationen. Die TWS ist daher u. a. im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv. Die TWS bringt sich gemeinsam mit weiteren Thüringer Stadtwerken und Regionalversorgern im Rahmen des sog. „Nationalen Aktionsplanes Energieeffizienz“ zudem in das Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ ein. Die zunehmende Nutzung von Elektrofahrzeugen erfordert auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Über den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität wird aktiv die Umsetzung der Verkehrswende vorangetrieben. Im Geschäftsjahr 2022 wurde zudem die Elektrifizierung des unternehmensinternen Fuhrparks fortgeführt: Der Anteil an Elektrofahrzeugen am gesamten Fahrzeugbestand beläuft sich auf insgesamt 27 Prozent.

Die zunehmende Elektrifizierung des Fuhrparks erfordert auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur an den Unternehmensstandorten. Zum Ende des Geschäftsjahres standen den Mitarbeitern thüringenweit über 200 Ladepunkte an verschiedenen Standorten zur Verfügung. Unter dem Mitarbeiter- und Gästeparkplatz der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt befindet sich die größte Geothermie-Anlage Thüringens, die zwei Drittel des Verwaltungskomplexes heizt und kühlt.

Zur Realisierung des Klima- und Umweltschutzes wird der KEBT-Konzern auch in Zukunft konkrete technische und praktische Meilensteine aufstellen und diese auch weiterhin konsequent umsetzen.

Die KEBT konnte im Geschäftsjahr 2022, trotz der schwierigen energie-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge des Ausbruchs der Ukraine- und Energiemarktkrise, der hohen Inflation sowie der anhaltenden Material- und Dienstleisterknappheit, eine stabile Unternehmensentwicklung verzeichnen. Die breite Aufstellung entlang der energiewirtschaftlichen

Wertschöpfungskette sichert, auch in Krisenzeiten, das Erreichen der gesetzten Ziele und damit die finanzielle Beteiligung der Anteilseigner am Unternehmenserfolg.

Das EBITDA lag mit 241,5 Mio. € (Vorjahr: 230,0 Mio. €) auf Planniveau. Der Anstieg des EBITDA im Vergleich zum Vorjahr um +5,0 Prozent resultiert insbesondere aus der gestiegenen energiewirtschaftlichen Rohmarge. Zudem hat der KEBT-Konzern im Geschäftsjahr ein EBT i. H. v. 72,9 Mio. € (Vorjahr: 78,3 Mio. €) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 53,4 Mio. € (Vorjahr: 52,3 Mio. €) erwirtschaftet und konnte damit die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBT zwischen 65 Mio. € und 80 Mio. € sowie einen Konzernjahresüberschuss zwischen 45 Mio. € und 55 Mio. €, erreichen.

Das Rohergebnis liegt mit 509,8 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau (378,2 Mio. €). Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss ist dabei um +14,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die regulierten Sparten und die Erzeugung konnten die negativen Vertriebsentwicklungen mehr als kompensieren. Der weitere Anstieg ist auf einen Sondereffekt aus der Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds zurückzuführen, wobei der dazugehörige Dotierungsaufwand im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen ist.

Das Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lag mit insgesamt 182,0 Mio. € unter dem geplanten Niveau von 255,0 Mio. €. Ursächlich hierfür waren u. a. Projektverzögerungen im Breitbandausbau. Durch gezielte Investitionen und die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse, hat sich der KEBT-Konzern im Berichtszeitraum, trotz der Herausforderungen im energiewirtschaftlichen Marktumfeld, gut behaupten können. Ein stetig steigendes Investitionsniveau stellt die Weichen, zur erfolgreichen Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben und Veränderungen. ...

Insgesamt beliefen sich die Investitionen im Geschäftsjahr 2022 auf insgesamt 203,2 Mio. €, die sich auf die Bereiche Erzeugung und Wärme, Stromnetz, Gasnetz, Elektromobilität, Intelligente Messsysteme, Telekommunikation, Finanzanlagen und Ausleihungen sowie Sonstiges (IT, Immobilien, Vertrieb) verteilen. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Erzeugung und Wärme Investitionen i. H. v. insgesamt 19,9 Mio. € getätigt.

Zur Modernisierung und Erweiterung des HKW Jena wurde ein Betrag i. H. v. rund 13,2 Mio. € investiert. Die Investition führt zu einer signifikanten Effizienzverbesserung, einer Erhöhung des Stromanteils sowie einer vorteilhafteren Start-Stopp-Fähigkeit der Erzeugungsanlage. Weitere Ausgaben entfielen u. a. auf eine Aktualisierung des Leitsystems sowie verschiedene weitere Einzelmaßnahmen. Am Standort des HKW Schwarza wurden rund 1,9 Mio. € investiert, wovon rund 1,2 Mio. € auf den planmäßigen Austausch einer Gasturbine entfielen.

An dem Wasserkraftwerk in Falken fand ebenfalls eine Erneuerung des Leitsystems statt. Zudem wurde in den Neuanschluss von Fernwärme- und Contractingkunden sowie in die Erneuerung der 0,4-kV-Schaltanlage am Standort Bad Salzungen investiert. Weitere Mittel flossen in die Erneuerung des Leistungsschalters der Gasmotorenanlage in Merxleben sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Im Bereich der dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen wurden im Berichtszeitraum rund 3,9 Mio. € investiert. Hiervon entfielen rund 2,1 Mio. € auf die Fortführung des Quartiersprojekts in Weida sowie rund 1,4 Mio. € auf den Baubeginn des Quartiersprojekts in Gera-Langenberg. Im Bereich Wärmenetze betragen die Investitionen rund 0,2 Mio. €, mehrheitlich in den Neuanschluss von Wärmekunden an den Standorten Bad Lobenstein sowie Bad Blankenburg.

Im Geschäftsjahr wurden in die Strom-, Gasverteil- und Straßenbeleuchtungsnetze Investitionen i. H. v. insgesamt rund 76,9 Mio. € getätigt.

In das Stromverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. rund 61,4 Mio. €. Davon wurden 32,4 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 17,7 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 1,8 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Die restlichen 9,5 Mio. € wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN.

Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 33,1 Mio. € auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden rund 112 km Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet und 75 Transformatorenstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 2.400 Hausanschlüsse neu errichtet.

Im Mittelspannungsnetz wurde die Spannungsumstellung auf die internationale Normspannung 20 kV fortgesetzt. Der Mittelspannungsring der Wintersportstätten in Oberhof mit einer Länge von rund 4,5 km wurde mit 2 Kundenstationen und einer Ortsnetzstation auf 20 kV umgestellt. Zusätzlich wurden die Übergabestation und das kundeneigene Mittelspannungsnetz des Wintersportzweckverbandes umgestellt. In Grimmenthal-Simmershausen wurde die Spannungsumstellung mit der Umstellung der Transformatoren abgeschlossen. Insgesamt wurden in diesem Projekt 2 Umspannwerke, 130 km Mittelspannungsleitung und 120 Transformatorenstationen auf 20 kV umgestellt. In Königsee und Bad Liebenstein wurden vorbereitende Arbeiten für die geplante Spannungsumstellung im Jahr 2023 durchgeführt. Insgesamt werden damit 92,5 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben. Von der TEN wurden im Berichtszeitraum insgesamt rund 8,8 Mio. € in Zähler, Leit- und Informationstechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In Hochspannungsleitungen und Umspannwerken flossen im Berichtszeitraum Mittel i. H. v. 19,5 Mio. €. Auf den 110-kV-Trassen Weida-Geralangenberg und Weida-Beerwalde wurde die Übertragungskapazität erhöht und das Sicherheitsniveau an die bestehenden Vorgaben angepasst. Hierfür war der Neubau von 10 Hochspannungsmasten erforderlich. Zur Vorbereitung des Anschlusses des Umspannwerkes Sömmerda-West wurden 3 neue Hochspannungsmasten errichtet.

Im Bereich der Umspannwerke führte die TEN sowohl Erweiterungsinvestitionen als auch Ersatzneubauten durch. Hierzu zählten u. a. der Neubau des 110-kV-Umspannwerkes Sömmerda-West zur Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien sowie die Erweiterung der 110-kV-Umspannwerke Menteroda und Thörey. Für einen großen Industriekunden am Erfurter Kreuz wurde ein neues, leistungsfähiges Kundenumspannwerk gebaut.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. rund 15,5 Mio. €. Davon wurden 8,6 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 6,1 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 0,8 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 14,1 Mio. €. Die Schwerpunkte der Neuerschließungen lagen in Obermaßfeld und Grimmenthal, Schwarzbach, Scheibe-Alsbach und Mühltröf.

Investitionsschwerpunkte im Gas-Hochdrucknetz lagen auf dem Neubau eines Netzanschlusses in Wünschendorf, der Umverlegung einer Gashochdruckleitung zur Erweiterung des Industriegebietes Kölleda-Kiebitzhöhe, dem Ersatzneubau der Ortsnetzgasdruckregelanlagen Werther, Mörsdorf und Rutha sowie dem Ersatzneubau der Gashochdruckleitung im Bereich der Übernahmestation Gillersdorf. Etwa 1,4 Mio. € wurden in Messeinrichtungen, Netzleit- und

Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Telekommunikation Investitionen i. H. v. insgesamt rund 53,9 Mio. € vorgenommen.

Die Investitionsschwerpunkte lagen v. a. im geförderten Glasfasernetzausbau, im eigenwirtschaftlichen Glasfaserausbau neuer Orte sowie in der Errichtung verschiedener Kundenanbindungen. Weitere Investitionen i. H. v. rund 2,5 Mio. € entfielen auf den Bereich Übertragungstechnik. Im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung und die steigende Nachfrage nach Dienst- und Serviceleistungen mit hohem Datenvolumen wurden im Berichtszeitraum zudem Erweiterungen der Backbone-Netzinfrastrukturen vorgenommen. Weitere Investitionen im Umfang von rund 1,5 Mio. € wurden im Rahmen von sonstigen LWL-Projekten getätigt. Mit Investitionen in Lichtwellenleiter und Übertragungstechnik wird auf den zunehmenden Bandbreitenbedarf reagiert.

Im Geschäftsjahr wurden im Wesentlichen Investitionen in Beteiligungen i. H. v. insgesamt 13,7 Mio. € getätigt. Insbesondere der Ausbau des PV-Bereichs stand dabei im Mittelpunkt. Durch Zukauf von Anteilen i. H. v. +49,9 Prozent an der eness wurde diese zu einer 100 Prozent Tochter der TEAG. Zudem erfolgte durch die TEAG der vollständige Anteilskauf an der SPE sowie eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der KomSolar zur Durchführung ihrer vielfältigen PV-Projekte. Im Geschäftsfeld Telekommunikation wurden im Rahmen einer 10 Prozent Beteiligung an der 450 MHz Beteiligung GmbH finanzielle Mittel für den Anteilskauf an der 450 connect zur Verfügung gestellt, zudem wurden Anteile an der Keyweb durch die TEAG erworben. ...

Für den KEBT-Konzern existieren derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, weder durch Einzel-, noch durch aggregierte Positionen. Diese werden auch nicht für das folgende Geschäftsjahr erwartet. Das vorhandene Risiko-deckungspotenzial ist - auch vor dem

Hintergrund der aktuellen Energie-marktkrise - ausreichend, um den aggregierten Gesamtrisikoumfang zu tragen. Die Risikotragfähigkeit ist sowohl für die KEBT als auch für die gesamte TEAG-Unternehmensgruppe gegeben. Dennoch unterliegt der KEBT-Konzern gewissen Unsicherheiten, die die Geschäftsaktivitäten beeinflussen können. Durch den Einsatz geeigneter Kontroll- und Überwachungssysteme sowie entsprechender Sicherungsmaßnahmen werden diese Risiken weitestgehend begrenzt. Neben den Risiken können sich unterschiedliche Sachverhalte dabei auch positiv auf die Geschäftstätigkeiten auswirken. Die frühzeitige Identifizierung, Überwachung und Steuerung dieser Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Chancen- und Risikomanagements. Dabei gilt es, die entsprechenden Chancenpotenziale sowohl auf Ebene der einzelnen Geschäftsbereiche als auch auf der Gesamtebene der Unternehmensgruppe zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Auf Grundlage der internen Chancen- bzw. Risikoerkennung und -bewertung haben die folgenden Sachverhalte eine wesentliche Bedeutung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Übergreifende Risiken ergeben sich v. a. infolge der Ukraine- und Energiemarktkrise. Insbesondere bei Absatzmengen, Preisen, Margen und Liquidität entstehen neue Risiken. Die potentiellen Auswirkungen bestehender Risiken vervielfältigen sich dabei zunehmend. Die allgemeine Risikosituation verschärft sich durch die anhaltende und sich verstärkende Material- und Dienstleisterknappheit sowie eine drohende Rezessionsgefahr in Europa. Als Reaktion auf die komplexe Risikosituation wurde insbesondere über die TEAG-Unternehmensgruppe u. a. ein regelmäßig tagender Krisenstab eingerichtet, die Beschaffungspolitik überarbeitet, der Gasspeicher der TEAG weiter befüllt und sich generell noch intensiver mit Kunden, Lieferanten, verschiedenen Verbänden und dem Gesetzgeber abgestimmt.

Prinzipiell unterliegt die Energiewirtschaft fortwährend strukturellen Veränderungen. Die aktuellen geopolitischen Ereignisse jedoch bedingen geschäftsfeldübergreifend zusätzliche umfangreiche und tiefgreifende Veränderungen, nicht zuletzt aus rechtlicher Perspektive (u. a. im Hinblick auf die Soforthilfen für Letztverbraucher sowie die Einführung eines Gas-, Wärme- und Strompreisdeckels).

Durch die Anstrengungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie durch die Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung verändert sich das Marktumfeld der Geschäftsfelder. Die bereits vollzogenen strukturellen Veränderungen, insbesondere großer EVU, wirken sich umfassend auf die Bereiche Vertrieb, Netze und Erzeugung aus. Dies führt zur Entstehung neuer Chancen und Risiken. Durch den Markteintritt neuer Wettbewerber können sich zudem Form, Richtung und Intensität des Wettbewerbs innerhalb der Branche grundlegend verändern. Marktteilnehmer wachsen mitunter aus ihren bisherigen Nischen heraus und intensivieren so den Wettbewerb unter den bestehenden Marktteilnehmern. Auch Schnittstellen zu anderen Branchen sowie mögliche Kettenreaktionen innerhalb der Energiebranche können weitere Risiken bergen. Gegenläufige Tendenzen hingegen können sich aus dem Marktaustritt einzelner Versorger ergeben.

Das Fortdauern der Corona-Pandemie bzw. deren ungewisser weiterer Verlauf stellt nicht nur eine anhaltende gesundheitliche Gefahr für die Mitarbeiter dar, sondern birgt ebenso auch das Risiko wirtschaftlicher Folgeschäden. Aus der Dynamik des Pandemiegeschehens ergeben sich weitreichende Risiken in allen Geschäftsbereichen, so u. a. auch im Hinblick auf die weltweit weiterhin angespannten Lieferketten. Den entsprechenden Herausforderungen wird mit einer Vielzahl erprobter Gegenmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Risikoreduzierung begegnet. Das übergeordnete Ziel liegt immer im sicheren Betrieb der anvertrauten Infrastruktur bei

gleichzeitiger Minimierung der Infektionsrisiken für die Mitarbeiter und die Gesellschaft. ...

Durch die Dynamik des Marktumfelds bzw. die entsprechenden Transformationsprozesse ergeben sich darüber hinaus aber auch verschiedene strategische Entwicklungschancen. Die aktuellen Veränderungen gehen dabei über die bisherigen, im Rahmen der Hochrechnungen bzw. Mittelfristplanungen betrachteten Ansätze hinaus. Die mit der Energie-, Wärme-, und Verkehrswende einhergehenden bzw. entstehenden Geschäftschancen beispielsweise bieten das Potenzial, den Unternehmenserfolg nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Übergreifende Chancen ergeben sich insbesondere auch durch die Entwicklung und Nutzung neuer, innovativer Technologien, aus denen wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen hervorgehen können. Entsprechende Geschäftspotenziale sind aktuell u. a. durch die Portfolioentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität, durch eine konsequente Fortführung der Digitalisierung im Bereich des Messwesens sowie durch den weiteren Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes (z. B. im Bereich Geoinformationssysteme, Redispatch 2.0 und Glasfaser) gegeben. Im Bereich Wasserstoff bestehen weitere wichtige Entwicklungschancen, die wesentlich zur Umsetzung des Versorgungsauftrages sowie der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Die Implementierung neuer Technologien ist gleichzeitig auch mit möglichen strategischen Risiken verbunden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Transformationsprozesse ist dabei zunächst die übergreifende Frage zu berücksichtigen, auf der Grundlage welcher Energieträger, Technologien und Verteilsysteme sich eine stabile Versorgungslage in Deutschland realisieren lässt, solange ein umfassender Ausbau der erneuerbaren Energien noch nicht abgeschlossen ist. Im Geschäftsfeld Messwesen beispielsweise führt in Bezug auf den Rollout der sog. „intelligenten Messtechnik“ die Dynamik

der regulatorischen Rahmenbedingungen des derzeit stattfindenden Wechsels von konventionellen Messgeräten hin zu iMSys zu erheblichen Unsicherheiten. Im Bereich Telekommunikation entstehen im Rahmen des Glasfaserausbaus Risiken u. a. durch konkurrierende Infrastruktur und den Einfluss der anhaltenden Inflation. Konkrete Risiken bestehen zudem durch die von der Bundesregierung geplante Erweiterung der Förderbarkeit des Breitbandausbaus im Hinblick auf die Beseitigung der sog. „grauen Flecken“. Die bisherige Förderung von Anschlüssen mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von weniger als 30 Mbit/ s (sog. „weiße Flecken“) soll zukünftig auf alle nicht-glasfaserbasierten Anschlüsse ausgeweitet werden.

Sämtliche Geschäftsfelder werden von einer steigenden Komplexität und Verknüpfung von Prozessketten sowie durch einen zunehmenden Digitalisierungsgrad geprägt. Dadurch steigt die konzerninterne und unternehmensübergreifende Abhängigkeit von den verwendeten IT-Systemen hinsichtlich deren Verfügbarkeit und Stabilität. Ein Ausfall der IT-Unterstützung wäre mit erheblichen Personal- und Wiederbeschaffungskosten sowie längeren Bearbeitungszeiten verbunden. Aktuell stellen Cyberangriffe eine gestiegene Bedrohung für Betreiber kritischer Infrastrukturen dar. Die Zielstellung der Angriffe ist dabei vielfältig. Technische Maßnahmen zur Vermeidung dieses Risikos liegen u. a. im internen Kontrollsystem, verschiedenen Backup-Strategien, dem Berechtigungs- und Zutrittsmanagement, mehrstufigen Firewalls und anderen Verschlüsselungstechnologien. Zudem erfolgen regelmäßige Überprüfungen der vorhandenen IT- bzw. Sicherheitsarchitektur, umfangreiche Schulungen der Mitarbeiter sowie die Kommunikation aktueller Bedrohungsszenarien an die Belegschaft.

Zusätzliche Risiken ergeben sich aus den sich abzeichnenden Folgen des Klimawandels. Extremwetterlagen wie Sturm, Orkan, Hagel, Nasseschnee oder extreme Hitze können zu erheblichen Schäden an den Netzanlagen bzw. an den angeschlossenen Erzeugungsanlagen von

Kunden führen. Die potentiellen Folgeschäden reichen dabei von materiellen Aspekten - beispielsweise in Bezug auf Wiederbeschaffungs- bzw. Wiederinstandsetzungskosten von Netzbestandteilen bzw. Anlagen - bis hin zu latenten, systemischen Risiken, wie etwa zeitlich begrenzten lokalen oder auch regionalen Versorgungsunterbrechungen. Vor dem Hintergrund verschiedener Krisenvorkerkehrungen und -konzepte sowie der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen und der entsprechenden Investitionen (z. B. in Erdverkabelung), ist das aktuelle Risikopotenzial insgesamt jedoch bisher als eher gering einzustufen...

Mit der Inbetriebnahme der neuen Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena im kommenden Geschäftsjahr wird dem Bedarf an hochflexibler, gesicherter Erzeugungsleistung entsprochen; diese gesicherte Leistung gewinnt mit dem voranschreitenden Ausbau der volatilen erneuerbaren Energien weiter an Bedeutung.

Der Bedarf an CO₂-neutralen Strom- und Wärmelösungen nimmt, insbesondere auch im neuen Marktumfeld, weiter zu. Die steigende Nachfrage nach regenerativen Energielösungen wird dabei, neben dem Klimaschutzgedanken, zunehmend auch durch den Wunsch nach größerer Autarkie in der Energieversorgung und ein ausdrückliches Interesse an nachhaltiger Preisstabilität getrieben. Das Interesse an von den aktuellen Marktpreisentwicklungen bei den fossilen Energieträgern unabhängigeren Wärme- und Stromlösungen steigt massiv. Die Geschäftsaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung werden daher, ausgerichtet an diesen Interessen, auch im kommenden Geschäftsjahr weiter ausgebaut. Hierzu wird das Angebot entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der grünen Wärme- und Stromversorgung weiter gestärkt und Kunden auch im kommenden Geschäftsjahr innovative energiewirtschaftliche Lösungen, nicht zuletzt im Rahmen von Quartiersprojekten, angeboten werden, um die Energiewende gemeinsam umzusetzen. Zur nachhaltigen Geschäftsentwicklung werden weitere Synergien gehoben und auch neue

Geschäftsfelder, wie etwa das Wasserstoffgeschäft, aufgebaut und gemeinsam mit den entsprechenden Partnern entwickelt werden.

Bei den erneuerbaren Energien ist insbesondere im Privatkundengeschäft von einer weiteren Zunahme von Kundenanfragen auszugehen. Im Einzelnen gewinnen u. a. Batteriespeicherlösungen zur Eigenverbrauchssteigerung weiter an Bedeutung. Zudem ist von einer erhöhten Nachfrage nach PV-Lösungen, beispielsweise im Rahmen von Wärmeverbundprojekten, auszugehen. Der steigende Bedarf am Markt zur Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte wird auch im kommenden Berichtszeitraum weiter aufgenommen.

Um die Wertschöpfung in der Region weiter zu stärken, wird im Geschäftsjahr 2023 verstärkt in nachhaltige Ausbauprojekte auf lokaler und regionaler Ebene investiert werden. Eine zügige Flächensicherung wird dabei weiter im Fokus der Geschäftsaktivitäten stehen. Für die Entwicklung, die Planung und den Bau von PV-Anlagen sind in den kommenden Geschäftsjahren Investitionsbeträge vorgesehen, die die Investitionssummen der vorangegangenen Geschäftsjahre deutlich überschreiten. Neben der fortlaufenden Realisierung von Kundenprojekten wird bis zum Jahr 2025 zudem der Aufbau eines TEAG-eigenen EE-Portfolios im Umfang von bis zu 250 MWp angestrebt.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen wird im Geschäftsfeld erneuerbare Energien für das kommende Geschäftsjahr von deutlich steigenden Umsatzerlösen ausgegangen, die einerseits aus der Stromvermarktung und andererseits aus einer geplanten Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes resultieren. Negative Effekte ergeben sich mitunter aus steigenden Materialpreisen und Lieferverzögerungen bei wichtigen Komponenten, wie etwa Wechselrichtern, Zählerschränken und Trafostationen sowie der derzeitigen Zinsentwicklung. Die Energieversorgung in Deutschland ist in ein starkes und stabiles europäisches Stromverteilsnetz eingebunden. Der

Freistaat Thüringen im Netzgebiet von 50 Hertz profitiert dabei von seiner zentralen Lage im europäischen Netz. Für den Erhalt des hohen Versorgungsniveaus werden jedoch auch in Zukunft signifikante Netzinvestitionen notwendig sein, insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Auf der Grundlage der Klimaziele der Bundesregierung wurden umfassende Analysen der weiteren Entwicklung der Last- und Einspeisesituation entsprechende Investitionsstrategien für das Stromnetz erstellt. Aus diesen Untersuchungen ergibt sich ein signifikant erhöhter Ausbaubedarf auf allen Ebenen. Daher werden die Investitionsprojekte in den Netzum- und -ausbau über die TEAG-Tochtergesellschaft TEN auch in den kommenden Geschäftsjahren weiter vorangetrieben und ihre Investitionsvolumen erhöht. Auch im kommenden Jahr wird weiter an den notwendigen Voraussetzungen einer sicheren und zuverlässigen Netzeinspeisung dezentraler Erzeugungsanlagen gearbeitet werden, um so das Profil eines zentralen Akteurs der Energiewende in Thüringen, nicht zuletzt auch im Netzbereich, weiter zu schärfen. Unter Nutzung der Chancen der Digitalisierung werden zu diesem Zweck insbesondere auch der Netzbetrieb und die digitalen Steuerungssysteme weiterentwickelt und optimiert.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung führen zu verbesserten Steuerungsmöglichkeiten (so u. a. im Hinblick auf den Einsatz von Reservekraftwerken), wozu auch eine bessere Fernüberwachung und eine verbesserte Planung des Einsatzes von Ausgleichsenergie zählt. Die Digitalisierung schafft zudem präzisere Prognosemöglichkeiten bei der Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energieanlagen, was der Energiewende insgesamt zugutekommt.

Die BNetzA hat vor dem Hintergrund der Energiemarktkrise verschiedene Regelungen getroffen, die es erlauben, einige Kostenpositionen, die in Verbindung mit der Gaskrise auftreten, oder sich durch diese stark verändern, in beschränktem Umfang in der Erlösobergrenze geltend zu machen. Dies kann mit Effekten auf die

Erlössituation im Netzgeschäft einhergehen. Der Eintritt in die vierte Regulierungsperiode (Gas 2023/ Strom 2024) ist von einer signifikanten Absenkung der Eigenkapital-Verzinsung (EK-Verzinsung) gekennzeichnet. Da die EK-Verzinsung den zugestandenen regulatorischen Gewinn darstellt, wird dies die Ergebnissituation im Netzbereich nachhaltig beeinflussen. Der Übergang in die neue Regulierungsperiode wird zudem von verschiedenen weiteren Unsicherheitsfaktoren begleitet, die u. a. die Festlegung des Ausgangsniveaus Strom für die vierte Regulierungsperiode, die Festlegung der Effizienzwerte im Strom- und Gasbereich sowie die Festlegung des allgemeinen Produktivitätsfaktors betreffen. Die Ermittlung der Effizienzwerte, des generellen sektoralen Produktivitätsfortschritts sowie des Kapitalkostenabzuges durch die BNetzA standen zum Stichtag noch aus.

Eine präzise Prognose der Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich ist unter den aktuellen Marktbedingungen nur bedingt möglich. Dies betrifft sowohl die Beschaffungs- als auch die Absatzseite der vertrieblichen Aktivitäten. Im Energieeinkauf besteht eine weiterhin angespannte Marktsituation, die zur Suche nach neuen Beschaffungslösungen zwingt. Auf der Absatzseite ist das tatsächliche Abnahmeverhalten von Privathaushalten im Hinblick auf mögliche Einsparungen vor dem Hintergrund der Preisentwicklung und hohen Inflation kaum verlässlich prognostizierbar. Des Weiteren bergen drohende Unternehmensinsolvenzen das Risiko von frei werdenden Mengen. Diese führen bei einem Rückverkauf an den Markt ein entsprechendes Preisrisiko mit sich. Das Risiko drohender Zahlungsausfälle hingegen wird sich mit der Einführung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse verringern.

Aktuell plant die TEAG-Unternehmensgruppe auf der Absatzseite für das Geschäftsjahr 2023, trotz der Vielzahl der Herausforderungen, mit einem Stromabsatz i. H. v. rund 8.100 GWh, einem Gasabsatz i. H. v. rund 6.100 GWh sowie einem Wärmeabsatz i. H. v. rund

1.100 GWh. Die zukünftige Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich wird, neben der Energiemarktkrise, weiterhin auch durch die Corona-Auswirkungen bestimmt. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen hingegen haben insbesondere im Vertriebsbereich, eine große Bedeutung und mitunter weitreichende Konsequenzen.

Die den EVU vom Gesetzgeber übertragene praktische Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse gestaltet sich, v. a. im Hinblick auf die komplexen gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die zum Beauftragungszeitpunkt weder existenten noch automatisierten Marktprozesse, als extrem anspruchsvoll, organisations- und ressourcenintensiv. Die Umsetzung wird auch im kommenden Geschäftsjahr entsprechende vertriebliche Organisations- und IT-Prozesse mit sich führen.

Auf Basis der thüringenweiten Vermarktung verstärkt sich zudem der Fokus auf die Nutzung von unternehmensinternen Synergieeffekten bei der Vermarktung von Telekommunikationsprodukten. Weitere Kundenpotenziale können sowohl innerhalb der TEAG-Unternehmensgruppe als auch durch Kooperation mit externen Anbietern, wie etwa Stadtwerken, durch das Angebot günstiger Produkt-Bundles u. a. in den Bereichen Strom-, Gas- und Glasfaser gehoben werden.

Neben der laufenden Umsetzung der Förderprojekte im Rahmen des Bundesbreitband-Förderprogrammes werden in den kommenden Geschäftsjahren insbesondere auch eigenwirtschaftliche Erschließungsprojekte weiter vorangetrieben. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Digitalisierung wird in den Folgejahren ein zunehmender Ausbaubedarf mit deutlichen Nutzerzuwächsen erwartet. Auch wird davon ausgegangen, dass der Trend zu höheren Bandbreiten weiter anhält. Im Hinblick auf eine anhaltend hohe Inflation ist jedoch nicht sicher, ob Kunden auch zukünftig bereit sein werden, höhere Entgelte für leistungsfähigere Telekommunikationsprodukte zu zahlen. Eigenwirtschaftliche

Ausbauvorhaben von FTTB/ FTTH-Anschlüssen jedenfalls werden zur Erschließung neuer Kundengebiete, wie auch zum Überbau vorhandener FTTC-Strukturen führen. Mit einem Überbau kann zukünftig eine Migration von FTTC-Anschlüssen hin zur FTTH-Infrastruktur erfolgen.

Weitere Impulse sind, beispielsweise durch die Digitalisierung des Messwesens, mit dem Entstehen neuer Geschäftsmodelle u. a. im Bereich der Wohnungswirtschaft gegeben. Auch hier wird sich die TNK weiter in entsprechenden Pilotprojekten bzw. bei der Realisierung von neuen Marktkonzepten engagieren.

Im Hinblick auf die Geschäftsaktivitäten der TGG ist zudem davon auszugehen, dass mit der vom Bund angekündigten neuen Förderrichtlinie zum sog. „dunkelgraue Flecken“-Programm die derzeitige Aufgreifschwelle für den förderfähigen Netzausbau von 100 MBit/ s auf Anschlüsse von bis zu 200 MBit/ s angehoben werden wird. Dies würde - außer in mit Kabelnetzen versorgten Gebieten - effektiv zu einer vollständigen Förderfähigkeit in Thüringen führen. Für die Gesamtheit potenzieller förderfähiger Adressen würde dies einen deutlichen Anstieg bedeuten, da somit auch die sog. „Super-Vectoring-Gebiete“ förderfähig wären. Der tatsächliche Beginn des neuen Förderprogramms ist für April 2023 angekündigt worden. Insgesamt wird für die kommenden Geschäftsjahre mit steigenden Umsatzerlösen aus dem Telekommunikations- bzw. Glasfasergeschäft gerechnet.

Zu erwarten ist, dass das Beteiligungsergebnis auch im Geschäftsjahr 2023 wesentlich durch Stadtwerksbeteiligungen der TEAG beeinflusst werden wird. Im Zuge der vielfältigen Auswirkungen der Energiemarktkrise, die geschäftsfeldübergreifend planerische Unwägbarkeiten und Herausforderungen mit sich führen, ist zukünftig mit tendenziell rückläufigen Ergebnisbeiträgen aus Stadtwerksbeteiligungen zu rechnen. Die Thüringer Stadtwerke stehen, trotz ihrer stabilen Ausgangslage, vor ähnlichen

Herausforderungen wie alle anderen Akteure im Markt. Diese ergeben sich allerdings nicht ausschließlich aus dem derzeit stark angespannten Marktumfeld, sondern auch aus den neuen gesetzlich-regulatorischen Rahmenbedingungen mit Beginn der vierten Regulierungsperiode. Marktpreisbasierte Risiken bestehen für das kommende Geschäftsjahr v. a. auch in Form von kundenseitig realisierten Einsparpotenzialen bzw. Mengenrückgängen infolge der Preisanstiege und damit verbundener Margenverluste. Das gestiegene Preisniveau und die hohe Inflation führen zudem zu Kaufkraft-einbußen bei Kunden. Daher wird sparten-übergreifend von potentiellen Absatz- und Ergebnisrückgängen ausgegangen. Zur Sicherung zukünftiger Erträge wird im Beteiligungsportfolio auch aus diesem Grund daher zunehmend auf neue Geschäftsfelder gesetzt: Für das Geschäftsjahr 2023 ist geplant, u. a. das Geschäftsfeld Wasser durch die Übernahme entsprechender Betriebsführungsleistungen weiter aufzubauen.

Die Folgen einseitiger Abhängigkeiten im Energie- und Technologiebereich haben sich im zurückliegenden Berichtszeitraum insbesondere in der Energiewirtschaft deutlich gezeigt. Das neue Bewusstsein muss zu einem noch engeren Zusammenrücken der Europäer und einem grundlegenden Umbau der europäischen Energiemärkte sowie auch der deutschen Energieversorgung führen. Die KEBT hat sich auf diesen Strukturwandel und die anstehenden, gewaltigen Zukunftsaufgaben durch die konsequente Erweiterung und Diversifizierung der Geschäftsbereiche eingestellt. Das Geschäftsjahr 2023 wird, wie auch die kommenden Jahre, geprägt sein vom Umbau der Energieversorgungsstrukturen.

Umfangreiche Projekte in den Bereichen Erzeugung, Netze, Erneuerbare, Elektromobilität und Glasfaser werden zu realisieren sein. Viele der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen bedingen sich dabei wechselseitig, was sich auch in den einzelnen Geschäftsbereichen widerspiegelt. So werden Energiewende und Versorgungssicherheit nur durch einen umfassenden Zu-, Um- und Ausbau von Erzeugungsanlagen umzusetzen bzw. zu

gewährleisten sein, welcher einhergehen muss, mit einer deutlichen Erweiterung und Sicherung der Energieverteilungsstrukturen. Ein geregelter Betrieb bzw. eine planmäßige Steuerung der Netze wiederum kann nur durch eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung gelingen. Die Hauptzielpfade der Energiewende, d. h. Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung, wird der KEBT-Konzern - auch als Antwort auf die Energiemarktkrise - in den kommenden Geschäftsjahren noch zielstrebig beschreiten. Zu diesem Zweck wurde ein Investitionsvolumen auf Rekordniveau beschlossen. Mit diesen Investitionen werden die notwendigen Weichen gestellt für eine nachhaltige Ausrichtung der Energieerzeugungs- und -verteilungsstrukturen. Konkrete Projekte werden geprägt sein u. a. vom zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung aus erneuerbaren Energien), dem Thema IT-Sicherheit und Infrastruktur, dem Rollout der iMSys und dem Aufbau von leistungsfähigen Ladekapazitäten im Bereich Elektromobilität.

Über die Stärkung der Netze wird nicht nur für eine unabhängige und sichere Energieversorgung gesorgt und gesetzliche Ausbaupflichten in Thüringen umgesetzt, sondern durch lokale Wertschöpfungsketten auch der Lebens- und Wirtschaftsstandort Thüringen gestärkt. Zudem werden so auch in Zukunft weiterhin sichere Erträge für die kommunalen Anteilseigner der KEBT erwirtschaftet. Hierzu werden alle notwendigen Schritte unternommen, um über eine Diversifikation und Erweiterung des Konzernportfolios die Energiewende in Thüringen, und über die Landesgrenzen des Freistaates hinaus, mit zukunftsorientierten Projekten umzusetzen. Zu diesem Zweck werden im kommenden Geschäftsjahr weitere Synergien gehoben und weitere Produktkombinationen aus den verschiedenen Geschäftsfeldern in vertriebsreife Standards überführt werden, von denen steigende Umsatzerlöse zu erwarten sind.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnet die KEBT mit einem EBITDA i.H. v. 210 bis

230 Mio. € und einem EBT i. H. v. 65 bis 80 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 45 und 55 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2023 sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. € vorgesehen; dieser Wert wird in den Folgejahren voraussichtlich noch weiter überschritten werden. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der 7 Netze fließen; mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentlicher Treiber des Investitionsprogrammes sind die energiewendebedingten Netzinvestitionen. Für die anstehenden Umsetzungsaufgaben sind sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalfinanzierungen vorgesehen.

gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsatzgesetz erstreckt.

In welchem Umfang es im Geschäftsjahr 2023 zu Abweichungen von dieser Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Personal

Zum Ende des Geschäftsjahres waren insgesamt 1.906 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des KEBT-Konzerns beschäftigt, 35 Prozent waren weiblich. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten lag bei rund 45 Jahren. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im Unternehmen betrug rund 16 Jahre.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

**Beteiligungen des
KEBT-Konzerns mit
der Höhe des
Anteils am Kapital**

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die KEBT hat ihren Sitz in Erfurt, Alfred-Hess-Straße 37 und wird beim Amtsgericht Jena unter der Handelsregisternummer HRB 113190 geführt.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB bei der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Unternehmensregister zugänglich.

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,11
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH*	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH*	Weimar	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH*	Rudolstadt	100,00
TEAG Mobil GmbH**	Erfurt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH*	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

** vormals Thüringer Energie Verzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH**	Erfurt	100,00
eress GmbH*	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH*	Bad Blankenburg	74,00
Innosun GmbH*	Sömmerda	50,10
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH*	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG*	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH**	Schmalkalden	74,90
TEAG Solar GmbH***	Erfurt	100,00
TEAG Solar 1. Projekt GmbH****	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

*** vormals KomSolar Service GmbH

**** vormals TEAG Thüringer Energie Sechzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb)*	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH*	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH*	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH*	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH*	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH*	Zeulenroda-Triebes	74,00
Innosun Service GmbH*	Sömmerda	50,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH*	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH*	Bad Langensalza	40,00
Stadtwerke Gotha GmbH*	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH*	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH*	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH*	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH*	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH*	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH*	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH*	Erfurt	50,00
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	Erfurt	20,00

* direkte Beteiligung der TLAG

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH*	Waltershausen	20,00
KEYWEB AG*	Erfurt	25,10
Netzgesellschaft Eisenberg mbH*	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH*	Bad Salzungen	40,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH*	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH*	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH*	Neustadt an der Orla	20,00
Stadtwerke Stadtroda GmbH*	Stadtroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsgesellschaft mbH**	Erfurt	40,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG*	Erfurt	30,00
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein*	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH*	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld*	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TLAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Auszug aus der Bilanz des Konzernabschlusses zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021	2020
Anlagevermögen	2.252.138	2.167.644	2.096.472
Umlaufvermögen	589.442	320.711	261.809
Rechnungsabgrenzungsposten	1.073	830	466
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	492	1.850	2.495
Σ Aktiva	2.843.145	2.491.035	2.361.242
Eigenkapital	468.530	438.835	410.277
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	315.983	326.634	337.285
Zuschüsse	112.235	106.809	100.833
Sonderposten für Investitionszuschüsse	60.706	23.822	0
Rückstellungen	522.525	413.835	370.237
Verbindlichkeiten	1.160.231	970.607	922.682
Rechnungsabgrenzungsposten	7.312	6.971	7.113
Passive latente Steuern	195.623	203.522	211.815
Σ Passiva	2.843.145	2.491.035	2.361.242

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021	2020
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	2.309.385	1.867.549	1.939.069
Sonstige betriebliche Erträge	165.985	42.443	57.486
Materialaufwand	1.965.532	1.531.798	1.617.386
Personalaufwand	139.207	142.338	137.744
Abschreibungen	109.195	105.075	118.743
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	2.000	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145.587	22.449	25.597
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	14.908	14.878	12.853
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.142	2.254	1.633
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.102	1.299	1.530
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	62.107	46.513	55.625
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	72.894	78.250	60.476
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.458	25.951	15.204
Jahresüberschuss	53.436	52.299	45.272
Nicht beherrschende Anteile	11.852	11.717	10.857
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	40.582	34.415	26.424
Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	9.572	9.572	9.572
Einstellung in die Gewinnrücklagen	31.010	24.843	16.852
Bilanzgewinn	41.584	40.582	34.415

Mittelbare Beteiligung

TEAG Thüringer Energie AG



Adresse

TEAG Thüringer Energie AG
Schwerborner Str. 30
99087 Erfurt
Telefon: 0361 6520
Telefax: 0361 6523490
E-Mail: info@teag.de
Website: www.thueringerenergie.de

Aktionäre

KEBT AG 2.430.759 Stück; 82,2 %
Thüga 449.471 Stück; 15,2 %
GkSA 75.605 Stück; 2,5 %
Sonst. Kommunale Anteilseigner
2.930 Stück; 0,1 %
Gesamt 2.958.765 Stück; 100,00 %

Gründung

Am 17. Oktober 1923 wurde die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft „Thüringenwerk“ gegründet. Über verschiedene Zwischenschritte und verschiedene Anteilseignerstrukturen entstand die aktuelle Unternehmens- und Beteiligungsstruktur, welche nunmehr seit März 2013 besteht.

Organe

Siehe nachfolgende Seiten

Beteiligungen

siehe nachfolgende Seiten

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten auf Basis von Breitbandnetzen, die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Öffentlicher Zweck

Siehe Beteiligungen des KEBT-Konzerns.

Beteiligungsanteil

Die Gemeinde/Stadt Saalfeld/Saale hatte zum 31. Dezember 2022 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 82,15 % an der TEAG. Die TEAG-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital von 33,80 Euro (Vorjahr 33,80 €) je Aktie.

Organe der TEAG zum 31.12.2022

Dem Aufsichtsrat der Thüringer Energie AG gehörten im Jahr 2022 an:

Michael Brychcy
Bürgermeister der Stadt Waltershausen und Präsident des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen e.V., Erfurt, *Vorsitzender ab 30. Juni 2022*

Dr. Karl Kauermann
Vorsitzender des Vorstands der K.M.T. Immobilien AG, Berlin, *Vorsitzender bis 30. Juni 2022*

Ariane Vollrath
Vorsitzende des Konzern- und Gesamtbetriebsrats der TEAG und Vorsitzende des Betriebsrats der Hauptverwaltung, Erfurt, *Erste stellvertretende Vorsitzende*

Olaf Czernomoriez
Gründungs- und Transaktionsberater, *Zweiter stellvertretender Vorsitzender ab 30. Juni 2022*

Tonio Barthel
Bereichsleiter der TEAG Thüringer Energie AG, *Mitglied ab 21. März bis 30. Juni 2022*

Dr. Johannes Bruns
Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, *Mitglied ab 15. Februar 2022*

Dr. Andreas Cerbe
Ehemaliger Netzvorstand der RheinEnergie AG, nunmehr Freiberufler, Gesamtprojektleiter für den Glasfaserausbau der Hansestadt Hamburg, *Mitglied ab 30. Juni 2022*

Nico Dame
Mitglied des Betriebsrats Süd und Leiter des Betriebsteams Hildburghausen der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt/Hildburghausen, *Mitglied*

Sylvia Hartung
Bürgermeisterin der Einheitsgemeinde Gerstungen a.D., *Mitglied ab 15. Februar 2022*

Michael G. Feist
Pensionär, Schwangau, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der energycity AG, Hannover, *Mitglied*

Sven Gregor
Bürgermeister der Stadt Eisfeld und Aufsichtsratsvorsitzender der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt, *Mitglied*

Anja Heilmann
Mitglied des Betriebsrats der Hauptverwaltung der TEAG sowie Referentin Gasttechnik, Erfurt, *Mitglied*

Franka Hitzing
Referentin für Regelschulen am staatlichen Schulamt Nordhausen und Ortschaftsbürgermeisterin der Gemeinde Friedrichsthal (Thüringen) und erste Beigeordnete der Landgemeinde Stadt Bleicherode, *Mitglied*

Inka Jonke
Bereichsleiterin der TEN Thüringer
Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt,
Mitglied ab 30. Juni 2022

Jonas Lamprecht
Mitglied Betriebsrat Nord der TEN
Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG
sowie Fachingenieur Betrieb Sekundär-
technik, Bleicherode, *Mitglied ab*
30. Juni 2022

Stefanie Preikschat
Geschäftsführerin der Gesellschaft der
kommunalen Strom-Aktionäre Thüringen
mbH sowie Geschäftsführerin der
Kommunalen Dienstleistungs-Gesellschaft
Thüringen mbH (KDGT), Erfurt, *Mitglied*

Ralf Rusch
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des Gemeinde- und Städtebunds
Thüringen e.V., Erfurt, *Mitglied*

Frank Schmidt
Verbandsvorsitzender Kommunaler
Energiezweckverband Thüringen (KET)
und Bürgermeister der Stadt Auma-
Weidatal, *Mitglied*

Katja Wolf
Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach,
Eisenach, *Mitglied*

Torsten-Michael Voigt
Kraftwerker MSR-Technik, Jena, stell-
vertretender Vorsitzender des Gesamt-
betriebsrats der TEAG Thüringer Energie
AG und Vorsitzender des Betriebsrats
Erzeugung der TEAG, *Mitglied bis 30. Juni*
2022

Thomas Ziermann
Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Mit-
glied des Betriebsrats Ost der TEN
Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG,
Erfurt, und Erster Netzmonteur, Schleiz,
Mitglied

Dem **Vorstand** der TEAG gehörten im
Jahr 2022 an:

Stefan Reindl, Vorstandsvorsitzender
Vorstandsbereiche:
Unternehmensentwicklung und Kommuni-
kation, Vorstandsbüro, Rechnungswesen,
Finanzen und Steuern, Controlling und
Materialwirtschaft, Recht und
Versicherungen, interne Revision und
Datenschutz, Informationstechnik, IT-
Betrieb und -Service, Telekommu-
nikationsdienstleistungen (TNK)

Dr. Andreas Roß, Arbeitsdirektor
Vorstandsbereiche: Netzvermögen, Netz-
betrieb und Netzservice (TEN), Mess- und
Zählerwesen (TMZ), Arbeitssicherheit und
Umweltschutz, Personalwesen/ Organi-
sation und Aus-/Fortbildung, Immobilien
und Liegenschaften, Unternehmens-
beteiligungen und kommunale Angelegen-
heiten

Michael Veit, Mitglied bis 15. Juli 2022
Vorstandsbereiche: Energievertrieb- und
Beschaffung, Kundenkontakt und Shared
Service (TES), Erzeugung, Kraftwerks-
technik und -betrieb, Wärmeservice und
Contracting (TWS)

Vergütung der Organe

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an
die Mitglieder des Aufsichtsrats gewährten
Gesamtbezüge betragen 318 T€ (im
Vorjahr: 194 T€).

Die Gesamtbezüge des Vorstands
belaufen sich auf 1.502 T€ (im Vorjahr:
1.450 T€).

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder
des Vorstands betragen 954 T€ (im
Vorjahr: 676 T€). Für frühere Mitglieder
des Vorstands wurden 13.030 T€ (im
Vorjahr: 15.406 T€) Rückstellungen für
laufende Pensionen und Anwartschaften
auf Pensionen passiviert.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der TEAG hat am 30. Juni 2022 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn der TEAG in Höhe von 125.009.978,17 € eine Dividende von 28,03 €/A-Aktie und 20,00 €/B-Aktie, das sind insgesamt 62.784.552,13 €, auszuschütten und einen Betrag in Höhe von 10.000.000,00 € in andere Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 52.225.426,04 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Geschäftsverlauf

Die Ausführungen zu den Grundlagen und den Rahmenbedingungen des Konzerns treffen auch auf die TEAG zu. Da die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Konzerns im Wesentlichen durch die TEAG geprägt ist, wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG im Folgenden separat in zusammengefasster Form dargestellt.

Im Geschäftsjahr hat die TEAG ein EBITDA i. H. v. 202,7 Mio. € (Vorjahr: 199,9 Mio. €), ein EBT i. H. v. 93,8 (Vorjahr: 105,0) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 70,2 Mio. € (Vorjahr: 73,1 Mio. €) erwirtschaftet. Die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele wurden erreicht. Geplant war ein EBITDA zwischen 200 Mio. € und 220 Mio. €, ein EBT zwischen 90 Mio. € und 100 Mio. € sowie einen Jahresüberschuss zwischen 65 Mio. € und 75 Mio. €.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um +599,8 Mio. € auf insgesamt 1.922,2 Mio. €. Die Erhöhung betrifft nahezu alle Geschäftsbereiche. Die stärksten Anstiege waren dabei im energiewirtschaftlichen Bereich Strom (+390,5 Mio. € bzw. +45,7 Prozent), im Gasbereich (+184,4 Mio. € bzw. +92,8 Prozent) sowie im Bereich Fernwärme (+10,3 Mio. € bzw. +48,2 Prozent) zu verzeichnen. Der Anstieg bei den energiewirtschaftlichen Erlösen ist u. a. auf die notwendige Weitergabe der hohen Bezugskosten bei der Beschaffung von Energie infolge der Energiemarktkrise

zurückzuführen. Die Erlöse aus der Verpachtung erhöhten sich um +8,1 Prozent auf 156,1 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vorjahresvergleich deutlich erhöht. Dieser Anstieg betrifft mit +70,0 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds und der Einführung einer Kapitalisierungsoption.

Der Materialaufwand, der im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung enthält, erhöhte sich deutlich um +588,4 Mio. € auf 1.675,1 Mio. €. Ursächlich hierfür sind vornehmlich die gestiegenen Aufwendungen für den Strom- und Gasbezug infolge der Energiemarktkrise. Die Materialaufwandsquote, gemessen an den Umsatzerlösen, lag mit 87,1 Prozent damit auch über dem Vorjahresniveau (82,2 Prozent).

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -4,0 Prozent auf insgesamt 49,8 Mio. €. Die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Aufwendungen für Altersversorgungsverpflichtungen i. H. v. -3,8 Mio. € wurden zum Teil durch höhere Löhne und Gehälter infolge der tariflichen Entwicklung kompensiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich korrespondierend zur Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund von einmaligen Aufwendungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds i. H. v. 67,9 Mio. €. Mit Ausnahme dieses Sondereffektes liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt +6,6 Prozent über dem Vorjahr.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit 25,5 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) auf Vorjahresniveau.

Im Berichtszeitraum erzielte die TEAG ein EBITDA von 202,7 Mio. €. Dies entspricht einem leichten Anstieg von +1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom

Ertrag lag mit 93,8 Mio. € um 11,2 Mio. € unter dem des Geschäftsjahres 2021. Ursächlich für diese Entwicklung sind u. a. Aufwendungen im Zusammenhang mit Vorfälligkeitsentschädigungen für langfristige Darlehen i. H. v. 8,8 Mio. € sowie erhöhte Aufwendungen aus der Bewertung des Deckungsvermögens für Pensionsverpflichtungen. Dem entgegen steht ein positiver Zinseffekt aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Vorjahresvergleich. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuern erzielten wir einen Jahresüberschuss i. H. v. 70,2 Mio. €.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der TEAG zum 31. Dezember 2022 reduzierte sich auf 25,8 Prozent gegenüber 30,9 Prozent am Ende des Vorjahres. Zur Finanzierung von Investitionen und der Umschuldung von Darlehen wurden im Geschäftsjahr langfristige Kredite i. H. v. insgesamt 276,5 Mio. € aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 498,1 Mio. € und haben Laufzeiten bis teilweise 2042.

Der KET gewährt der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen mit Laufzeiten bis teilweise 2027. Im Geschäftsjahr wurde eine Tranche i. H. v. 50,0 Mio. € getilgt.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäftes ist durch Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. 199,3 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen erfolgten über Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

Die Liquidität der TEAG war im Geschäftsjahr stets gesichert. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Die Investitionen der TEAG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 112,3 Mio. €. Für das Geschäftsjahr 2023 haben wir einen Betrag von rund

156,2 Mio. € geplant. Dies betrifft v. a. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, wovon der wesentliche Teil durch Investitionen in das Strom- und Gasnetz sowie in der Erzeugung und der IT bestimmt ist.

Die Bilanzsumme betrug zum 31. Dezember 2022 1.914,8 Mio. € und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um +341,0 Mio. € bzw. 21,7 Prozent. Auf der Aktivseite betraf dies v. a. das um +73,8 Mio. € höhere Anlagevermögen, deren Anstieg insbesondere bedingt ist durch die Investitionstätigkeiten der TEAG. Darüber hinaus stieg das Umlaufvermögen um +267,9 Mio. €. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein Anstieg der liquiden Mittel um +125,7 Mio. € aufgrund des Abrufes von Darlehen zur langfristigen Finanzierung von Investitionen. Des Weiteren sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um +112,1 Mio. € bzw. +69,5 Prozent gestiegen. Insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen aufgrund der Preiserhöhungen für Strom- und Gas i. H. v. +83,8 Mio. € zu. Ebenso erhöhte sich das Vorratsvermögen um +30,1 Mio. €, insbesondere auch durch höhere Einspeisekosten des gespeicherten Erdgases im UGS Allmenhausen sowie im Rahmen der Beschaffung von Emissionszertifikaten.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital um +7,4 Mio. €. Die Rückstellungen erhöhten sich um +110,9 Mio. € bzw. +37,3 Prozent und die Verbindlichkeiten um +218,6 Mio. € bzw. 31,8 Prozent. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Wesentlichen durch einen Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bedingt. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten resultiert v. a. aus Aufnahmen von Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Darlehensverbindlichkeiten betragen zum Stichtag 498,1 Mio. € (Vorjahr: 246,0 Mio. €). Dem entgegen verringerten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um -45,1 Mio. € auf 366,1 Mio. € aufgrund der Tilgung des KET-Darlehens i. H. v. 50,0 Mio. €.

Das kurzfristige Fremdkapital ist zum überwiegenden Teil durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Unter Berücksichtigung bestehender Kreditlinien ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

Personal

Siehe Anzahl der Arbeitnehmer des KEBT-Konzerns.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt.

Auszug aus der Bilanz des Konzernabschlusses zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021
Anlagevermögen	1.406.284	1.332.500
Umlaufvermögen	492.077	224.194
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	72	795
Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gem. §17 Abs. 4 DMBilG	16.314	16.320
Σ Aktiva	1.914.747	1.573.809
Eigenkapital	494.066	486.673
Ertragszuschüsse	107.163	103.183
Sonderposten für Investitionszuschüsse	90	23
Rückstellungen	407.964	297.043
Verbindlichkeiten	905.464	686.887
Σ Passiva	1.914.747	1.573.809

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	1.922.236	1.322.415
Andere aktivierte Eigenleistungen	19	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	376	0
Sonstige betriebliche Erträge	122.505	61.273
Materialaufwand	1.675.069	1.086.726
Personalaufwand	49.794	51.884
Abschreibungen	67.517	63.928
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	2.000
Sonstige betriebliche Aufwendungen	132.747	60.817
Erträge aus Beteiligungen	25.458	25.705
Erträge aus Ergebnisabführung	0	0
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	952	550
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.237	1.220
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	54.817	40.816
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93.839	104.992
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.661	31.878
Jahresüberschuss	70.178	73.114
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	52.225	51.896
Bilanzgewinn	12.403	125.010

Mittelbare Beteiligung

Thüringer Glasfasergesellschaft mbH



Adresse

Thüringer Glasfasergesellschaft mbH
Alfred-Hess-Straße 37
99094 Erfurt
Telefon: 0361 55898750
E-Mail: hallo@thueringer-glasfaser.de
Website: www.thueringer-glasfaser.de

Stammkapital

1.000.000 € (31.12.2022)

Kapitalanteile

80,0 % KET, Erfurt (800 T€)
20,0 % KEBT AG, Erfurt (200 T€)

Gründung

Am 21. Juli 2021 wurde durch die 17. Verbandsversammlung des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) der Beschluss über die Gründung der TGG gefasst. Die Gesellschaftsgründung erfolgte am 15. Oktober 2021, die Eintragung in das Handelsregister am 08. November 2021.

Organe

Siehe nachfolgende Seiten

Beteiligungen

keine

Kurzvorstellung des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens die Breitbandversorgung bzw. der Breitbandausbau mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien. Dazu gehören insbesondere die Errichtung, der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und der Betrieb von Breitband-, insbesondere Glasfasernetzen inkl. Dazugehöriger Anlagen zur Breitbandversorgung sowie die Erbringung von Telekommunikations- und sonstigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Breitbandnetzen für ihre Gesellschafter und deren unmittelbaren Mitglieder bzw. Gesellschafter.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 3 ThürKO können Kommunen nach den Vorschriften dieses Gesetzes Aufgaben übertragen, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Der Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes stellt eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Der Ausbau derartiger Breitbandnetze bildet zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Kommunen.

Die Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in dem Gemeinde-/Stadtgebiet mit einer leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur stellt nicht nur einen wichtigen Standortfaktor für die Kommune dar, sondern kann als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen werden. Der Bedarf einer Breitbandstruktur ist sowohl für die Einwohner der Gemeinde/Stadt von wesentlicher Bedeutung als auch für die ansässigen Unternehmen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist eine Versorgung mit Breitband sowohl für die Bildung, für den Gesundheitsbereich als auch für die Stärkung des Wettbewerbes bei den Gewerbetreibenden von wesentlicher Bedeutung, welche bei einer ausgebauten Breitbandinfrastruktur regional,

überregional und sogar weltweit agieren können.

Die TGG wurde durch den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gegründet, um den geförderten Breitbandausbau für die Thüringer Kommunen zu bündeln und als zentraler Ansprechpartner von der Durchführung der Markterkundungsverfahren über den Abruf der Fördermittel bis zum Bau des Glasfasernetzes alle Aufgaben zu übernehmen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, effizient von den Landes- und Bundesförderprogrammen für die Breitbandinfrastruktur zu profitieren. Durch die Beteiligung der KEBT AG ab dem Jahr 2022 wird den kommunalen Aktionären ermöglicht, sich der TGG für den geförderten Breitbandausbau in ihren Kommunen zu bedienen.

Beteiligungsanteil

Die Gemeinde/Stadt Saalfeld/Saale hatte zum 31. Dezember 2022 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 20 % an der TGG.

Organe der TGG zum 31.12.2022

Dem Aufsichtsrat der TGG gehörten im Jahr 2022 an:

Jörg Reichl,
Bürgermeister Stadt Rudolstadt,
Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Sabine Awe,
Leiterin der Abteilung Wirtschaftsförderung
im Thüringer Ministerium für Wirtschaft,
Wissenschaft und digitale Gesellschaft,
Erfurt, *Mitglied ab 23.06.2022*

Hendrik Blose,
Bürgermeister Gemeinde Buttstädt,
Mitglied

Dagmar Dummer,
Gemeinschaftsvorsitzende VG Feldstein,
Mitglied

Dr. Nico Grove,
Leiter des Instituts für
Infrastrukturökonomie & Management,
München, *Mitglied*

Jens Kramer,
Bürgermeister Stadt Blankenhain, *Mitglied*

Stefanie Preikschat,
Geschäftsführerin der Kommunalen
Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen
mbH, Erfurt, *Mitglied*

Marco Seidel,
Bürgermeister Stadt Tanna, *Mitglied*
Frank-Peter Tille, Geschäftsführer der
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co.
KG, Erfurt, *Mitglied*

Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2022
war Herr Dirk Erbstößer.

Vergütung der Organe

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr
keine Bezüge erhalten.

Auf die Angabe der Bezüge der
gesetzlichen Vertreter wird unter
Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB
verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den
Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres
2022 in Höhe von 205.721,54 Euro sowie
den Verlustvortrag in Höhe von
25.020,76 Euro auf neue Rechnung
vorzutragen.

Geschäftsverlauf

„Die Thüringer Glasfasergesellschaft mbH,
Erfurt (TGG), ist ein Telekommunikations-
unternehmen (TKU), das im Auftrag der
Thüringer Kommunen geförderte Breit-
bandausbauprojekte im Bereich Breitband-
bzw. Glasfaserversorgung übernimmt. Die
TGG bündelt alle wesentlichen Prozesse
im Rahmen der Förderrichtlinien des
Bundesbreitbandförderprogrammes; so u.
a. die Durchführung von Markterkun-
dungsverfahren, die Ausschreibung und

Vergabe von Planungs- und Bauleist-
ungen, die Ausschreibung und Vergabe
der Pacht, die Organisation und
Durchführung der Ausbauprojekte sowie
die gesamte Fördermittelbeantragung und
-abrechnung selbst. ...

Die Themen Digitalisierung und
Breitbandausbau rückten im Geschäftsjahr
2022, nicht zuletzt auch durch die
politischen und gesellschaftlichen
Debatten rund um den beschleunigten
Ausbau der erneuerbaren Energien und
die damit einhergehende, zunehmende
Digitalisierung der Energieerzeugungs-
bzw. Energieverteilstrukturen, weiter in
den Vordergrund. Nicht nur die
Umgestaltung der Energiewirtschaft hin
zur CO₂-Neutralität, sondern auch die
voranschreitende Digitalisierung vieler
weiterer Wirtschaftszweige, haben dabei
sowohl indirekten als auch direkten
Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der
Gesellschaft. Das Ziel der TGG ist es, die
Digitalisierung von Wirtschaft, Politik und
Gesellschaft in Deutschland und Thür-
ingen durch die Bereitstellung einer
leistungsfähigen Telekommunika-
tionsinfrastruktur aktiv mitzugestalten.

Im Geschäftsjahr wurden im sog. „graue
Flecken“-Programm zahlreiche Zuschläge
erteilt. Auch die TGG erhielt vom
Projektträger mehrere Zuwendungsbe-
scheide auf Basis des sog.
„Betreibermodells“. Das „graue Flecken“-
Programm wurde in Ergänzung der
bisherigen Förderrichtlinien im April 2021
gestartet und ermöglicht den
wirtschaftlichen Anschluss von Haushalten
mit einer Downloadbandbreite von weniger
als 100 MBit/ s an eine schnelle, moderne
Telekommunikationsinfrastruktur. Im
vierten Quartal des Berichtszeitraumes
wurde das „graue Flecken“-Programm
jedoch überraschend gestoppt, da die
budgetierten Fördermittel bereits
ausgeschöpft waren. Die vorzeitige
Beendigung hat dabei auf die derzeitigen
Projektgebiete der TGG keine
Auswirkungen, da die entsprechenden
Fördermittel bereits bewilligt worden
waren. Aktuell bereitet sich die TGG auf
den Aufruf bzw. die Veröffentlichung der
Rahmenbedingungen des neuen Förder-
programms vor.

Einschlägige Herausforderungen beim Glasfaserausbau liegen weiterhin in der knappen Verfügbarkeit von Material, auch infolge der weiterhin angespannten Lieferketten, sowie in der begrenzten Verfügbarkeit von Dienstleistungsangeboten, beispielsweise im Bereich Tiefbau. Die allgemeine und branchenspezifische Preisdynamik wirken sich weiterhin erschwerend auf die Beschaffungsprozesse aus.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die TGG den Aufbau ihrer Geschäfts- und Organisationsstrukturen weiter vorangetrieben. Zum 31. Dezember 2022 waren insgesamt 10 Mitarbeiter bei der TGG beschäftigt. Im dritten Quartal des Jahres fand eine Anteilsübertragung von Gesellschaftsanteilen an die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt (KEBT), i. H. v. 20 Prozent statt; bisher war der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), alleiniger Gesellschafter der TGG. Über den KET bzw. die KEBT sind aktuell rund 590 Thüringer Kommunen an der TGG beteiligt. Die Gesellschaft bündelt damit das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Die gesellschaftsrechtliche Grundlage für den Start der Glasfaserausbauvorhaben ergibt sich aus den Beschlussfassungen der Thüringer Kommunen zum Breitbandausbau mit der TGG.

Im Rahmen des „graue Flecken“-Programmes hat die TGG im Geschäftsjahr beim Bund mehrere Fördermittelanträge für die Umsetzung von Glasfaserausbauprojekten in Thüringen gestellt. In Verbindung mit der Zusage des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG), die Förderung aus Bundesmitteln auf bis zu 100 Prozent der anfallenden Ausbaurkosten aufzustocken, fallen für Thüringer Kommunen im Rahmen der Breitbandausbauprojekte mit Umsetzung durch die TGG keine eigenen Kosten an. Vor diesem Hintergrund hat sich die TGG zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren eine möglichst große Zahl von Thüringer Haushalten - für die

Anschlussnehmer weitgehend kostenneutral - an hochleistungsfähige Glasfasernetzinfrastrukturen anzuschließen. Die TGG wird im Rahmen ihrer Ausbauprojekte dabei vorrangig im „Betreibermodell“ tätig sein: Das von der TGG errichtete Netz wird nach dessen Fertigstellung weiterhin im Eigentum der Gesellschaft verbleiben. Die Pächter der Netze werden über Ausschreibungen, in der Regel für eine Pachtdauer von sieben Jahren, ermittelt. Für ein Glasfasererschließungsprojekt im Landkreis Schmalkalden-Meiningen wurde im Berichtszeitraum das Markterkundungsverfahren abgeschlossen und der Teilnahmewettbewerb für die entsprechende Pächterausschreibung gestartet. Ferner wurden die Markterkundungsverfahren für zwei weitere Cluster durchgeführt sowie die entsprechenden Fördermittelanträge gestellt.

Zur operativen Umsetzung der anstehenden Glasfaserprojekte wurden im Geschäftsjahr 2022 mehrere Rahmenverträge mit externen Dienstleistern u. a. zu kaufmännischen, technischen und juristischen Aspekten der anstehenden Ausbauprojekte geschlossen. Um der Komplexität des Fördermittelmanagements zu entsprechen, hat die TGG externe Dienstleister mit kaufmännischer Expertise und Erfahrung im Umgang mit Förderprojekten langfristig gebunden. Zur Qualitätssicherung der Fördermittelplanung und -abrechnung sowie für das Controlling der Förderprojekte plant die Gesellschaft zudem, ihre eigenen Personalkapazitäten weiter aufzustocken.
...

Die TGG befand sich im Geschäftsjahr 2022 in der Aufbauphase und erwirtschaftete, unter Berücksichtigung der überwiegend geförderten Aufbau- bzw. Ingangsetzungskosten, ein EBITDA i. H. v. insgesamt -192 T€ (Vorjahr: -20 T€), ein EBT i. H. v. -206 T€ (Vorjahr: -25 T€) sowie einen Jahresfehlbetrag i. H. v. -206 T€ (Vorjahr: -25 T€). Damit hat die TGG den im Vorjahr prognostizierten Jahresfehlbetrag zwischen -250 T€ und -500 T€ nicht unterschritten. Die verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht

geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus der Geschäfts- und -organisationsstrukturen konnten im Berichtsjahr noch nicht aus Einnahmen aus Pächterlösen kompensiert werden.

Bedingt durch den weiteren Aufbau der Gesellschaft konnte die TGG im abgelaufenen Geschäftsjahr noch keine Umsatzerlöse generieren. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vorjahresvergleich deutlich um insgesamt +956 T€. Diese betreffen überwiegend Erträge aus Erstattungen für angefallene Aufwendungen der TGG i. H. v. 80 Prozent. Hierfür wurden Fördermittel seitens des TMWWDG bewilligt. Der erstmalig im Berichtsjahr angefallene Personalaufwand ist auf den sukzessiven Aufbau eigener Personalkapazitäten zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen signifikant auf insgesamt 462 T€ an und enthalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Dienst- und Fremdleistungen, u. a. für die Geschäftsbesorgung, für Beratungsleistungen sowie für Mieten und Pachten. Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um +10 T€ auf insgesamt 14 T€. Ursächlich hierfür sind die bisher getätigten Investitionen in das Anlagevermögen im Rahmen der Aufbauphase.

Die Eigenkapitalquote lag, unter Berücksichtigung des im Fremdkapital enthaltenen Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum 31. Dezember 2022, mit 96,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau (97,0 Prozent). Die Finanzlage wurde dabei insbesondere durch die im Berichtsjahr erfolgte Einstellung in die Kapitalrücklage i. H. v. 4.000 T€ und durch die Erstattung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beratung der Thüringer Kommunen i. H. v. 80 Prozent durch den KET bzw. das TMWWDG geprägt.

Zukünftig wird die Gesellschaft für die Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus im Rahmen des „graue Flecken“-Programms Fördermittel des Bundes und des Freistaates Thüringen erhalten.

Die TGG wird den geförderten Breitbandausbau im Rahmen des „Betreibermodells“ umsetzen, bei welchem das gebaute Netz im Rahmen von Ausschreibungen an Telekommunikationsunternehmen verpachtet werden soll. Hierfür wird die TGG Pachtentgelte erhalten. Dieses Modell bedarf zukünftig einer rollierenden Zwischenfinanzierung. Vor diesem Hintergrund muss sich die Gesellschaft entsprechende Kredite am Kapitalmarkt beschaffen. Die Liquidität der Gesellschaft war im gesamten Berichtszeitraum gesichert. ...

Für die TGG existieren derzeit und für die folgenden Geschäftsjahre Chancen und Risiken, welche sowohl die Geschäftsaktivitäten als auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG beeinflussen können. Dem begegnet die TGG mit der geplanten Einführung eines Chancen- und Risikomanagementsystems, das identifizierte Chancen und Risiken dokumentiert, bewertet und behandelt. Dies beinhaltet ein Monitoring, das regelmäßig Rahmenbedingungen, Eintrittswahrscheinlichkeiten und Maßnahmen mit dem Ziel überwachen soll, unternehmerische Chancen und Gefahren frühzeitig zu erkennen und diesen entgegen zu steuern. Die angewandten Methoden und Instrumente des Chancen- und Risikomanagementsystems sollen durch die Gesellschaft kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden.

Übergreifende Risiken ergeben sich v. a. durch die Folgen der Ukraine-Krise. Insbesondere bei der Material- und Dienstleisterverfügbarkeit, Preisen und durch die drohende Rezessionsgefahr in Europa entstehen neue Risiken. Die potenziellen Auswirkungen bestehender Risiken vervielfältigen sich dabei zunehmend. Das Fortdauern der Coronapandemie, und deren ungewisser weiterer Verlauf, stellt nicht nur eine anhaltende gesundheitliche Gefahr für die Mitarbeiter der TGG dar, sondern birgt ebenso das Risiko wirtschaftlicher Folgeschäden. Aus der Dynamik des Pandemiegeschehens ergeben sich weitreichende Risiken, so u. a. auch im Hinblick auf die weltweit weiterhin angespannten Lieferketten. Den

entsprechenden Herausforderungen begegnet die TGG mit einer Vielzahl von erprobten Gegenmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Das übergeordnete Ziel ist für die TGG immer die sichere Erfüllung der verantworteten Aufgaben bei gleichzeitiger Minimierung der Infektionsrisiken für die Mitarbeiter und die Gesellschaft. ...

Obwohl sich bis zum Ende des Berichtszeitraumes bereits ein wesentlicher Teil der Thüringer Kommunen für den Breitbandausbau mit der TGG entschieden hat, besteht das geringe Risiko, dass die zum Erreichen der Ausbauziele notwendigen, flächendeckenden, technisch sinnvollen Cluster nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind fehlende Beschlüsse einzelner Kommunen.

Die TGG beabsichtigt, gemäß dem Gründungskonzept der Gesellschaft, die Bau- und Planungsleistungen für die einzelnen Projektgebiete nicht getrennt auszuschreiben, sondern entsprechende Generalübernehmer zu gewinnen. Bei den aktuell sehr hohen Investitionen durch andere Marktteilnehmer besteht das Risiko, keine Auftragnehmer oder zumindest nicht mit der gewünschten Leistungsfähigkeit vertraglich binden zu können. Dies würde zu längeren Realisierungszeiträumen führen. Bedingt dadurch, dass die Pachteinnahmen der TGG während der Bauphase und der Zweckbindungsfrist vollständig gegen die Infrastrukturförderung verrechnet werden, führt jeder Bauverzug zu Einnahmeverzögerungen.

TKU können auch ohne Meldung in einem Markterkundungsverfahren jederzeit eigenwirtschaftlich ausbauen. Hierdurch besteht grundsätzlich das Risiko, dass eigenwirtschaftlich ein Ort erschlossen wird, für welchen die TGG bereits einen Auftrag an eine Baufirma vergeben hat. Um das Folgerisiko von kompromittierten Vergabeverfahren zu reduzieren, berücksichtigt die TGG in den Ausschreibungen die Möglichkeit einer Reduzierung des Auftragsvolumens. Da gesamtwirtschaftlich ein geförderter Überbau nicht gewünscht ist, geht die TGG davon aus,

dass die Projektverläufe beim Risikoeintritt mit dem Projektträger geklärt werden können. Um das genannte Risiko zu reduzieren, besteht ein enger Austausch mit allen Telekommunikationsunternehmen, welche Ausbauabsichten gemeldet haben. Eine vollständige Risikoauflösung kann über regelmäßige Gespräche jedoch nicht erzielt werden. Hierzu würde es einer Änderung der entsprechenden Regelungen zum Überbau im Telekommunikationsgesetz bedürfen.

Im vierten Quartal des Berichtszeitraumes wurde der Förderaufruf zum „graue Flecken“-Programm überraschend beendet, da die vorgesehenen Fördermittel bereits ausgeschöpft waren. Somit können keine Anträge auf Berater- bzw. Infrastrukturförderung gestellt und keine neuen Markterkundungsverfahren durchgeführt werden bis das künftige Gigabitförderprogramm gestartet wurde. Auf die aktuellen Projektgebiete der TGG hat die Beendigung des Förderaufrufs keine Auswirkungen, da sowohl die Beraterförderungen als auch die Infrastrukturförderungen bereits vorläufig bewilligt worden sind.

Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres 2023 veröffentlichte das Bundesministerium für Digitales und Verkehr das aktualisierte und konkretisierte Eckpunktepapier zum neuen Gigabitförderprogramm. Das Eckpunktepapier beschreibt wesentliche Inhalte des neuen Förderprogrammes. Das Veröffentlichungsdatum der eigentlichen Förderrichtlinie ist für April 2023 angekündigt worden. Um das Risiko eines weiteren Zeitverzugs für den Start neuer Projekte zu reduzieren, wird die TGG ihre Clusterplanung zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2023 aktualisieren. Ziel ist es, möglichst zeitnah nach Veröffentlichung des neuen Förderprogrammes weitere Projektgebiete starten zu können. Basierend auf dem Eckpunktepapier ergeben sich für die TGG zusätzliche Risiken, deren konkreter Umfang jedoch von der finalen Ausgestaltung der Förderrichtlinie abhängig ist.

Ein grundsätzliches Risiko besteht zudem in einer Fördermittelgewährung in unzureichender Höhe angesichts der weiter stark ansteigenden Bau- und Dienstleisterpreise. Dies könnte zu einer deutlichen Verlangsamung bis hin zu einem Erliegen des geförderten Glasfaserausbaus führen.

Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich im Hinblick auf die im Detail noch unbekanntem Regelungen der Nachfolgeprogramme zum „graue Flecken“-Programm, v. a. unter Berücksichtigung der komplexen Fördermittelmanagementprozesse sowie der einschlägigen Anforderungen an die Fördermittelverwendung. Für die TGG besteht in diesem Zusammenhang das erhebliche Risiko, dass Fördermittel - beispielsweise aufgrund fehlender Prozesskenntnisse - nicht oder nur teilweise abgerufen werden können bzw. die Gesellschaft grundsätzlich mit Fördermittelrückforderungen im Rahmen von Verwendungsnachweisprüfungen rechnen muss. Zudem wird in den Bescheiden des Projektträgers in vorläufiger Höhe ein Baubeginn innerhalb von 18 Monaten nach Abschluss bzw. Auswertung des Markterkundungsverfahrens gefordert. Falls die zur Projektrealisierung notwendige Ko-Finanzierung des Landes einen deutlich späteren Auszahlungszeitraum vorgäbe, entstünde in diesen Fällen ein signifikanter Zwischenfinanzierungsbedarf, dessen Kosten nicht förderfähig sind.

Im Rahmen der Bundesförderprogramme sind die Betriebskosten der TGG, incl. der Betriebskosten des zu errichtenden, passiven Netzes, nicht förderfähig. Allerdings erhalten die Gesellschafter der TGG eine Landesförderung für die Beratung der Kommunen, welche durch einen Eigenanteil i. H. v. 20 Prozent ergänzt werden muss. Aufgrund des andauernden Ingangsetzungsprozesses kann der Eigenanteil nicht durch die TGG selbst kompensiert werden, sodass sich entsprechende Ergebnis- und Eigenkapitalbelastungen ergeben. Sollte die Landesförderung ausbleiben, wäre die Geschäftstätigkeit der TGG, zumindest mittelfristig, nicht gesichert.

Da die Auswahl von Pächtern zudem wesentlichen Einfluss auf die Backbone-Planung haben kann, würde auch ein langwieriges Verhandlungsverfahren zu unvermeidbaren Verzögerungen führen. Da die erfolgreiche Vergabe an einen Pächter Voraussetzung für die Baumaßnahmen ist, stellt die Nichtgewinnung eines Pächters grundsätzlich ein elementares Risiko für die TGG dar.

Die TGG geht davon aus, dass mit der vom Bund im Berichtszeitraum angekündigten neuen Richtlinie zum Gigabitförderprogramm die derzeitige Aufgreifschwelle für den förderfähigen Netzausbau von 100 MBit/ s auf Anschlüsse von bis zu 200 MBit/ s symmetrisch angehoben werden wird. Dies würde - außer in mit Kabelnetzen versorgten Gebieten - effektiv zu einer vollständigen Förderfähigkeit in Thüringen führen. Für die Gesamtheit potenzieller förderfähiger Adressen würde dies einen deutlichen Anstieg bedeuten, da somit auch die sog. „Super-Vectoring-Gebiete“ förderfähig wären. Der tatsächliche Beginn des neuen Förderprogrammes ist für April 2023 angekündigt worden. Die TGG bereitete bereits zum Ende des Berichtszeitraumes den Start neuer Projektgebiete vor, um mit der Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinie schnellstmöglich agieren zu können. ...

Der Großteil der Betriebskosten der Gesellschaft wird in der Aufbauphase durch Fördermittel erstattet. Die verbleibende Differenz wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren noch nicht vollständig aus eigener Kraft kompensieren können. Langfristig sollen die Anlaufverluste jedoch mit den Einnahmen aus Pachterlösen gedeckt werden.

Ausgehend von der Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2022 und unter Berücksichtigung der oben prognostizierten Marktentwicklung sowie der gesetzlichen Rahmenbedingungen erwartet die TGG für das Geschäftsjahr 2023 ein EBITDA zwischen -650 T€ und -700 T€. Daraus abgeleitet erwartet die Gesellschaft ein EBT zwischen -700 T€ und -750 T€ und rechnet für das

kommende Jahr mit einem Jahresverlust zwischen -700 und -750 T€.

Für das Geschäftsjahr 2023 hat die TGG Investitionen i. H. v. insgesamt rund 12 Mio. € vorgesehen. Die tatsächliche Investitionshöhe ist stark abhängig von den Baufortschritten in den einzelnen Fördergebieten. In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt zudem stark von der weiteren Entwicklung der Förderbedingungen sowie der allgemeinen Digitalisierungs- und Wettbewerbsdynamik ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Personal

Zum 31. Dezember 2022 waren insgesamt 10 Mitarbeiter bei der TGG beschäftigt.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt

Auszug aus der Bilanz der TGG zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	0	0
und ähnliche Rechte	<u>15</u>	<u>11</u>
geleistete Anzahlungen		
Sachanlagen		
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	28	30
	43	41
Umlaufvermögen		
Forderungen u.		
Sonstige Vermögensgegenstände	1.241	20
Flüssige Mittel	<u>3.705</u>	<u>975</u>
	4.946	995
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2
Σ Aktiva	4.989	1.038
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000
Kapitalrücklage	4.000	0
Verlust-/Gewinnvortrag	-25	0
Jahresfehlbetrag	<u>-206</u>	<u>-25</u>
	4.769	975
Sonderposten für Investitionszuschüsse	34	32
Rückstellungen	90	17
Verbindlichkeiten	96	14
Σ Passiva	4.989	1.038

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung der TGG zum 31.12.2022 (Angaben in T€)

	2022	2021
Sonstige betriebliche Erträge	996	40
Materialaufwand	4	0
Personalaufwand	722	0
Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände	14	4
des Anlagevermögens und Sachanlagen		
Sonstige betriebliche Aufwendungen	462	60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1
Ergebnis nach Steuern	-206	-25
Jahresergebnis	-206	-25

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Stadtverwaltung Saalfeld/Saale
Beteiligungsmanagement
Markt 1
07318 Saalfeld/Saale

Tel.: 03671 598-242
Fax: 03671 598-240
E-Mail: beteiligungen@stadt-saalfeld.de
Internet: www.saalfeld.de



BILDRECHTE

Angela Sylvester
Andre Kranert
Eigenbetrieb „Kulturbetrieb Saalfeld/Meininger Hof“
KEBT AG
KEBT-Konzern
KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH
Saalfelder Bäder GmbH
Saalfelder Energienetze GmbH
Saalfelder Feengrotten und Tourismus GmbH
Stadtwerke Saalfeld GmbH
Stadtverwaltung Saalfeld/Saale
Thüringer Landestheater Rudolstadt-Thüringer Symphoniker Saalfeld-Rudolstadt GmbH
Wärmegesellschaft mbH Saalfeld
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG
Wirtschaftsförderagentur Region Saalfeld-Rudolstadt
Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft Saalfeld/Saale mbH

QUELLEN

Jahresabschlüsse der jeweiligen Gesellschaften

ONLINE-VERSION

Eine Online-Version dieses Berichtes steht im Internet unter www.saalfeld.de zum Nachlesen und zum Download bereit.